

TAGESSCHAU

POLITIK

Aktuelle Antriebe: Der frühere Charlottemburger Baustadttrakt Wolfgang Anthes, der im Zusammenhang mit der Berliner Bestechungs- und Parteipendenzaffäre seit November 1985 in Untersuchungshaft sitzt, ist aus der CDU ausgetreten.

Westland: Die Bundesmarine hat beim britischen Hubschrauberhersteller fünf Helikopter im Wert von 67 Millionen Mark bestellt. Der Auftrag wurde einen Tag vor der heutigen Westland-Hauptversammlung bekanntgegeben, die über das Beteiligungsangebot des US-Herstellers Sikorsky entscheiden soll.

Hamburg: Als Termin für die nächste Landtagswahl hat der Senat der Hansestadt den 9. November 1986 festgelegt.

Terror: Der republikanische Politiker und ehemalige Bürgermeister von Florenz, Lando Conti, ist von den „Roten Brigaden“ ermordet worden. Die Mörder hinterließen am Tatort eine „Resolution“ dieser Terrororganisation.

Menschenrechte: Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International (ai) hat die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua angeprangert. Dafür seien sowohl die regierenden Sandinisten als auch die gegen sie kämpfenden „Contras“ verantwortlich, heißt es in einem gestern veröffentlichten Bericht.

Polen: Die Verleumdungsklage gegen Arbeiterführer Lech Walesa ist am ersten Prozeßtag wieder fallengelassen worden. (S. 10)

Libyen: Die USA haben die Flugzeugträger „Saratoga“ und „Coral Sea“ zu neuen Manövern in die Gewässer nördlich der libyschen Küste entsandt. Die Übungen sollen bis Samstag dauern, verlautete aus dem US-Verteidigungsministerium.

Haiti: Die nach dem Sturz des Präsidenten Jean-Claude Duvalier gebildete Junta hat demokratische Wahlen versprochen, ohne allerdings einen Termin zu nennen. Außerdem soll eine Verfassung ausgearbeitet werden. Im letzten Teil der WELT-Serie Haiti beschreibt Werner Thomas heute die Rolle der USA beim Umsturz. (S. 6)

Abberufen: Oleg Trojanowski, UNO-Botschafter der UdSSR, ist nach Angaben eines Sprechers der sowjetischen UNO-Mission in New York nach neunjähriger Tätigkeit abberufen worden. Über den Grund der Ablösung des 67-jährigen Botschafters teilte der Sprecher nichts mit.

Moskau: Andrej Alexandrow-Agentow, seit 20 Jahren persönlicher Berater des sowjetischen Parteivorsitzenden, ist „in den Ruhestand“ getreten, erklärte gestern ein Sprecher des Zentralkomitees gegenüber AFP.

WIRTSCHAFT

Steuerbelastung: Der Bund der Steuerzahler schätzt die heimischen Steuererhöhungen für die Zeitspanne von 1981 bis 1985 auf rund 50 Milliarden Mark. Die Steuererhöhung Anfang 1986 von rund zehn Milliarden Mark habe lediglich zwei Drittel der heimischen Steuererhöhungen allein des vergangenen Jahres ausgemacht. (S. 11)

BDE: Der Spitzenverband der deutschen Industrie soll eine vierköpfige Hauptgeschäftsführung erhalten, die zusammen mit Siegfried Mann und seinem Stellvertreter Karl Pfeiffer von der Hauptabteilungsleiter Eckart John von Freyend und Kurt Steves gebildet wird. (S. 11)

Ölpreis: Die britische Ölförderung in der Nordsee sollte nach Auffassung führender Opec-Minister um zwölf Prozent gedrosselt werden. Dies wäre, so die Opec-Experten, ein angemessener Beitrag Großbritanniens, die Stabilität am Weltölmarkt wiederherzustellen. (S. 12)

Börse: Bei schleppendem Umsatz waren die Kurse an den Aktienmärkten überwiegend gehalten. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex: 233,99 (234,28). BHF Rentenindex: 105,466 (105,402). BHF Performance Index: 101,042 (100,953). Dollarindex: 2,3789 (2,3891). Mark Goldpreis je Feinunze: 335,80 (340,15) Dollar.

KULTUR

Raubdruck: Englands Verlegerverband ist nicht länger bereit, die jährlichen Millionen-Lustverluste hinzunehmen, und hat deshalb eine Initiative gegen die Raubdruck-Ritter gestartet. Er will die Regierungen mobilisieren, den Piratenaktionen der Dritten Welt den Entzug der Wirtschaftshilfe anzudrohen, falls geistiges Eigentum nicht respektiert werde. (S. 19)

Oper: Als Welturaufführung ließ die Wiener Kammeroper „Bohème 86“, eine Rockoper nach Puccini, großsprecherisch ankündigen. Doch der alte Opern-Eit geizt in seiner neuen Verpackung nur zu einem neuen Stückchen, einem Ull nach Studenten-theater-Manier, einem harmlosen Ausflug in einen Disco-Schuppen. (S. 19)

SPORT

Tennis: Wimbledonssieger Boris Becker gewann sein erstes Spiel beim Turnier in Boca West gegen den Holländer Tom Nijssen mit 6:3, 7:5. Becker trifft nun auf Pavel Slozil (CSSR). Das Spiel findet heute abend kurz vor Mitternacht statt. (S. 8)

Ski Alpin: Maria Epple-Beck, Riesenslalom-Weltmeisterin von 1978, verkündete ihren Abschied vom alpinen Wetscup. Am Wochenende wird sie bei den deutschen Meisterschaften in Todtnau (Schwarzwald) zum letzten Mal an den Start gehen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Nasa: Abgesagt hat die amerikanische Weltraumbehörde die nächsten drei für dieses Jahr geplanten Raumfährenflüge. Damit ist der 24. Juni der früheste Starttermin für den ersten Flug eines Shuttle nach der „Challenger“-Katastrophe vom 28. Januar.

Galen-Fraus: Der wegen Betrugs und Untreue angeklagte Bankier Ferdinand Graf von Galen bleibt in Untersuchungshaft. Dies entschied gestern in einer Eilentscheidung der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft. Auch bei einer Kaution von zehn Millionen Mark, so die Richter, sei die Fluchtgefahr bei dem 50-jährigen von Galen nicht gebannt. (S. 20)

Wetter: Heiter bis wolkig. Minus 5 bis 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Angst vor dem eigenen Kind - Leitartikel von Joachim Neander S. 3

Rumänien: Deutsche Autoren unter Druck - Literaten kritisieren das Verhalten Boms S. 18

Bremen: „Arbeiter-Akademie“ - ein neues Gewächs der Universität - Von W. Wessendorf S. 4

EG-Agrarpolitik: Die Kommissionsvorschlüsse stoßen auf Ablehnung S. 11

Albanien: Tirana bemüht Historiker - Anspruch auf Kosovo soll mehr Gewicht erhalten S. 5

Neues vom Film: Das Gute siegt im Boxing: „Rocky IV“ - Der Sibiriak geht k.o. S. 19

Südafrika: Zwischenbilanz der Reformen - Rückwirkungen auf politische Parteien S. 6

Fernsehen: Kommerz und Kommunikation auf Flohmärkten - Die Lust am Plunder S. 18

Forum: Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Urknall: Theorie verhält ganz anders - Neue Erkenntnisse zur Entstehung des Universums S. 20

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Um 10.58 Uhr war Schtscharanski frei

Demonstrative Geste der USA in Berlin: Botschafter Burt holte den russischen Bürgerrechtler ab

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Unter den Augen der Weltöffentlichkeit fuhr gestern um 10.58 Uhr der sowjetische Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski (37) im Auto des US-Botschafters in Bonn, Richard Burt, in die Freiheit. Der Diplomat hatte den Regimekritiker demonstrativ in seinen Dienstwagen genommen, noch bevor die Agenten-Austauschaktion zwischen Ost und West an der Berliner Stadtgrenze begann. Damit stellten die USA klar, daß Schtscharanski „zu keiner Zeit und auf keine Weise“ US-Agent gewesen sei, wie US-Sprecher Edward Harper später sagte.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl begrüßten gestern in einer gemeinsamen Erklärung die Freilassung Schtscharanskis, den sie als einen „Gefangenen des Gewissens“ bezeichnet hatten. Die Aktion sei das Ergebnis einer „engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit“, hieß es in der Erklärung.

SEITE 5:
Der Austausch

Moskau wollte bis zuletzt den Regimekritiker als „einfachen“ Agenten austauschen. Er war in der Sowjetunion wegen angeblicher Spionage für die USA verurteilt worden und saß acht Jahre in Lagerhaft. Die amtliche „DDR“-Nachrichtenzentrale ADN berichtete über den Austausch. Nach entsprechenden Vereinbarungen der beiden deutschen Staaten, der USA, der UdSSR, der Tschechoslowakei und Polens seien mehrere Personen ausgetauscht worden, „die durch die jeweiligen Länder inhaftiert worden waren. Darunter befanden sich mehrere Kundschafter.“ Mit diesem Ausdruck bezeichnet die „DDR“ im offiziellen Sprachgebrauch eigene Agenten.

Insgesamt tauschten Ost und West neun Personen aus. Von westlicher Seite wurden das Ehepaar Karl und Hanna Koehler aus der CSSR, der sowjetische Computerspezialist Jewgenij Semljakow, der „DDR“-Agentenwerber Detlef Scharfenort



Anatoli Schtscharanski nach seiner Freilassung auf der Glienicke-Brücke in Potsdam zwischen Staatssekretär Ludwig Beilinger (links) und dem amerikanischen Botschafter Richard Burt

sowie der polnische Agent Jerzy Kaczmarek abgehoben.

Die fünf Frauen und Männer waren gestern morgen mit einer US-Sondermaschine aus der Bundesrepublik Deutschland kommend auf dem amerikanischen Militärflughafen Tempelhof gelandet. Dort nahm sie - wie bei einer ähnlichen Aktion im Juni 1985 - Erich Honeckers persönlich Beauftragter für humanitäre Fragen, der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, in Empfang. In einem langen Konvoi mit blauen Kombibussen der US-Air Force fuhr die Kolonne rund zwanzig Kilometer durch West-Berlin zur Glienicke-Brücke.

Erst nachdem Richard Burt neben dem weißen Grenzstrich auf der Brücke den sowjetischen Bürgerrechtler in seinen Dienstwagen geleitet hatte, begann der Austausch. Die Formalitäten nahmen eine halbe Stunde in Anspruch. Sowjets und „DDR“-Gruppentruppen erlaubten einem Bus der Air Force, über den Grenzstrich auf den zur „DDR“ gehörenden Teil der Glienicke-Brücke zu fahren, um das Gepäck der Exgefangenen auszuladen und aufzunehmen.

Schtscharanski flog unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin nach Frankfurt, wo ihn seine Frau Awital erwartete. Er hatte sie zuletzt vor zwölf Jahren gesehen. Von Frankfurt aus reisten beide in einer Sonderma-

schine nach Israel weiter. Israels Politiker nannten Schtscharanski „Symbol und Flaggenträger“ des Kampfes der sowjetischen Juden für ihren Wunsch, nach Israel auszuwandern.

In einem Kleinbus der US-Mission kamen Wolf-Georg Frohn und Dietrich Niessner aus der „DDR“ sowie der Tschechoslowake Jaroslav Javoriski über die Grenzbrücke in die Freiheit. Als Journalisten den Fall Schtscharanski auf einer Pressekonferenz des sowjetischen Außenministeriums zu „internationalen Fragen“ in Moskau ansprachen, sagte der stellvertretende Außenminister Wladimir Morosow, dies gehöre nicht zur Tagesordnung, und verließ den Saal.

schine nach Israel weiter. Israels Politiker nannten Schtscharanski „Symbol und Flaggenträger“ des Kampfes der sowjetischen Juden für ihren Wunsch, nach Israel auszuwandern.

In einem Kleinbus der US-Mission kamen Wolf-Georg Frohn und Dietrich Niessner aus der „DDR“ sowie der Tschechoslowake Jaroslav Javoriski über die Grenzbrücke in die Freiheit. Als Journalisten den Fall Schtscharanski auf einer Pressekonferenz des sowjetischen Außenministeriums zu „internationalen Fragen“ in Moskau ansprachen, sagte der stellvertretende Außenminister Wladimir Morosow, dies gehöre nicht zur Tagesordnung, und verließ den Saal.

Reagan dringt auf Reformen in Manila

Washington weist auf das starke Zweiparteiensystem hin / Aufruf zur Zusammenarbeit

mit. Washington

Präsident Reagan versuchte gestern, das Beste aus dem zu erwartenden Wahlergebnis auf den Philippinen und der Fortsetzung des Marcos-Regimes zu machen. Er wies auf das starke Zweiparteiensystem auf den Philippinen hin. „Ich halte das für gut“, erklärte er in einem Interview mit der „Washington Post“. „Es könnte der Beginn einer Antwort für ihre Regierungsform sein.“

Zugleich rief Reagan beide Parteien auf den Philippinen zu einer engen Zusammenarbeit auf, wolle es jedoch nicht als eine Aufforderung zur Bildung einer Koalition verstanden wissen, wie er in demselben Interview betonte.

Reagan hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht Richard Lugar gesprochen, der die amerikanische Wahlbeobachtungs-Kommission auf den Philippinen leitete und im Laufe des späteren Dienstages dem Präsidenten und Außenminister Shultz über seine Erfahrungen berichtete. Er gab jedoch zu erkennen: „Wenn die philippinischen Bürger ihre Entscheidung getroffen haben, möchten wir

mit ihnen und mit ihrer Regierung die gleichen historischen Beziehungen haben wie zuvor.“

Es kann kaum Zweifel geben, daß der Bericht Senator Lugars sehr kritisch ausfallen wird. Lugar hatte bereits in Fernsehinterviews auf Manila „von massiven Beweisen von Wahlbetrug“ gesprochen, die ihm vorlägen.

Sollte, wie es nunmehr in Washington als sicher erwartet wird, Marcos

SEITE 5:
Marcos pocht auf Sieg

zum Wahlsieger erklärt werden, wird der Reagan-Administration, die seit langer Zeit unglücklich über seine Politik ist, nichts anderes übrig bleiben, als das Ergebnis zu akzeptieren.

Es wird jedoch erwartet, daß sich schon in naher Zukunft der politische Druck Washingtons auf Marcos mit dem Ziel, ihn zu Reformen zu bewegen, verstärkt.

Washington wird Marcos vor allem auffordern, die Opposition in diesen Reformprozess einzubeziehen.

Reagan hatte bereits vor der Wahl klargemacht, daß - vorausgesetzt, die Mehrheit der Bürger auf den Philippinen akzeptieren diese Abstimmung als glaubwürdig - von diesem Reformprozess das Ausmaß amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe abhängen wird.

Eine entscheidende Rolle bei diesem Hilfsprogramm wird in den nächsten Monaten der amerikanische Kongreß spielen. Die Erfahrungen jeher Kongreßmitglieder, die die Wahl beobachteten, lassen auf dem Kapital in Zukunft erhebliche Schwierigkeiten für Marcos erwarten. Die Serie von Fernsehinterviews hat seiner Sache kaum genutzt.

Die darin versteckte Drohung des Staatschefs, daß er sich notfalls anderen Verbündeten suche, wird von der Mehrheit der Kongreßmitglieder nicht ernst genommen. Sehr ernst dagegen nimmt man in der Reagan-Administration und auf dem Kapital die Gefahr, daß die wirklichen Sieger dieser Wahl die ständig wachsende Schar kommunistischer Guerrillas auf den Philippinen werden könnten.

Iran meldet Einnahme des Ölhafens Fao

DW, Teheran/Bagdad

Iranische Truppen sollen nach Angaben der Teheraner Nachrichtenagentur Irna nach mehrstündigen heftigen Gefechten den wichtigen irakischen Ölhafen Fao eingenommen haben. Fao liegt nur 100 Kilometer südlich von Basra. Der Hafen ist der einzige Zugang Iraks zum Persischen Golf und damit bedeutsam für Bagdads Marine. Er liegt 20 Kilometer östlich der zu Kuwait gehörenden Bubiyan-Inseln.

Der irakische Informationsminister Lateef Jassam hat die iranische Meldung vom Fall Fao umgehend dementiert. Zugleich bestritt er die iranischen Angaben, im Zuge der Offensive hätten die Iraner die Insel Um-ul-Rasas 70 Kilometer nordwestlich von Fao erobert. In einem irakischen Militär-Kommuniqué wird allerdings eingeräumt, daß die Iraner einen „unsicheren“ Brückenkopf Schatt el-Arab errichtet hätten. Iranische Verbände waren am Sonntag abend zu einer neuen Offensive im Krieg mit Irak angetreten. Seite 5: Waffen aus aller Welt

DER KOMMENTAR

Risiko Marcos

FRITZ WIRTH

Es war, nach allem was wir wissen, keine reelle Wahl auf den Philippinen, doch es gab ein sehr reales Ergebnis. Mit Ergebnis ist nicht gemeint, was sich am Ende der Stimmzählung als Resultat darstellt, das seine Glaubwürdigkeit verloren hat, gemeint sind politische Fakten: Der Anspruch des Ferdinand Marcos auf ein Mandat als Präsident und damit die Verlängerung seines Regimes.

Für die amerikanische Regierung sind der Verlauf und der Ausgang dieser Wahl eine Enttäuschung und ein Rückschlag. Die ersten vorsichtigen Kommentare des Weißen Hauses sollten nicht suggerieren, als habe mit dieser Wahl eine zähneknirschende Akzeptierung des Marcos-Regimes und seiner Politik stattgefunden. Die Reagan-Administration war lange vor dieser Wahl zu Marcos und seinem Regime auf Distanz gegangen. Es ist kaum vorstellbar, daß Art und Verlauf dieser Wahl diese Distanz verringert haben. Marcos ist für Washington mehr denn je ein Ärgernis, eine Belastung und ein Sicherheitsrisiko.

Die USA befinden sich jedoch in einem schweren Dilemma. Es sind nicht so sehr historische Gründe, die sie veranlassen, sich für die Philippinen zu engagieren, sondern bedeutende militärstrategische Erwägungen, die nicht dadurch zu lösen sind, daß man die beiden amerikanischen Stützpunkte auf der Insel in andere Gebiete des Pazifiks verlegt.

Diese strategischen Erwägungen werden weitgehend die amerikanische Philippinen-Politik bestimmen. Das entscheidende Kriterium für Washington ist dabei nicht so sehr der Ausgang von Wahlen, sondern die Frage, was sie für die politische und wirtschaftliche Stabilität der Insel bedeuten. Daher das Festklammern des Weißen Hauses am einzigen Hoffnungsschimmer, den diese Wahlen offenbaren: Die Anzeichen eines starken Zwei-Parteien-Systems.

Für Washington geht es jetzt darum, zu verhindern, daß diese politische Realität, angeheißt und vergiftet durch „foul play“ an den Wahlen, nicht in einen offenen Bürgerkrieg mündet. Das ist die Zielrichtung der gegenwärtigen Philippinen-Politik und das ist der Grund, warum die USA zur Stunde so behutsam zwischen den Fronten manövrieren.

Washington wendet sich gegen Gorbatschows Junktim

USA mahnen Termin für Gipfeltreffen an

SAD, Washington

Die amerikanische Regierung hat Moskau sanft ermahnt, sich endlich auf einen Termin für das geplante nächste Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow festzulegen.

Im vergangenen November, als sich Reagan und Gorbatschow auf zwei weitere Gipfelbegegnungen geeinigt hatten, war von der amerikanischen Seite ein Termin im Juni vorgeschlagen worden, gegen den die sowjetische Seite anfangs nichts einzuwenden hatte. Später brachten sie jedoch ein Datum im Herbst ins Gespräch.

Daran konnten wiederum die Amerikaner nicht interessiert sein. Im Herbst steckt Amerika mitten im Wahlkampf für die im November stattfindenden Kongreßwahlen. Ein Gipfeltreffen, noch dazu auf amerikanischem Boden, würde zu diesem Zeitpunkt nicht in die politische Landschaft passen.

Die Annahme eines Termins in Moskau kann jedoch auch als eine Art amerikanischer Retourkutsche ver-

standen werden, als eine indirekte Antwort auf die Äußerungen, die Gorbatschow in der vergangenen Woche im Gespräch mit dem amerikanischen Senator Edward Kennedy gemacht hatte. Der sowjetische Parteichef hatte dabei versucht, ein Junktim zwischen Fortschritten bei der Ausarbeitung eines Abkommens über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Europa und einem Juni-Termin für die erneute Begegnung mit Präsident Reagan zu machen, wobei Gorbatschow die Frage stellte, welchen Sinn ein Treffen im Juni haben könne, wenn es nicht gelänge, ein Abkommen über die Mittelstreckenwaffen oder eine Vereinbarung über die Einstellung von Atomwaffentests abzuschließen.

Was die Terminbestimmung angeht, ist man in Washington allerdings alles andere als entgegenkommend: wenn der nächste Reagan-Gorbatschow-Gipfel nicht im Juni oder Juli stattfinden kann, dann ist er nach amerikanischer Ansicht für dieses Jahr gestorben.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aus Gewissensgründen

Von Peter Dittmar

Diesmal war es anders. Zwar wurde allenthalben von einem „Agentenaustausch“ gesprochen, aber die Realität ist ganz anders. Anatoli Schtscharanskij überquerte die Grenze allein. Erst danach fand der Agentenaustausch statt, bei dem der Osten drei, der Westen fünf Personen freiließ.

Diese deutliche Trennung ist ein Novum in dem schon längst nicht mehr neuen Geschäft zwischen Ost und West.

Bislang war der Westen froh, wenn es ihm nach langen Verhandlungen gelang, Gefangene aus den kommunistischen Staaten im Austausch gegen überführte Spione zur Freiheit zu verhelfen. Die gravierenden Unterschiede, warum jemand im Osten und warum jemand im Westen verhaftet wurde, brachte man dabei nicht zur Sprache.

Seit gestern wissen wir, daß die westliche Seite bei solchen Verhandlungen zu zurückhaltend war. Man hat bislang das Interesse der Kommunisten an der Rückgewinnung ihrer Agenten zu gering eingeschätzt. Diesmal nun haben die Amerikaner und Deutschen auf einer deutlichen Trennung bestanden. Das spiegelt sich in der deutsch-amerikanischen Erklärung, in der Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan ihre Genugtuung ausdrücken, „die Freilassung von Anatoli Schtscharanskij, der aus Gewissensgründen gefangen gehalten wurde“, erreicht zu haben.

Das spiegelt sich auch in der Mitteilung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN, die ihre Vier-Zeilen-Meldung über den Austausch mit dem Satz schloß: „Darunter befanden sich mehrere Kundschafter“. Damit waren die Kommunisten also gezwungen, einzugehen, daß eben nicht alle Ausgetauschten „Kundschafter“ waren.

Über allem darf freilich nicht vergessen werden: Schtscharanskij ist zwar frei, aber Sacharow muß weiter in der Verbannung leben, Anatoli Korjagin wurde gerade im Lager zu einer zweijährigen Zusatzstrafe verurteilt, und die Zahl allein der bekannten Gefangenen geht in der Sowjetunion in die Hunderte.

Der lachende Dritte?

Von Monika Germani

Sowohl Südafrikas regierende Nationale Partei als auch die Progressive Partei versuchen, die Scherben der vergangenen Woche einzusammeln. Während die Außenminister P. Botha und P. Verwoerd ihren Rang-Platz in der mächtigen Transvaal-Hierarchie gekostet haben, wurde die Position des konservativen Erziehungsministers Willem de Klerk entscheidend gestärkt. Das kann sich eines Tages auf die Nachfolge des Präsidenten auswirken.

Wie reformfreudig Präsident Pieter Botha und seine Gefolgschaft am Kap auch sein mögen, Transvaal ist das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Hier wird Geld verdient, nicht im wirtschaftlich schwachen Kap. In der Reihen der Nationalen haben sich erst einmal geschlossen, der Außenminister tritt nicht zurück, hinter verschlossenen Türen wird gekittet. Dagegen wird sich das Schicksal der Progressiven auf einer Sonder Sitzung der Parteispitze am Samstag entscheiden.

Sollte Colin Eglin, Vorgänger des überraschend abgetretenen Van Zyl Slabbert, dessen Nachfolger werden, ist die Einheit der Partei wohl gesichert; wenn auch Slabbert letztes Jahr Mühe hatte, seinen linken Flügel in der Parteilinie zu behalten, als der das Ende der allgemeinen Wehrpflicht fordern wollte.

Heißt der neue Parteiführer jedoch Alex Boraine, so droht die Parteispaltung. Zu stark sind seine und seiner Anhänger Sympathien zur radikalen UDF. Boraine will auch die Legalisierung des in Südafrika verbotenen ANC, was ebenfalls für einen Teil seiner Partei nicht akzeptabel ist.

Ob die Gegner dann selbst zur Nationalen Partei überwechseln oder als „Unabhängige“ auf Wartestellung gehen, bleibt abzuwarten. Sicher ist, daß sich das Parteienspektrum in Südafrika dann gründlich verschieben wird. Die Nationale Partei spielt unter Botha längst die Rolle der United Party von Smuts, die linken Überreste der Progressiven würden dann eine ANC-nahe Politik befürworten. Doch mit dem Zerbrechen der Progressiven Partei würde sie ihre Position als offizielle Opposition verlieren. Diese Rolle fällt dann der kleinen konservativen Partei unter Andries Treurnicht zu.

Kann man noch trauen?

Von Eberhard Nitschke

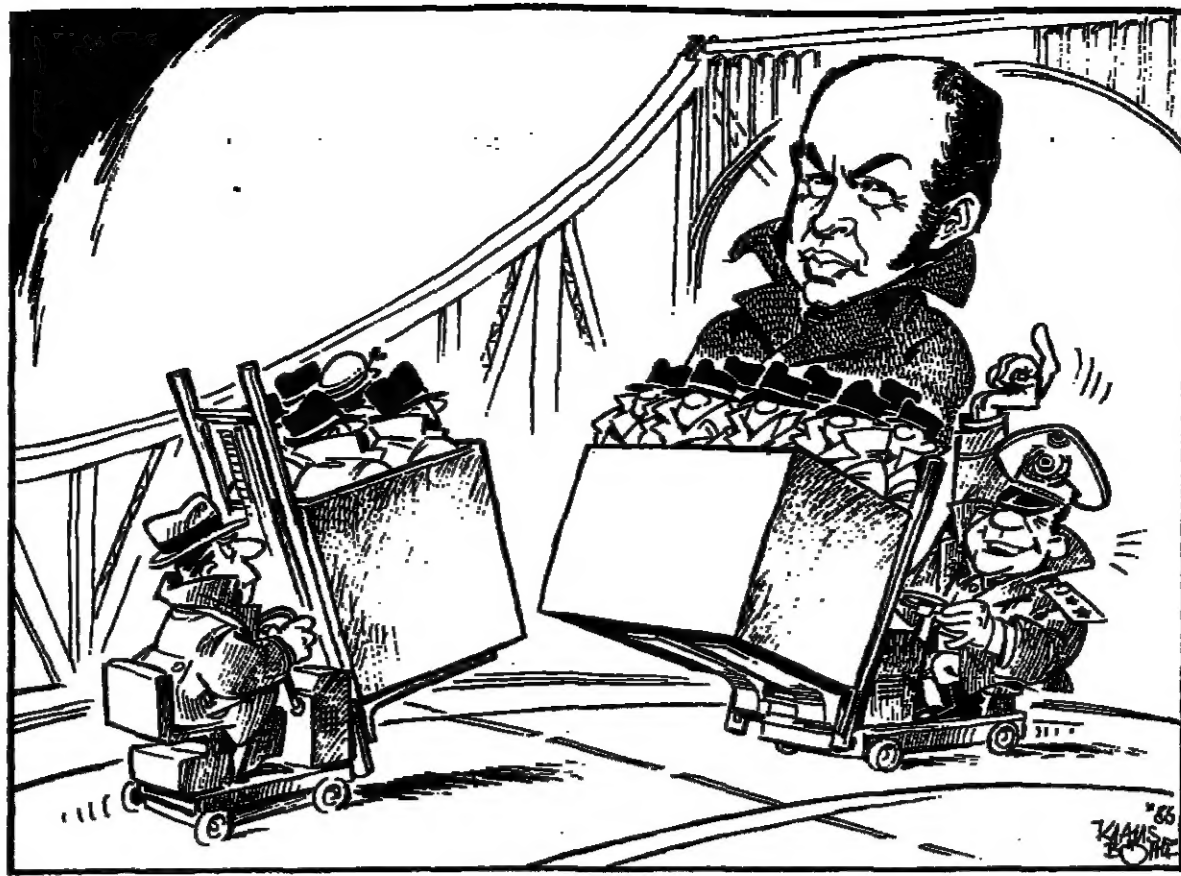
Kann man überhaupt noch jemand trauen? Die Frage hat ein Mann Gottes ausgelöst, der in seiner Großstadtgemeinde Düsseldorf eine Abneigung gegen die alte Eheschließungsformel „... bis daß der Tod uns scheidet“ ausgemacht hat und statt dessen den Spruch „so lange es gutgeht“ vorschlägt.

„Heiraten, Engel, ist wunderbar! Ich meine, da müßt ich gleich wieder fort“, dichtet Goethe in seiner Bruder-Leichtfuß-Epoche. Daß dem Poeten nun die Geistlichkeit nachempfunden und sich wieder auf so anderem Felde reformatorisch betätigt, müßte folgerichtig auch den Lexikontext betreffen, daß Ehe eine „auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft“ ist. Man müßte folglich auf das altgermanische Sippenrecht zurückgreifen, das zur Frauenbeschaffung die Kaufhe, den Frauenraub und die sogenannte „Friedel-Ehe“ kannte, die lösliche Verbindung mit einer „freien Frau“.

Warum soll man einen Vorgang überhaupt noch an die große Glocke hängen, wenn sowieso, wie das bayerische Familienministerium bekanntgab, jede zweite der in München im vergangenen Jahr geschlossenen Ehen scheitert und vierzig Prozent der in ihnen geborenen Kinder nicht in Familien heranwachsen?

Die ernüchternde Mitteilung soll wohl, folgt man dem Vorschlag aus Düsseldorf, die Zeremonie unter dem Kreuz entsprechend verschieben. Etwa nach dem Muster der ab 1876 im Deutschen Reich zulässigen Standesamt-Ehe, nach deren Vollzug der zuständige Beamte dem Brautpaar laut Vorschrift den feierlichen Satz zu sagen hatte: „Die Handlung ist nun geschlossen und steht Ihrer Entfernung nichts mehr im Wege.“ Im Vorraum könnten gerahmte Hausregeln mit dem Sokrates-Text verteilt werden: „Heirate oder heirate nicht – du wirst beides bereuen.“ Immerhin war der Herr ja mit Xanthippe verheiratet.

Wollte sich eine Institution mit ihren Gebräuchen immer dem modischen Trend anpassen, weil sie vermeint, eine Grundstimmung frühzeitig zu erspüren, dann müßte tatsächlich auch die Kirche jede Form von „Lebensgemeinschaft“ absegnen. Solange es gutgeht.



„Wir wollten euch den Schtscharanskij einfach zu den Agenten packen!“

KLAUS BÖHLE

Die Angst vor dem Kind

Von Joachim Neander

Der junge Mann bietet ein Bild des Jammers. Er sitzt auf der Bettkante und schluchzt. Er hat sich sterilisieren lassen. Nicht, daß er es jetzt bereuen würde. Er hat alles mit seiner Frau gründlich diskutiert. Aber nun, auf dem wackligen Steg zwischen Narkose und realem Leben, wird ihm wohl erst so richtig klar, was es bedeutet: Nie ein eigenes Kind zu haben. Er ist noch keine dreißig.

Die Zahl der Fälle, in denen gerade junge Männer und Frauen sich freiwillig sterilisieren lassen, steigt sprunghaft an. Die Vermutung, hier sehe man wieder, wie bedenkenlos die Pop- und Disco-Generation sich dem bloßen Augenblicksgenuß hingibt, ist falsch. Hinter dem älteren Menschen so absurd und wahnwitzig scheinenden Entschluß, seine Fortpflanzungsfähigkeit schon in jungen Jahren und – zumindest bei den Männern – unwiderruflich preiszugeben, steckt oft eine gewisse Nachdenklichkeit. Man scheut die Versuchung, später bei einer ungewollten Schwangerschaft unter Umständen ungeborenes Leben töten zu lassen. Die Männer, die Gleichberechtigung ihrer Partnerinnen ernst nehmen, wollen ihnen die Last der ständigen Angst und Verantwortung abnehmen.

Es gibt sicher auch andere Fälle, beispielsweise Frauen, denen ihre Partner drohen, sie zu verlassen, wenn sie sich nicht sterilisieren lassen. Oder auch Ärzte, die bei einer Abtreibung der Einfachheit halber die Frauen geradezu überreden, gleich „reinen Tisch“ zu machen. Aber gerade die Ernsthaftigkeit, mit der ein solcher Entschluß in vielen Fällen überlegt wird, rückt das Problem des dramatischen Geburtenrückgangs in ein neues Licht. Der Verzicht auf das eigene Kind ist nur zum Teil Kalkül. Die Angst vor dem Kind scheint Teile dieser Generation wie ein Wahn überfallen zu haben.

Darauf wird nicht nur eine (bisher noch nicht sichtbare) Therapie, sondern auch die Vorausschau Rücksicht nehmen müssen. Denn selbst die von manchen Politikern immer noch insgeheim erhoffte „schlagartige Veränderung der Einstellung“ könnte ja nur noch bei den jungen Menschen eine relevante Wirkung haben, die sich den Weg zur Elternschaft nicht bereits endgültig verbat haben. Die Chancen sind also wohl noch gering.

Der Geburtenrückgang nur eines von vielen schwierigen Problemen der heutigen Zeit sei, von dieser Annahme muß sowieso bald Abschied genommen werden. Immer häufiger zeigt es sich, daß es fast kein soziales Problem mehr gibt, in das die demographische Entwicklung nicht entscheidend hineinwirkt. Sogar die Krise der Neuen Heimat läßt sich – neben Mißwirtschaft und gewerkschaftlicher Hybris – auf die blinde Fortschreibung (das Wort Wachstum paßt hier nicht, weil Wachstum etwas Natürliches ist) des Bedarfs und der Produktion von Wohnungen ohne Rücksicht auf die dazugehörigen Menschen zurückführen.

Die aktuelle Diskussion über die zeitliche Verzerrung von Schule, Wehrdienst und Studium bietet einen kleinen Vorgeschmack auf ähnliches in anderen Bereichen. Die Verlängerung von Wehr- und Ersatzdienst könnte die Bonner Koalitionsregierung gerade bei jungen Menschen mit Zukunftsenergie und Lebensoptimismus mehr Sympathie gekostet haben, als sie ahnt. Nicht, weil diese Generation grundsätzlich etwas gegen den Dienst am eigenen Land hätte. Aber immer öfter hört man die Frage, warum jetzt die Zwanzigjährigen es ausbaden sollen, daß ihre Väter und Mütter ihre Bungalows abgezahlt und am Wohlfühlstand gepuzzt und gebastet haben, statt mehr Kinder großzuziehen. In der Diskussion um die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik werden wir das bald wieder erleben.



Der wirkliche Reichtum: Besuch beim Jüngsten

FOTO: VOLLMER

den sich vermutlich bald Stimmen melden, die eine weit stärkere Heranziehung auch älterer Jahrgänge fordern.

Es liegt eigentlich auf der Hand, daß in dieser Situation pathetische Appelle an die Jugend, doch ihrer Pflichten zu gedenken und für den nötigen Nachwuchs an Rentenbeitragszahlern wenigstens in der übernächsten Generation zu sorgen, Hohn ernten werden. Auch familienpolitische Programme, so nötig und hilfreich sie für die Betroffenen sein mögen, können hier nur begleiten, niemals aber die Wende der Einstellung bewirken.

Es kommt vielmehr darauf an, deutlich zu machen, daß ein Volk, das sein eigenes Aussterben nicht zu verhindern versucht, sich nicht nur wirtschaftlich, sozial und politisch, sondern auch psychologisch in einer Sackgasse befindet.

Mit immer neuen, immer dümmlicheren Theorien wird zum Beispiel versucht, die wachsende Isolation der älteren Menschen zu erklären. Das herrschende Gesellschaftssystem, der verfehlte Wohnungsbau, die Härte der Arbeitswelt, die Wirtschaftswundergeneration werden beschuldigt. Dabei ist das Ganze zunächst doch nur ein Rechenexempel. Wo vier rüstige Großeltern sich um ein einziges Enkelkind bemühen, kann es gar kein vernünftiges Generationsverhältnis geben. Was sich da als „Mangel an Partnerschaft“ aufgeführt, ist oft nichts weiter als ein Mangel an Partnern. Altenpfleger, Graue Panther, Seniorentanzabende und organisierte Altersfreizeit sind doch nur ein fader Ersatz für das, was an lebendigem Kontakt mit den eigenen Kindern und Kindeskindern von selber entsteht, wenn man sich ein bißchen Mühe gibt.

Wer bewußt auf Kinder verzichtet, gibt ein Stück seiner selbst preis. Es mag Gründe dafür geben, eine Rechtfertigung gibt es im tiefsten Grunde dafür nicht. Daß es im Jahre 2030 vielleicht nur noch vierzig Millionen Deutsche in der Bundesrepublik geben wird, ist als Zahl an sich noch keine Katastrophe. Die Katastrophe ist, wenn diesem Staat auf dem Wege dahin alles noch passieren wird. Jeder einzelne wird es spüren.

Wenn man das Glück beim Staat einklagen möchte

Von der Leidenschaftlichkeit oder Sollten aus Kreuzen Schwerer werden? / Gastkommentar von Georg Huntemann

Die Passions- beziehungsweise Fastenzeit erinnert daran, daß das Symbol des christlichen Glaubens, das Kreuz, ein Marter- und Folterwerkzeug ist. Bei aller konfessionellen Vielgestaltigkeit besteht unter Christen Übereinstimmung darin, daß Leid und Kreuz Christi die Gottesfeindschaft dieser Welt offenbar gemacht haben und daß in der Nachfolge Christi aus der Schwachheit des Kreuzes die Kraft eines weltüberwindenden Glaubens erwächst.

In der modernen, sich gleichermaßen politisch und progressiv gebenden Neuchristlichkeit möchte man allerdings über Leid und Kreuz in diesem traditionellen Sinne nicht belehren sein. Leiden und Kreuz zu tragen erinnert die Fortschrittsgläubigen in den Kirchen an die politisch passive Dulder- und Sklaventalität von Onkel Toms Hütte. Aber so sollen nun Passion und Kreuz ganz und gar nicht verstanden sein – lieber das Kreuz so sehen, wie es schon im vorigen Jahrhundert Georg Herwegh verstanden und ver-

kündet hat: „Reißt die Kreuze aus der Erde! Alle sollen Schwerer werden.“

In fritten Sprüchen linkschristlicher Szenarien wird die „Leidenschaftlichkeit“ christlicher Existenz, die zur politischen Abstinenz führe, scharf verurteilt. Man erinnert sich in diesen Kreisen gern an Lenin: „Demjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn.“ Für Lenin war die Marxsche Charakterisierung des Christentums als Opium für das Volk noch zu mild. Er wollte das Christentum eher mit schlechtem Wodka vergleichen. Den „Opiumhimmel“ wollen nun, ganz auf den Pfaden Marxscher Religionskritik, auch die Progressiven unter den Christen nicht mehr. An die Stelle der Passion tritt die Aktion.

Wenn Jesus gelitten habe, so habe er, argumentieren sie, als Revolutionär gelitten. Im übrigen – so meinen viele Theologen unserer fröhlichen Zeit, allerdings den

Quellennachweis schuldig bleibend – habe Jesus gern gefeiert, gegessen und getrunken, habe auf Hochzeiten gar geschunkelt; man müsse überhaupt mehr einen lachenden und fröhlichen Jesus proklamieren.

In der Tat sind Leiden und Leidenschaftlichkeit in dieser Gesellschaft keine tragenden Werte mehr. Jeder randaliert und protestiert, wenn ihm die Welt nicht mehr behagt. Alles Leid soll reparabel sein, möglichst politisch reparabel. Der Anspruch auf Glück ist beinahe ein einklagbares Menschenrecht geworden. Leiden meldet allenfalls Pannen, die sofort behoben werden müssen. Von daher ist politisches, revolutionäres oder progressives Christentum aus biblischer Perspektive nur der Gipfel eines Eisberges, der aus der Tiefe eines Lebensgefäßes auftaucht, das satt vor Glück sein will.

Wer heutzutage nach „Belastungsfähigkeit“ gefragt wird, zeigt Verständnis. Wer auf seine „Leidenschaftlichkeit“ angesprochen würde, könnte heute wohl nur er-

IM GESPRÄCH Pater Anselm

Neuer auf dem Heiligen Berg

Von Peter Hornung

Die Straße führt nur wenig links neben der Klosterkirche von Andechs vorbei nach München-Riem. An klaren Tagen ist die mächtige Barockkirche zu sehen und der weitgestreckte Klosterkomplex. Der „Heilige Berg“ wird Andechs seit Jahrhunderten genannt. Nach Jahrzehnten des Rückgangs der Wallfahrten mehrt sich wieder die Zahl der Pilger. Aber von den 1,2 Millionen Gästen jährlich kommt nur eine Minderzahl, um vor der kunstvollen, von einem Schüler des berühmten Dominikus Zimmermann geschaffenen Madonna zu beten. Es ist der dunkle, süßliche Bock der Kloster-Brauerei, der die Besucher anzieht. Dazu kommen deftige Regensburger Würste und Käse, dessen Zutaten von den Mönchen streng geheimgehalten werden.

Das „Imperium“ am Heiligen Berg schuf der jetzt abtretende 73jährige Pater Daniel. Ihn löst der 32jährige Pater Anselm aus St. Bonifat in München ab. Zu St. Bonifat zählt auch das Kloster Andechs.

Größere Gegensätze als die Benediktiner-Patres Daniel und Anselm sind kaum denkbar. Pater Daniel trat erst mit 43 Jahren, nach dem Tod seiner Frau, in den Benediktiner-Orden ein. Er war Amtsgerichtsrat in München und stand zur Beförderung zu einem der Vorsitzenden der Zivilkammern des Landgerichts München an. Im Kloster wirkte er geradezu anonym. Ein echter barocker Bayer ist dagegen Pater Anselm: „Ich bin nicht in den Orden eingetreten, um ein Manager zu werden. Doch für mich gilt auch die Ordensregel des Gehorsams. Ziemlich viel wirtschaftliches Wissen werde ich mir noch aneignen müssen. Pater Daniel war Jurist. Die meisten Manager sind Juristen. Ich bin bisher Kaplan gewesen.“

Der junge Priester muß sich um 167 Mitarbeiter kümmern: Braumeister, Abfüller, Techniker, Landarbeiter, Kraftfahrer und Agrarexperten. Pater Anselm holte seine eigene Vergangenheit ein. Dem Vater gehörten



Das Kloster als Konzern: Pater Anselm

FOTO: FRED SCHÜLLHOHN

eine Gaststätte und eine Metzgerei. Beides wollte er nicht übernehmen. Zu seiner Berufung sagt er kurz: „Gottes Wege sind wunderbar.“ „Bis zu den fünfziger Jahren war das Kloster Andechs ein eher verschwiegener, örtlich geprägter Wallfahrtsort“, erläutert Pater Anselm. „Pater Daniel machte es beinahe zu einem Konzern. Daran will ich nichts ändern. Aber ich möchte das Klosterliche Gesamtwerk wieder stärker in das Bewußtsein rücken, möchte jedem Besucher deutlich machen, daß Kirche, Kloster und auch Brauerei eine Einheit bayerischer Lebensart sind.“

Pater Anselm kann herzlich lachen und ist seinem dunklen Bier nicht abgeneigt, das er jeden Tag überprüft, ob auch alle bayerischen Reimbeispiele erfüllt werden. Aber: „Eigentlich wollte ich meine theologischen Studien fortsetzen. Dabei hatte ich nicht den Ehrgeiz, Professor der Theologie zu werden. Es reizten mich einfach ganz bestimmte Themen in der Kirchengeschichte und in der Dogmatik.“ Und er ist entschlossen, sich trotz aller Managerarbeit nicht von seinen theologischen Studien abdrängen zu lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Zur bayerischen Spendeaufrufe macht ein:

Die sogenannten „Spiegel“-Enthüllungen sind fast gänzlich ein zu rechter Zeit wieder aufgetauchter Kalauer. Gewiß, die Vorwürfe sind stichhaltig und offenbar bis auf wenige Fälle aktenkundig. Aber darum geht es ja wohl längst nicht mehr, und man kann dem Nachrichtenmagazin auch nicht soviel Dummheit anheften, daß seine Macher das nicht wüßten.

XXI. MÄRSCHT. XX.

NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt kommentiert die Gerüchte um Bundeswehrleistungen:

In Aussicht wird jetzt gestellt, daß die DDR-Behörden bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „größtenteils“ freigegeben werden. „größtenteils“ verfahren. Bleibt anzumerken: Die DDR hat sich in der KSZE-Schlussakte zu einer solchen Freizügigkeit verpflichtet, handhabt ihre einschlägigen Kann-Bestimmungen jedoch äußerst willkürlich. Vor einer Reise genehmigung studieren die Behörden die „Kaderakte“, die jeden DDR-Bürger sein Leben lang begleitet. Wer auf Reise genehmigung hofft, tut jedenfalls gut daran, öffentlich Staatstreue zu demonstrieren, sich jeder Systemkritik außerhalb der privaten Nische zu enthalten und so die Obrigkeit bei Laune zu halten. Bei einer Berufsgruppe wird dies schon seit Jahren mit Erfolg praktiziert. Evangelischen Geistlichen werden äußerst großzügig Dienstreisen in den Westen genehmigt, und die Pfarrer auch Menschen sind, hat mancher die unterbewußte Selbstanfrage bereits verinnerlicht, ob man Reisemöglichkeiten wegen des einen oder anderen Konflikts mit

dem Staat wirklich auf Spiel setzen soll. So deformiert das DDR-Regime Menschen.

The New York Times

Die kritisierte sogenannte Regierungskrise in Washington:

Nicht wenige in der Regierung üben sich bereits in Leisetreterei angesichts der offensichtlichen Wahllage. Die Bedrohung amerikanischer Interessen auf den Philippinen liegt in der Herrschaft von Marcos. Sie könnte ein mißbrauchtes Volk gegen die Demokratie und die Vereinigten Staaten aufbringen und es der kommunistischen Rebellenbewegung in die Arme treiben.

Rhein-Beitrag

Das Koblenzer Blatt kommentiert die Diskussion um EG-Papier:

Ums Überleben kämpft Poul Schlüter. Minderheitsregierung in Kopenhagen. Die Volksbefragung am 27. Februar über die geplanten EG-Reformen droht zur innenpolitischen Zerreißprobe zu werden. Deshalb zauberte sie gestern ein „Geheimpapier“ aus dem Hut, das die sozialdemokratische Fraktion als „Greuel-Propaganda“ schimpfen. Die „AKG“ entwirft nämlich ein verheerendes Szenario für die Zeit nach einem Austritt Dänemarks: ökonomische Krise, von den Ausmaßen der beiden Ölkrisen, starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, höhere Zinsen und massive Probleme in Landwirtschaft und Fischerei. Für die Dänen war die EG bisher ein sauberes Geschäft. Daß Poul Schlüter nun mit einem „Geheimpapier“ Stimmung für sich machen will, ist nur ein logischer Schachzug.

Handwritten signature or mark: JP. 11.2.1986

Der erste Agentenaustausch im Rampenlicht – Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski nach acht Jahren Haft in Freiheit

Blick aus der Ferne auf ein Drama in zwei Akten

Von DIETER DOSE

Um 12.00 Uhr mittags sollte auf der Glienicker Brücke zwischen Berlin und Potsdam der seit einer Woche Schlagzeilen machende Agentenaustausch zwischen Ost und West und die Freilassung des sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski stattfinden. Doch zu diesem Zeitpunkt war an der Brücke über die Havel längst wieder Ruhe eingekehrt. Das Spektakel des Austausches ging 29 Minuten zuvor zu Ende.

In Windeseile löste sich der Pulk der rund 300 Journalisten – Kamerteams aus aller Welt, Fotoreporter, schreibende Reporter – auf. Einige von ihnen hatten tags- und nachtlange – bei bis zu minus 20 Grad – im Wohnwagen an der Brücke ausgeharrt.

Lang aber, sehr lang dehnten sich noch einmal die letzten Stunden vor dem Austausch. Schon bei Dunkelheit am Dienstag morgen setzte der Ansturm ein. Rund 50 Journalisten standen in der Mitte der Brücke, die von der Brücke entfernten Polizeisperrung, stundenlanges Warten einkalkuliert. Denn bekannt war, daß frühestens um 8.30 Uhr die „Schleuse“ zum Einnehmen der endgültigen Standplätze geöffnet wurde.

Ehe die Sonne herauskam, herrschten Temperaturen um fünf Grad minus. Die Polizisten drückten noch bei den Augen zu, wenn die Absperrungen überwunden werden, um von einer zur anderen Seite zu wechseln. Zum „Kaffeefassen“ müssen die Sperrgitter sowieso überwunden werden: Ein Polizeiwagen bringt Kaffee, Tee und Würstchen. Spende des Berliner Journalisten-Verbandes für die Kollegen aus aller Welt.

Hektisches Treiben auf der westlichen Seite bestimmt die Szene. Jenseits des weißen Grenzstrichs, auf dem Gebiet der Stadt Potsdam, aber herrscht noch immer Friede. Weder „DDR“-Grenzposten noch Sowjets geben sich zu erkennen. Diesseits aber werden es immer mehr Polizeibeamte. Fast alle mit Sprengfunkgeräten, manche mit Maschinengewehren ausgerüstet. Hunderte sichern die Planken des „Schlauches“ für die Wagenkolonnen und die Journalisten. Die meisten Fotografen haben Leitern, andere – vor allem auch Kamerteams – hatten sich schon in den Tagen zuvor Podeste errichtet lassen. Schon in der Nacht bevor die Absperrungen durchgeföhrt wurden, hatte eine amerikanische Fernsehgesellschaft mit Privatautos Parkraum blockiert. Morgens rollte dann ein gemieteter Sky-lift für die Kameraleute an.

10.10 Uhr: Die rotweißen Schranken auf der Westseite gehen hoch. Nur zwei Minuten später wird es auch drüben lebendig.

Das Drei-Klassen-System an der „Brücke der Einheit“ – Offizielle und Sicherheitskräfte ganz vorn, Journalisten als Vertreter der Öffentlichkeit schon in gebührendem Abstand vom Geschehen, Zuschauer ganz hinten – soll strikt eingehalten werden. So wollen es zumindest die US-Sicher-

heitsoffiziere. Doch im Trubel um die besten Film- und Fotoplätze an der Absperrung bittet auch eine amerikanische Jüdin um Einlaß in die Pressezone. Das wird ihr mit barschem Ton erst einmal verweigert. Doch eine halbe Stunde später erreicht sie ihr Ziel. Sie bleibt wohl die einzige „Privilegierte“ unter den vielen privaten Zuschauern, die das Geschehen hinter der Absperrung verfolgen müssen.

Kurz vor dem Eintreffen der Wagenkolonne mit US-Botschafter Burt, dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel und Staatssekretär Ludwig Rehlinger aus dem Innerdeutschen Ministerium dürfen jenseits des breiten weißen Grenzstrichs auch zwei „DDR“-Augenzeugen aufmarschieren. Ein Kameramann montiert seine Kamera auf ein Stativ und justiert die ganze technische Angelegenheit mehrfach. Neben ihm postiert sich ein Volksarmist mit kompletter Foto-Ausstattung und nimmt auf, was die Linse hergibt.

Um diese beiden einsamen Außenposten an der Trennlinie zweier Systeme mitten auf der alten Schinkelbrücke kümmern sich wiederum zwei Offiziere der Volkarmee. Interessiert lugen die beiden Grenzen in die amerikanischen Busse und werden ihrerseits vom Objektiv eines Angehörigen der amerikanischen Armee erfaßt, der mit einer Handkamera das Geschehen aufnimmt. Vermutlich wurden im Osten die Filmaufnahmen für den internen Dienstgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gemacht.

Auf der Potsdamer Seite der Brücke haben sich unterdessen – ungeachtet des noch am Vorabend ausgespro-



Blickpunkt Glienicker Brücke: Die ausgetauschten westlichen Agenten erreichen Berlin

FOTO: AP

chen Verbots durch das „DDR“-Außenministerium – mehrere westliche Korrespondenten eingefunden. Erst wenige Minuten vor dem Austausch gruppieren sich Stasi-Besatze vor der Zufahrt zur Brückenrampe. Rund 50 Potsdamer Bürger, durch zahlreiche westliche Fernsehvorberichte angelockt, beobachten die Szene. Vor dem Mauerbau bedeutete die Glienicker Brücke für die Bewohner der Berliner Weststadt den „schnellsten“ Zugang in den Westen – per pedes oder per Rad.

10.44 Uhr: Es ist soweit. Die Wagenkolonne (West) trifft ein: Funkwagen mit Blaulicht, der goldfarbene Mercedes mit „DDR“-Kennzeichen JS-59-72 des Ostberliner Rechtsanwalts Vogel, dahinter der Wagen mit dem amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik, Richard Burt. In

zwei dunkelblauen Kleinbussen der amerikanischen Luftwaffe kommen die fünf vom Westen freigegebenen Ostblock-Spione.

Vor dem Grenzstreifen stellen sich die Militärbusse quer. Erster Akt auf der Brücke, in wenigen Minuten beendet: Anatoli Schtscharanski (dunkler Mantel, dunkle Felzmütze) kommt über den Streifen, wird von Botschafter Burt begrüßt. Beide unterhalten sich kurz, der Fahrer wartet schon am geöffneten Wagenschlag. Dann steigt der Bürgerrechtler in den Wagen. Die erste Wagenkolonne verläßt die Brücke. Schtscharanski winkt den Journalisten zu.

Dann beginnt der zweite Teil der Prozedur. Anwalt Vogel und Staatssekretär Rehlinger erledigen die Formalitäten: Überprüfung der Identität der ausgetauschten Agenten. Fast ei-

ne halbe Stunde dauert das. Noch eine kurze Verzögerung gibt es, weil ein Wagen der amerikanischen Luftwaffe bis über die Brücke hinter den „DDR“-Schlagbaum fährt. Grund: Die ehemaligen Ostagenten haben jeweils mehrere Gepäckstücke bei sich. Die werden umgeladen.

Nach genau 46 Minuten ist das Spektakel vor den Augen der Weltöffentlichkeit beendet. Die in Richtung Militärflughafen Berlin-Tempelhof fahrende zweite Wagenkolonne ist noch in Sicht, da beginnt die Westberliner Polizei schon mit dem Abbau der Sperren. Die Schlagbäume auf beiden Seiten der Brücke öffnen sich nun wieder nur für Fahrzeuge der westalliierten Militärmissionen oder für in der „DDR“ akkreditierte Diplomaten.

Viele einsame Jahre kämpfte Avital für ihren Mann

Von ARTHUR MAX

Avital Schtscharanski, die Frau des sowjetischen Bürgerrechtlers Anatoli Schtscharanski, hat elf Jahre lang unermüdlich für die Befreiung ihres Mannes aus der Haft gekämpft. Sie machte sich seine Ausreise in ihre neue Heimat Israel zur Lebensaufgabe, reiste durch zahlreiche Länder der Erde, trug ihr Anliegen Staats- und Regierungschefs vor, verfaßte Petitionen und trat in den Hungerstreik. Sie verfolgte ihr Ziel ohne Rücksicht darauf, daß ihr Einsatz nicht nur mit Wohlwollen aufgenommen wurde, sondern ihr auch Kritik eintrug. Die Entwicklung hat der heute 34-jährigen recht gegeben.

Seit Anfang Februar die ersten Berichte über den bevorstehenden ost-westlichen Häftlingsaustausch in Berlin auftauchten und bekannt wurde, daß Schtscharanski unter den Ausgetauschten sein werde, hielt seine Frau sich vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen. Avital Schtscharanski, nahestehende Kreise meinten, ihr sei dazu geraten worden, Kontakte zu Journalisten konsequent zu meiden, um die Freilassung ihres Mannes nicht noch zu gefährden. Die israelische Presse wollte sogar wissen, Ministerpräsident Shimon Peres selbst habe Frau Schtscharanski einen entsprechenden Rat erteilt. Aus ihrer Umgebung verlautete bislang lediglich, Avital Schtscharanski sei bis zuletzt skeptisch gewesen.

Die junge Jüdin Natascha Stieglitz und Anatoli Schtscharanski, damals führender Vertreter regimiekritischer sowjetischer Juden, hatten im Jahre 1974 nach jüdischem Ritus geheiratet. Am Tag darauf erhielt Frau Schtscharanski ein Ausreisevisum, und unmittelbar danach wanderte sie nach Israel aus, wo sie den Namen Avital annahm. Die Ehe mit Anatoli Schtscharanski wurde von den sowjetischen Behörden nicht anerkannt, wodurch Anträge auf Familieneinwanderung von vornherein zwecklos schienen. 1978 wurde Schtscharanski wegen Spionage für den US-Geheimdienst CIA zu 13 Jahren Haft verurteilt. Das Schicksal des Paares schien endgültig besiegelt – doch nicht für Avital Schtscharanski.

Schon 1975, ein Jahr nach der Ausreise aus der Sowjetunion, hatte Frau Schtscharanski ihren Feldzug begonnen. Bis dahin hatte sie darauf gewartet, daß die Moskauer Behörden die nach ihren Angaben gegebene Zusage erfüllen würden und ihr Mann ihr innerhalb eines halben Jahres folgen dürfte. Auf vielen Reisen, in deren Verlauf es unter anderem zu Gesprächen mit den US-Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan sowie der britischen Premierministerin Margaret Thatcher kam, erinnerte sie an das Schicksal ihres Mannes. Einige wenige Male schien sie schon kurz vor dem Ziel zu stehen, doch zerschlugen sich alle Hoffnungen immer wieder, zuletzt im Juni 1985, als westliche

Bemühungen im Gange waren, Schtscharanski im Rahmen eines anderen Häftlingsaustausches freizubekommen.

Im September letzten Jahres reiste Avital Schtscharanski in die Vereinigten Staaten, veranstaltete vor dem sowjetischen Konsulat einen Sitzstreik und trat anschließend vor der sowjetischen Botschaft in Washington in einen sechstägigen Hungerstreik. Im November demonstrierte sie dann am Rande des Gipfeltreffens Reagans und des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Genf. Sie traf mit keinem von beiden zusammen, doch soll Reagan seinem Gesprächspartner den Fall Schtscharanski vorgetragen haben.

Finanziert werden die Reisen Frau Schtscharanskis zum Teil von der israelischen Regierung und zum Teil von Vereinigungen, die für eine verstärkte Emigration von Juden aus der Sowjetunion eintreten. Viele ihrer Freunde sind rechtsgerichteten Kreisen zuzurechnen, die sich nicht nur



Eine Frau gab nicht auf: Avital Schtscharanski

FOTO: DPA

für die Juden in der UdSSR, sondern auch für einen Ausbau der jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanien einsetzen, doch hat Avital Schtscharanski sich aus solchen politischen Fragen stets herausgehalten. Sie engagierte sich unbeeinträchtigt für ihren Mann, und gerade das wurde ihr in ihren Kreisen gelegentlich übelgenommen.

Avital hat jetzt nur einen einzigen Traum: erzählt ihre Freundin Ilana Ben-Josef der israelischen Zeitung „Jediot Acharonot“, „sie will mit ihrem Mann zu Hause sein, Kinder haben und normal leben. Elf Jahre lang lebte sie wie eine Nonne, eine Braut.“ Ihre Freundin habe sich seit einigen Jahren immer mehr der Religion zugewandt, habe alle Vergnügungen des Lebens gemieden und als äußeres Zeichen auf jeglichen Schmuck und elegante Kleider verzichtet. „So lange er nicht frei kommt, will ich nicht an Freuden teilnehmen“, habe sie immer gesagt.

„Nie habe ich geweint, heute tue ich es“

Von NIKOLAUS PREDE

Die 77-jährige Ida Petrowna Milgrom sitzt zusammengekauert auf dem grünbezogenen Sofa und wiederholt mit zitternder Stimme: „Ich kann es nicht glauben, ich kann es nicht glauben.“ Die weißhaarige Frau schluchzt und wischt sich mit der Hand Tränen aus den Augen. „Neun schreckliche Jahre lang habe ich nicht geweint, aber heute tue ich es.“

Die Mutter von Anatoli Schtscharanski kann es nicht fassen, daß ihr Sohn seit Dienstag nicht mehr in einem sowjetischen Gefangenenlager sitzt und sie selbst jetzt von einem quälenden Alptraum befreit ist. Ihren Anatoli durfte sie zuletzt im Januar 1985 besuchen. Die alte Frau reiste zu diesem Wiedersehen bis zum Ural, denn Schtscharanski saß dort im Lager 35 in der Nähe der Station Wesswajatskaja im Gebiet von Fern. Sie und ihr Sohn Leonid hielten sich dort zwei Tage auf, um Anatoli schließlich durch eine Glasscheibe sehen und sprechen zu können.

„Wir durften nur über persönliche

Angelegenheiten reden“, sagte sie am Dienstag in der engen Dreizeimmerwohnung ihres Sohnes Leonid im Petschamiki-Bezirk von Moskau. Dort lief ein Kurzwellenempfänger, der in englischer Sprache die letzten Nachrichten über den Agentenaustausch brachte.

Seit ihrem letzten Treffen mit Anatoli seien von ihm nur drei Briefe angekommen, berichtete die alte Frau. In der kleinen Wohnung drängten sich amerikanische und westdeutsche Kamerteams.

Frau Milgrom sagte im Scheinwerfer der Kameras, daß sie sich zuletzt am 26. Januar mit einem Telegramm an Parteichef Michail Gorbatschow gewendet und ihn um Hilfe für Anatoli gebeten habe. „Ich bin Gorbatschow unendlich dankbar, aber ich danke auch Ronald Reagan sehr für seine Anstrengungen.“ Sie äußerte die Überzeugung, daß diese beiden Politiker „Tollas Leben retteten und mir noch etwas Leben geschenkt haben“. Gorbatschows Amtsvorgänger Breschnew, Andropow und Tschernenko

hätten nicht auf ihre vielen Gesuche reagiert.

Frau Milgrom war sichtlich angespannt. Diese Spannung löste sich aber, als ein Kameramann im Wohnzimmer mit seinem Stuhl zusammenbrach. Schtscharanskis Mutter lachte. Ihr 1977 verhafteter Sohn Anatoli war am 14. Juli 1978 wegen „Hochverrats in Form von Spionage“ für die USA und „Antisowjetische Agitation und Propaganda“ zu drei Jahren Gefängnis und zehn Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Zu seiner überraschenden Freilassung sagte die Mutter: „Ich werde es erst glauben, wenn ich seine Stimme höre.“ Sie warte darauf, daß Anatoli Schtscharanski und dessen Ehefrau bei ihr anriefen.

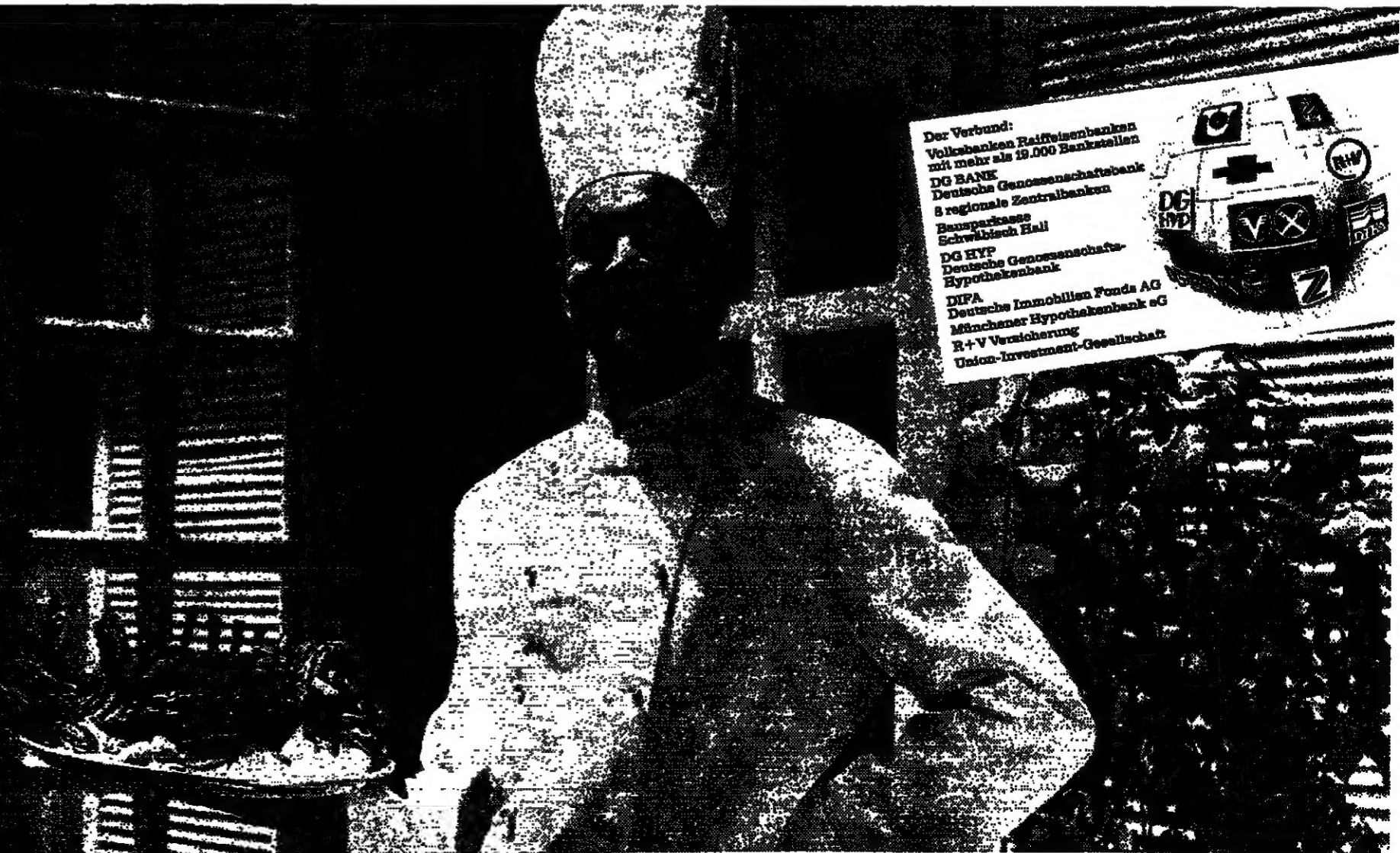
Von sowjetischer Seite, sagte Frau Milgrom, sei sie nicht über die Entlassung ihres Sohnes unterrichtet worden. Zu Berichten, daß sie selbst zu einem späteren Zeitpunkt aus der UdSSR ausreisen dürfte, erklärte sie: „Auch davon habe ich von sowjetischer Seite nichts gehört. Alles, was ich bisher hörte, ist das, was in westlichen Nachrichten-

sendungen gesagt wurde.“ Sie deutet dabei auf das Kurzwellenradio.

Frau Milgrom drückte allerdings die Hoffnung aus, daß die UdSSR ihr, Leonid, dessen Frau Raja und den beiden Enkelkinder Sascha (14), Boris (acht Monate) die Ausreise erlauben werde. „Ich weiß es nicht, wie ich es geschafft habe, diese schrecklichen neun Jahre zu überleben.“ Jede Nacht, sagt Schtscharanskis Mutter, habe sie an ihren inhaftierten Sohn denken müssen. Er habe in der Haft nur eine Möglichkeit des Protests gehabt: den Hungerstreik.

Ihren Ehemann, sagt Frau Milgrom, habe das Schicksal seines Sohnes schwer mitgenommen. Im Alter von 75 Jahren sei er am 20. Januar 1980 – Anatoli Schtscharanskis 32. Geburtstag – in einem Trolleybus an Herzschlag gestorben. Damals hätten die sowjetischen Behörden Anatoli Schtscharanskis Gesuch abgelehnt, an der Beisetzung seines Vaters teilnehmen zu dürfen. Die Familie habe von ihm aus dem Lager lediglich ein Balleidstelegramm erhalten.

„Weil meine Bank mir auch das Geldanlegen abnimmt, hat die Qualität meines Restaurants noch zugenommen. Sie kann mir sämtliche Möglichkeiten der Vermögensanlage bieten. Dies, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Ich muß einfach sagen: eine Drei-Sterne-Bank.“



Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

V X Volksbanken Raiffeisenbanken

Der Verbund:
Volksbanken Raiffeisenbanken
mit mehr als 19.000 Bankstellen
DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
8 regionale Zentralbanken
Bausparkasse
Schwäbisch Hall
DG RYP
Deutsche Genossenschaftsbank
Hypothekbank
DIPA
Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekbank AG
R+V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft

„Arbeiter-Akademie“ – ein neues Gewächs der Universität Bremen

W. WESSENDORF, Bremen
Die Bremer Sozialdemokraten haben nach langer Zeit wieder eine Orchestre in die politische Landschaft gepflanzt: die Akademie für Arbeit und Politik an der Universität Bremen. Der Direktor der umstrittenen Weiterbildungsstätte, Hans Dieter Müller, über sein Werk: „Dies ist so etwas wie ein historischer Augenblick, vor allem im Moment, in dem Gewerkschaften und Arbeitnehmer der Wendewind ins Gesicht bläst.“

Müller, der voraussichtlich am 15. März zum neuen Bremer SPD-Landesvorsitzenden gewählt wird, findet allerdings seine Gegner sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Universität. In Kreisen der Arbeitnehmervertreter wird befürchtet, daß die neue Einrichtung mit dem hochtrabenden Namen eine Konkurrenz für die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen wird.

Rektor um Ruf besorgt

Auch der Rektor der Universität, Jürgen Timm, sorgt sich um den Ruf der Alma mater und wieviel ab: „Das Herrschaftswissen soll zwar der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, aber wissenschaftliche Kriterien müssen dabei Vorrang vor politischen Interessen haben.“ Er schlug vor, den Austausch von Erfahrungen mit entsprechenden jahrhundertalten Bildungseinrichtungen für Arbeitnehmer in Oxford und London zu suchen.

Die Akademie ist ein Ableger des Zentrums Kooperation Universität/

Arbeiterkammer Bremen, deren Leiter Müller ist. Der 58 Jahre alte Politiker, dem linken Spektrum der SPD zugeordnet, gilt als Vater der Idee, den Arbeitern einen Zugang zu wissenschaftlichen Grundlagen und Forschungsergebnissen zu ermöglichen – ohne Hochschulberechtigung. „Wir beginnen etwas Besonderes, das hoffentlich bundesweit Beachtung finden wird“, frohlockte der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Horst-Werner Franke (SPD): „Damit setzt diese Universität neue Maßstäbe.“

Der Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, Ehemann der SPD-Bundesdauergewerkschaften Hertha Däubler-Gmelin, war über die hohe Beteiligung am ersten Seminar erstaunt. Denn rund 400 fanden den Weg in die Schule am Barkhof im Herzen der Hansestadt. Das traditionsreiche Gymnasium, das nach dem umstrittenen Schulplan des Senats schumpft, wird künftig Zentrale der Akademie. Däubler, bekannt durch seine populären Beiträge bei Radio Bremen, sonnt: „Ich hatte nur mit 30 bis 40 gerechnet.“

Dieser erste Kurs für Betriebs- und Personalräte, Funktionäre der Gewerkschaften und Rechtsschutzsekretäre, die sich mit der Einführung neuer Technologien befassen, schied denn auch schnell die Spreu vom Weizen. Die Neugierigen verließen nach dem einstündigen Vortrag mit dem komplizierten Thema die Aula, überließen 50 Betriebsräten und Funktionären das neue Akademie-

feld. Eine Woche später fanden sich nur noch 30 Lernwillige ein.

„Soviel Plätze sind nur vorläufig vorgesehen“, sagte Müller zur WELT. Die Kurse sollen in Seminarform abgehalten werden, die Modellphase vier Jahre laufen, ein zweiter Kurs für ein „Grundstudium“ (zwei Jahre) im Oktober in Angriff genommen werden. Der Direktor: „Dafür sind ebenfalls 30 Plätze geplant.“

Verwertbarkeit unklar

„Der Besuch der Akademie ist für alle Arbeitnehmer offen“, heißt es im Programm für das erste Halbjahr 1986. Müller, mit Blick auf das Herbst-Bekommen, wir mehr als 30 Anmeldungen, müssen wir möglichst eine Auswahl anhand des Lebenslaufes nach der Weiterbildungsmotivation treffen.“ Allen Kursteilnehmern soll eine Bescheinigung ausgestellt werden, über deren Verwertbarkeit sich die Gewerkschaftsvertreter aber noch nicht einig sind.

Dem paritätischen Vorstand der Akademie gehören für die Universität der Rektor und zwei weitere Hochschullehrer an, drei Vertreter sprechen für die Arbeiterkammer und Gewerkschaften, sieben Dozenten wurden eingerichtet, mitarbeiten sollen Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität und Praktiker aus den Betrieben und Gewerkschaften. Die Ausgaben für die Sachmittel allein betragen jährlich 64 000 Mark.

Vier Prozent mehr Geld für Beamte

dpa, Berlin
Nach dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst erhalten dieses Jahr die 4,6 Millionen Beamten in der Bundesrepublik Deutschland zwischen neun und zehn Milliarden Mark mehr als 1985. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte, das entspricht einer zusammengefaßten Tarif- und Besoldungserhöhung „um die vier“ Prozent auf der Basis von 244 Milliarden Mark Personalkosten des Vorjahres für Bund, Länder, Gemeinden, Post und Bahn. Bundesinnenminister Zimmermann garantierte damit den Gleichklang der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst.



Ludolf Herrmann gestorben

DW, Bonn
Der Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins „Capital“, Ludolf Herrmann, ist in der Nacht zum Dienstag im Alter von 49 Jahren in Bonn gestorben. Herrmann wurde am 17. September 1936 in Hirschberg im Riesengebirge geboren. Nach seinem Studium der Theologie, Philosophie und Germanistik in Bonn wurde er freier Journalist. Der engagierte Katholik begann 1968 seine Laufbahn als enger Mitarbeiter des damaligen CDU-Generalsekretärs Bruno Heck. 1972 wurde er Ressortleiter für Politik des Wochenblatts „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“. 1973 trat er in die Chefredaktion ein.

Nach der Übernahme des Blattes durch den Verlag des „Rheinischen Merkur“, der seit 1974 zu 80 Prozent in Besitz der nordrhein-westfälischen Diözesen und der Diözese Freiburg ist, leitete Herrmann im Jahr 1980 mehrere Monate lang die Redaktion des durch die Fusion neu entstandenen Blattes „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“.

Als Nachfolger von Johannes Gross wechselte Herrmann in die Chefredaktion von „Capital“, im Zentralkomitee der deutschen Katholiken war der Journalist Berater in der Kommission Publizistik.

Ludolf Herrmann hinterließ Frau und vier Kinder – drei Töchter und einen Sohn.

Bischof pocht auf Rechte der Christen in der „DDR“

Schönherr erinnert an Verfassungsrang der Religionsfreiheit

epd, Berlin
Mehr Toleranz gegenüber den christlichen Bürgern in der „DDR“ hat der frühere Ostberliner evangelische Bischof Albrecht Schönherr am vergangenen Montag auf einer Veranstaltung der „DDR“-CDU in Ost-Berlin gefordert. Wie Schönherr in einem Vortrag vor Funktionären der Partei sowie kirchlichen Gärtnern erklärte, habe es im „DDR“-Bildungssektor noch immer den Anschein, „als ob die Erziehung zu sozialistischen Bürgern eine Absage an den christlichen Glauben einschließt.“

Für viele Eltern bleibe ein Gefühl der Angst, ihre Kinder könnten Schwierigkeiten in ihrer schulischen oder beruflichen Laufbahn haben, wenn sie sich als Christen offenbarten, betonte er. Probleme bestünden aber auch für christliche Wissenschaftler oder Techniker, die manchmal unter der Tatsache litten, daß ihnen die Chance leitender Aufgaben verweigert werde.

Einen Mangel an Toleranz registrierte Schönherr, der von 1969 bis 1981 an der Spitze des „DDR“-Kirchenbundes gestanden hat, auch im

Bereich der „DDR“-Volksarmee, wo es offenbar immer wieder zu Schwierigkeiten komme, wenn Christen ihre Bibel oder anderes christliches Schrifttum in ihrem Spind aufbewahren oder sonntags zum Gottesdienst gehen wollten. Er plädierte dafür, daß junge Christen in der Volksarmee „offen und ungehindert ihre durch die Verfassung garantierte freie Religionsausübung wahrnehmen können.“

Daß Schönherr das Thema Toleranz gegenüber Christen vor der „DDR“-CDU ansprach, erweckte bei westlichen Beobachtern besondere Aufmerksamkeit, um so mehr, da der Bischof selbst darauf einging. Es habe Zeiten gegeben, in denen viele das Gefühl gehabt hätten, „die Partei sehe es als ihre einzige Aufgabe an, christliche Bürger und die Kirchen über ihren Weg in der sozialistischen Gesellschaft der DDR zu belehren“. Das habe gelegentlich zu Kontroversen geführt. Mittlerweile werde allerdings zunehmend vermerkt, daß die Mitglieder der Partei sich bemühten, in den Leitungen der Kirchengemeinden und in anderen Gremien mitzuarbeiten.

Aus für „Geomar“?

Riesenhuber setzt auf Verbund von Forschungsinstituten

mj, Hannover
Ein in Bundesregie geführtes Groß-Forschungsinstitut für marine Geowissenschaften („Geomar“), wie es die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ursprünglich vorgeschlagen hat und wie es um einen möglichen Standort wetteiferten norddeutschen Länder es sich wünschen, wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Statt dessen bevorzugt Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) eine „optimale Nutzung der hinsichtlich vorhandener Kapazitäten“, die allerdings ohne weiteren Zeitverlust zu einem leistungsfähigen Verbund über Instituts- und Ländergrenzen hinweg zusammengeführt werden müßten.

Riesenhuber, dessen Ministerium sich aus dem Norden vor einiger Zeit noch „Unterentwicklung des maritimen Bewußtseins“ nachgelassen lassen mußte, bekräftigte gestern in Hannover das Interesse des Bundes an ent-

sprechend förderungsfähigen Projektvorschlügen der Länder.

Das Nein zu einer „Geomar“-Neugründung erklärte der Forschungsminister vorrangig mit Kosten-Nutzen-Abwägungen. Ferner sei Sorge zu tragen, daß durch das Gewicht eines solchen Großinstituts nicht „die hochqualifizierten Wissenschaftler an bestehenden Forschungsstätten in der Zweitklassigkeit gedrängt“ würden. Halblaut ließ Riesenhuber erkennen, daß er mit seiner Entscheidung zugleich den Konkurrenz-Streit der norddeutschen Länder und deren Beharren auf ihren Beständen“ aus dem Wege geht.

Das allerletzte Wort über „Geomar“ soll damit aber noch nicht gefallen sein. Wenn sich über das jetzt im Bundesforschungsministerium verfolgte Konzept hinaus „Bedarf zeigen“ sollte, könne man „in einigen Jahren vielleicht“ nochmals darüber nachdenken.

Koalition legt Loewe Rückzug nahe

hbk, Berlin

SFB-Intendant Lothar Loewe soll auf „honorige Weise“ ermächtigt werden, sich aus seiner – auch aus der Sicht der CDU/DFP-Koalition unhaltbar gewordenen – Position zurückziehen. Er erhielt am Wochenende aus Kreisen der Senatskoalition den eindeutigen Hinweis, daß der Trend im Rundfunkrat gegen ihn laufe und allenfalls zu stoppen, „aber nicht mehr zu stoppen“ sei. Morgen steht ein formeller Abwahlantrag gegen Loewe auf einer Sonder Sitzung des Rundfunkrates.

Am Montag erörterten die 31 Mitglieder dieses Kontrollgremiums, das Loewe am Donnerstag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit (21 Ja-Stimmen) abgewählt wurde, vier Stunden lang nochmals das Für und Wider von Loewes Politik und Person. „Es war eine sehr ruhige, ernste Atmosphäre“, in der Loewe selbst nur einmal kurz das Wort genommen hat“, berichtete ein Teilnehmer der vertraulichen Zusammenkunft.

Loewe-Gegner aus dem linken Lager und unter den nachdenklich-kritischen „Grauen“ sowie die Verteidiger Loewes trugen erneut die schon seit Monaten bekannten Argumente für oder gegen den Intendanten vor: Führungsschwäche, mangelndes Fingerfertigkeit, Entscheidungsunfähigkeit, fehlende Mitarbeiter, ständige Querelen zwischen Redakteuren und Intendant, die Notwendigkeit eines durchgreifenden Qualitäts-„Durchbruchs“ beim Sender, Loewes unkonventionelles Ansprechen der Probleme – neue Gesichtspunkte trug keiner der Debatteure vor.

CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky nahm Loewe gegen Attacken von innen und außen in Schutz und vermittelte Loewe den Eindruck, er könne seine bis zum Frühjahr 1986 dauernde Amtsperiode zu Ende führen. Im Mitte/Rechts-Lager ist jedoch inzwischen offen von einem „Umdeprotest“ die Rede, an dessen Ende alsbald eine SFB-Lösung ohne Loewe stehen könnte, die indessen der linken Mehrheit unter den SFB-Redakteuren kein „Triumphgefühl“ vermitteln soll. FDP-Chef Walter Rasch sprach sich auf der „Senatsbank“ weder für noch gegen Loewe aus, gab jedoch zu verstehen, man sollte den „Versuch zu einer umfassenden Verständigung“ im Rundfunkrat wagen.

taschenbuch magazin

Heft 1/86 des „taschenbuch magazins“ ist erschienen – mit aktuellen Informationen über alle wichtigen Neuerscheinungen der deutschen Taschenbuchverlage, auf 84 Seiten, mit mehr als 300 Abbildungen, durchgehend vierfarbig gedruckt. Kostenlos bei Ihrem Buchhändler oder anfordern bei:

Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund.

Kostenlos im Buchhandel!

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer AG, Dr. Herbert Kreyer
Chefredakteur: Peter Göttsche und Manfred Schell
Stellvertreter: Christof Göttsche
Leitung: Hans von Loevenstein
Chefs von Ressorts: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedo W. Herzig, Jens-Martin Loddiken, Hans-Joachim Loddiken, Hans-Joachim Loddiken, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gert von Dönhoff, Deutschland: Norbert Eick, Rüdiger v. Waldow, (teilw.) Internationales Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 2: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 3: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 4: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 5: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 6: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 7: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 8: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 9: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 10: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 11: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 12: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 13: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 14: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 15: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 16: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 17: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 18: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 19: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 20: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 21: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 22: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 23: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 24: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 25: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 26: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 27: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 28: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 29: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 30: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 31: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 32: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 33: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 34: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 35: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 36: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 37: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 38: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 39: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 40: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 41: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 42: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 43: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 44: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 45: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 46: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 47: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 48: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 49: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 50: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 51: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 52: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 53: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 54: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 55: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 56: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 57: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 58: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 59: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 60: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 61: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 62: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 63: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 64: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 65: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 66: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 67: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 68: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 69: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 70: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 71: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 72: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 73: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 74: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 75: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 76: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 77: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 78: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 79: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 80: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 81: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 82: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 83: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 84: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 85: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 86: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 87: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 88: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 89: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 90: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 91: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 92: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 93: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 94: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grottel, Wirtschaft: Gerd Böhme, (teilw.) Internationale Politik: Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Jürgen Linde, Maria Woldekind (teilw.) Seite 95: Rüdiger Müller, Dr. Manfred Neuber (teilw.) Ausland: Rüdiger Müller, Österreich: Dr. Carl Gustav Stresemann, Zeitgeschichte: Walter Grot

Irak und Iran kaufen Waffen in aller Welt

Vom Golfkrieg profitiert der internationale Rüstungsmarkt

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
Die jüngste Großoffensive der iranischen Truppen am Schatt el Arab bringt wieder Bewegung in den internationalen Waffenmarkt. Trotz vieler Dementis und betretener Minen von Politikern steht heute außer Zweifel, daß weltweit nahezu alle großen und größeren Waffenproduzenten von dem massenhaften Verschleiß der diversen Waffensysteme profitieren, und zwar auf beiden Seiten.

Für den Irak gehören Frankreich und die Sowjetunion zu den wichtigsten Lieferanten. Paris verkauft vor allem Kampfflugzeuge (Mirage F-1, Super Étendard), Kampfhubschrauber und Flugkörper verschiedener Art, unter anderem die an anderem Ort bereits bewährten Exocet-Raketen. Das Material ist hochwertig. Beobachter sind im übrigen erstaunt, daß Bagdad dieses Material nicht stärker zur Geltung bringt, da die Reichweiten der Raketen und der Radius der Maschinen ohne weiteres Schläge weit im Inneren des Iran erlauben würden. Möglicherweise hält sich Bagdad diesen Trumpf noch für den Notfall vor.

Die Sowjetunion ist, was die Menge der Lieferungen betrifft, der wichtigste Partner Iraks. Neben Kampfflugzeugen liefern die Sowjets vor allem Panzer (T-55, T-62, T-72), Raketen, Infanterie- und Artilleriewaffen, Flakgeschütze sowie Schnellboote. Einen erheblichen Teil seines Bedarfs an Heereswaffen bezieht der Irak auch aus China. Diese Lieferungen gehen meist einen kleinen Umweg über Drittstaaten, zum Beispiel Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien. Rüd tritt vielfach als Finanzier der Rüstungsgeschäfte auf.

Teherans Programm ist komplizierter

Daneben finden sich Verkäufer aus Spanien (militärische Verbrauchsgüter wie Munition, Kampfhubschrauber, Panzerabwehrwaffen), Brasilien (gepanzerte Fahrzeuge, Schiffsflugzeuge, Fernmeldegeräte, Munition), fast alle Länder des Warschauer Pakts, Sri Lanka, Irland, Norwegen, Dänemark, Italien, Portugal, Türkei, Argentinien, Indien, Chile, Korea (Nord) sowie die neutralen Staaten Schweden, die Schweiz und Österreich. Der Markt der Anbieter ist groß. Bagdad hat seinen Nachschubbedarf meist durch längerfristige Verträge gesichert.

Das Beschaffungsprogramm Teherans ist etwas komplizierter. Im Haushaltsjahr 1985 hat das Regime der Mullahs für direkte Kriegskosten einen Betrag von umgerechnet rund 11 Milliarden Mark eingeplant. Das Geld dürfte zum größten Teil für Rüstungskäufe ausgegeben worden sein. Erschwert wird die Rüstungsbeschaffung durch das US-Embargo und eine bisherige Zurückhaltung Moskaus. Die Ankündigung des ei-

gentlich starken Mannes in Teheran, Ayatollah Rafsandschani, wonach die Beziehungen zur Sowjetunion demnächst normalisiert würden, deutet darauf hin, daß Moskau möglicherweise bald direkt in das iranische Rüstungsgeschäft einsteigt.

Die Neutralen sind gut im Geschäft

Bisher bezog der Iran seine Systeme sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten und natürlich sind auch neutrale Länder mit von der Partie. Italien liefert Hubschrauber, Munition, Raketenwerfer, Radargeräte. Griechenland bietet Luftverteidigungssysteme (Artemis), leichte Waffen und Munition und sich selbst als Transitland an. Selbst französische Firmen haben über Drittstaaten schon Kontakte zu Teheran geknüpft. Dabei geht es um Spezialfahrzeuge, möglicherweise solche, die die Abwehrstellungen gegen die irakische Luftwaffe ausbauen helfen könnten. Spanien versorgt die Mullahs mit Munition, einige amerikanische Firmen halten Ersatzteile für Panzer bereit und Belgien, Großbritannien (neuerdings immer stärker), Japan, die Niederlande und Australien zeigen sich behilflich bei der Beschaffung von dem, was so ein totaler Krieg alles an Rüstungsgütern erforderlich macht.

Unter den Neutralen tut sich im Fall Teheran besonders Österreich hervor. Wien liefert Hauptkitt (GHN-45, 155 Millimeter), Mörser bis zum Kaliber 120 Millimeter und Munition verschiedenster Art. Die Güter aus Österreich gelangen über Indonesien, Italien, Libyen, Portugal, Südafrika und die Türkei an den Bestimmungsort. Zwischen Schweden und Iran bestehen Abkommen über die Lieferung von gepanzerten Fahrzeugen, Feldgeschützen, Raketen. Offiziell sind die Güter meist für andere Endabnehmer bestimmt. Auch Schweizer Firmen sind gut im Geschäft. Ein Großteil iranischer Rüstungsgüterkäufe läuft über internationale Waffenhändler in der Schweiz, und demnächst soll aus dem Land der Eidgenossen ein kombiniertes Luftabwehrsystem geliefert werden.

Eine besondere Rolle spielt Syrien. Damaskus bietet seine Dienste als „Endverbraucher“ und als Transitland an. Andere interessierte Länder sind Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Pakistan. Auch Israel wird gelegentlich als Lieferant genannt.

Libyen gilt schon traditionell als wichtiges Unterstützungsland. Es liefert sowohl Rüstungsgüter aus den Ländern des Warschauer Pakts als auch aus westlichen Staaten. Bedeutend sind die Lieferungen von Scud-Raketen, die eine Reichweite bis nach Bagdad haben und das Regime des Saddam Hussein bisweilen tüchtig erschrecken.

Marcos pocht auf Sieg, aber auch Frau Aquino

JOCHEN HEHN, Manila

Der philippinische Staatspräsident Ferdinand Marcos ist davon überzeugt, daß er als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervorgeht. Auf einer Pressekonferenz erklärte er gestern im Malacanang-Palast in Manila, er stütze sich auf eindeutige Informationen aus den Wahlbezirken, nach denen er mit einem Stimmenvorsprung von mindestens 1,4 Millionen gegenüber der Gegenkandidatin Corazon Aquino rechnen könne.

Nach wie vor jedoch widersprechen sich die immer noch sehr zögernd einlaufenden Wahlergebnisse, je nachdem, von welchem politischen Lager sie registriert werden. Während die von der Regierung autorisierte und dominierte Wahlkommission COMELEC Ferdinand Marcos knapp in Front sieht, liegt die Witwe des ermordeten Senats Benigno Aquino bei der aus Freiwilligen gebildeten „Nationalen Bewegung für freie Wahlen“ (NAMFREL) in Führung.

NAMFREL war von der Opposition aus Sorge vor Wahlmanipulationen ins Leben gerufen worden und setzt sich vor allem aus Mitgliedern der katholischen Kirche, Priestern und Nonnen, zusammen.

Unterdessen ist in Manila die philippinische Nationalversammlung zusammengetreten, um die Wahlergebnisse offiziell zu bestätigen. Dieser Vorgang, der von der Verfassung vorgeschrieben ist, soll nach offiziellen Angaben nach drei Tagen abgeschlossen sein. Danach müßte dann der Wahlsieger proklamiert werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß auch die noch fehlenden Wahlergebnisse rechtzeitig aus den entlegenen Landesteilen in Manila eintreffen.

In der Nationalversammlung nur mit 30 Prozent vertretenen Oppositionsparteien bestanden zu Beginn der Sitzung, die bis in die Nacht hinein dauerte und landesweit vom staatlich kontrollierten Fernsehen übertragen wird, auf dem Recht, die einzelnen Wahlergebnisse auf ihre Authentizität überprüfen zu können.

Dies wurde vom Sprecher der Versammlung als nicht verfassungskon-



Die Stimmenausführung auf den Philippinen kommt nur schleppend voran. Seit gestern registriert die Nationalversammlung die Ergebnisse.

form abgelehnt. Die Nationalversammlung habe lediglich die Aufgabe, die Ergebnisse offiziell zu registrieren, aber nicht zu prüfen. Daß die Opposition unter diesen Bedingungen ihre Mitarbeit in der Nationalversammlung verweigert, wird nicht ausgeschlossen.

In Oppositionskreisen der philippinischen Hauptstadt herrscht unterdessen eine von vagen Hoffnungen, berechtigten Zweifeln und ohnmächtiger Wut geprägte Atmosphäre. Vier Tage nach dem Wahlgang am letzten Freitag gibt es immer mehr Anzeichen dafür, daß es bei den Auszählungen der Stimmen nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Diese Informationen besagen, daß zahlreiche Wahlurnen auf dem Transport zu den Auszählungszentren oder auf dem Weg zur Nationalversammlung gegen präparierte Urnen ausgetauscht wurden. In weiten Teilen des Landes gab es Fälle von Stimmenschwarz, Erpressung und Einschüchterungsversuchen durch die Regierungspartei KBL.

Opposition empört

Die Empörung der Oppositionspartei Unido und der sie unterstützenden Wahlmänner wurde durch die Äußerung des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vom Dienstag noch angeheizt, er begrüße einen Wahlsieg von Marcos, wobei es

für Washington nur von untergeordneter Bedeutung sei, ob die Wiederwahl durch Betrug errungen würde, wenn nur die Philippinen auch in Zukunft ein engverbundener Alliierte der USA blieben.

Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste ausländische Partner der Philippinen und unterhalten auf dem Inselstaat zwei strategisch wichtige Militärstützpunkte, die das Rückgrat für die Operationen der 7. US-Flotte in pazifischen Raum bilden.

Die Aufforderungen Reagans an Corazon Aquino und die Opposition, von den angekündigten Demonstrationen abzusehen, jede Konfrontation zu vermeiden und statt dessen mit der Regierung zusammenzuarbeiten, wurde von Präsident Marcos auf seiner Pressekonferenz bereitwillig aufgenommen. Ganz in dem sicheren Bewußtsein des bevorstehenden Wahlsieges sicherte Marcos der Opposition zu, keine Politik der Rache, sondern der Versöhnung zu verfolgen. Einheit sei das Gebot der Stunde, um gemeinsam gegen den inneren Feind des Landes vorzugehen - die mittlerweile in 62 der 73 Provinzen operierenden kommunistischen Guerilla-Verbände der Neuen Volksarmee (NPA).

Marcos sagte außerdem zu, er werde als erste Aufgabe nach seiner Wiederwahl einen Staatsrat ins Leben rufen, der ihm als höchstes beratendes Organ bei der Lösung der Zukunfts-

aufgaben zur Seite stehen soll. In dieses Gremium lud er ausdrücklich auch die Opposition zur Mitarbeit ein.

Erste Reaktionen aus Kreisen der Opposition lassen allerdings auf wenig Neigung schließen, das Angebot zur Mitarbeit mit dem politischen Gegenspieler anzunehmen. Frau Aquino ist nach wie vor davon überzeugt, selbst den Sieg davonzutragen, und sie ist dazu entschlossen, die Macht auf den Philippinen zu übernehmen.

In Anspielung auf die Äußerung Reagans warnte sie ausländische Mächte davor, aus „kurzsichtigen Erwägungen“ einen Diktator zu unterstützen.

In Alarmbereitschaft

In Manila sind unterdessen Polizei und Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft versetzt worden. Dies wird als Zeichen dafür gewertet, daß Marcos gegen Demonstrationen notfalls auch mit Gewalt vorgehen will.

Bei einer Demonstration mehrerer tausend Anhänger der Wahlboykott-Bewegung wurde gestern in Manila ein Ende der „Marcos-Diktatur“ gefordert. „Der Schlüssel zur Demokratie liegt in der Beendigung des Marcos-US-Imperialismus“, sagte ein Sprecher. Eine kleine Gruppe von Filipinos protestierte vor der US-Botschaft gegen die amerikanische „Einschüchterung“ ins Wahlgeschehen.

Höchster Offizier der NATO von Bonn brüskiert?

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Befremdet hat in Brüssel die Tatsache ausgelöst, daß das Verteidigungsministerium in Bonn nicht für die Jäger der NATO-Militärkomitees, der niederländische Vier-Sterne-General Cornelius de Jager, zur Ende Februar in München stattfindenden internationalen Wehrkundentag eingeladen worden ist. Nach dem Protokoll ist de Jager der höchste Offizier der Nordatlantischen Allianz und somit der Vorsitzende des Gremiums, in dem sich die Generalstabschefs der Allianzstaaten treffen. Im Oktober tritt der jetzige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Altenburg, an seine Stelle.

Wie in Brüssel verlautet, sei versucht worden, den Leiter der von der

Anzeige

Intensiv-Seminare PERSONAL ABRECHNUNGSPRAXIS

- „Lohnfindung/Lohnabrechnung“
17. 2. 1986 Hamburg
7. 3. 1986 München
- „DEVO/DÜVO-Zulassung“
11./12. 3. 1986 München
- „Monatslohn“
3. 3. 1986 Köln
14. 4. 1986 Hamburg
- „Vorratshand“
15. 4. 1986 Hamburg

Teilnehmergebühr 590,- DM
*750,- DM

deutscher Pfandbriefanstalt
Aachener Str. 1052
5000 Köln 40
Tel. 0221/483298

Bundesregierung finanziert Wehrkundentag, Ewald-Heinrich von Kleist, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Einladung an General de Jager unumgänglich sei. NATO-Oberbefehlshaber US-General Bernard Rogers, der im alliierten Protokoll nach de Jager rangiert, habe eine Einladung erhalten. Der Hinweis sei unbeantwortet geblieben. Die Brückierung General de Jagers ist im Brüsseler NATO-Hauptquartier Tagesgespräch. (SAD)

Tirana bemüht Historiker

Anspruch auf Kosovo soll damit mehr Gewicht erhalten

CARL GUSTAF STROEM, Wien
Albanien hat auch nach dem Tode Enver Hodschas und unter der Führung des neuen Parteichefs Ramiz Alia seine Ansprüche auf die zu 77 Prozent von Albanern bewohnte, aber zu Jugoslawien - zur Teilrepublik Serbien - gehörende „autonome Provinz Kosovo“ nicht aufgegeben. Dabei führt die albanische KP neben ethnischen nun auch historische Argumente in Feld, durch die bewiesen werden soll, daß Kosovo - das „Amsfeld“ - bereits im Mittelalter von Albanern besiedelt war.

Für die Jugoslawen ist entscheidend, daß Kosovo nach dem Balkankrieg 1912 aus strategischen wie politischen Gründen nicht zum neugegründeten Albanien, sondern zum Königreich Serbien kam. Vorher war das Gebiet Teil des türkischen Imperiums. Die Serben betrachten bis heute Kosovo als historischen serbischen Boden, als Zentrum des im Mittelalter blühenden und dann 1389 durch die Türken (Schlacht auf dem Amsfeld - Kosovo Polje) vernichteten serbischen Reichs.

Die These der Serben und damit Jugoslawiens lautet: Erst als im Verlauf österreichisch-türkischer Kriege um die Wende zum 18. Jahrhundert die christlich-orthodoxe serbische Bevölkerung sich den österreichischen Befreiern anschloß und einen Aufstand gegen den Sultan entfesselte, sind die serbischen Kosovo-Bewohner unter der Führung des Patriarchen von Pec aus Furcht vor türkischer Rache in Massen ausgewandert, um im Norden, in den von Österreich eroberten Gebieten, Schutz zu suchen.

Serben sehen es anders

Während die Serben das damalige südliche Ungarn - die heutige Vojvodina nördlich von Save und Donau - besiedelten, stießen aus dem Gebirge die albanischen Bergstämme in die Ebenen des Kosovo vor und besiedelten das von den Serben entblößte Land.

Die Albaner sind im Kosovo - nach der serbischen Geschichtsauffassung - also Neukömmlinge, während

den Serben das ältere Recht zusteht. Die mittelalterlichen serbischen Klöster auf dem Gebiet des Kosovo, vor allem aber das berühmte „Patriarchat von Pec“ dienen zur Untermauerung dieses serbischen und damit jugoslawischen historischen Anspruchs.

Annexion vorgeworfen

Nun hat der albanische Historiker Selami Pulaha in der von Tirana-Regime herausgegebenen Propagandaschrift „Neues Albanien“ diese Thesen als Fälschung bezeichnet. Die historischen Argumente dienten dem „großserbischen Chauvinismus“ lediglich zur Rechtfertigung der „Annexion albanischer Gebiete“ und zur „Leugnung der legitimen nationalen Rechte der Albaner“. Jugoslawien, so erklärte der Historiker, betreibe gegenüber den Albanern, die im Kosovo und anderen jugoslawischen Gebieten lebten, eine Politik der „Unterdrückung und des Völkermords“.

Es sei nicht wahr, was von serbisch-jugoslawischer Seite behauptet werde - daß nämlich die Albanen erst am Ende des 17. Jahrhunderts infolge des österreichisch-türkischen Krieges und nach der „großen Wanderbewegung der Serben“ ins Kosovo gekommen seien.

Die Kataster des 15. und 16. Jahrhunderts bewiesen vielmehr, daß von einem serbischen Charakter der Bevölkerung des Kosovo auch vor diesem Ereignis keine Rede sein könne. Schon damals habe es nämlich eine „massive Anwesenheit der autochthonen albanischen Bevölkerung gegeben“, der gegenüber die Slawen (Serben) stets in der Minderheit waren. Wörtlich: „Wenn man die Präsenz albanischer, mohammedanischer Bevölkerung im Kosovo leugnet, wie das heute ein großer Teil der jugoslawischen Autoren tut, so bedeutet dies, die historischen Tatsachen zu ignorieren.“

Die Islamisierung der ursprünglich christlich-orthodoxen Albaner im Kosovo sei insofern positiv zu werten, meint Selami Pulaha, als dadurch der Prozeß der Slawisierung der Albaner - also ihrer Assimilierung durch das Serbentum - verhindert wurde.

Die „Prawda“ kritisiert die fehlende Kritik

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Im Endspurt auf den anstehenden Parteitag schlagen die Wellen der Disziplinierungskampagne in der Sowjetunion immer höher. So rügte jetzt das ZK der KPdSU öffentlich Luftfahrtminister B. Bugojew, die Verantwortlichen des Binnenschiffverkehrs- und Seeschiffverkehrs-Ministeriums und auch den Gewerkschaftsbund Transport. Innen allen wird vorgeworfen, kritische Artikel in den Zeitschriften „Vozduschny-Transport“ (Luftverkehr) und „Vodny-Transport“ (Schiffsverkehr) verhindert zu haben.

Außerdem hätten sie die zuständigen Redakteure „unter Druck gesetzt“, die sich kritisch mit den Zuständen auf dem Sektor des sowjetischen Transportwesens befäßen hätten. Diese „groben Verstöße“, wie die Zeitung „Prawda“ heute auf Seite 1 berichtet. Beide Zeitschriften hätten sich nach dem Plenum des ZK im April 85 intensiv mit den Wirtschafts- und sozialen Problemen auf diesem Gebiet befaßt, dabei auch die Mängel beschrieben, aber auch neue Wege zur Effektivität aufgezeigt.

Aber anstatt auf die konstruktive Kritik einzugehen, hätten die Zuständigen in den Ministerien und im Gewerkschaftsverband „die Verfolgung der Redaktionen und der Journalisten aufgenommen“. Dabei hätten die Verantwortlichen „unter nicht stichhaltigen Vorwänden gesetzswidrige Maßnahmen ergriffen“.

Das Transportwesen zählt zu den Problemsektoren der UdSSR. Mit dem weiteren Vordringen der Industrien nach Sibirien und dem Fernen Osten, stärkerer Spezialisierung von Produktionsstätten und engerer Kooperation zwischen den einzelnen Landesrepubliken sowie zunehmenden Exporten und Importen hat sich die Transportintensität erheblich erhöht. Der Ausbau des Verkehrswesens konnte mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. So hat sich die Seeschifffahrt seit Beginn der siebziger Jahre sehr viel langsamer entwickelt als im davorliegenden Jahrzehnt. Am inländischen Güterverkehr ist sie nur mit rund zwei bis 2,5 Prozent beteiligt.

Auch der Luftverkehr in der Sowjetunion ist seit 20 Jahren am Güterverkehr nur mit rund 0,4 Prozent beteiligt, hat aber immer noch eine gewisse Bedeutung für den Transport von hochwertigen Gütern in entlegene Gebiete mit unzureichender Infrastruktur.

Deutsche Pfandbriefanstalt
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Wiesbaden - Berlin

Verkaufsangebot für DM 200 000 000,- Genußscheine
(2 000 000 Genußscheine à DM 100,- nom.)
Wertpapier-Kenn-Nr. 884 290

Die Deutsche Pfandbriefanstalt bietet Genußscheine zum Erwerb an, deren wesentliche Ausgabe- und Zeichnungsbedingungen wie folgt lauten:

Emittent: Die Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden - nachfolgend DePfa genannt - begibt Genußscheine im Gesamtnennbetrag von DM 200 000 000,-.

Stückelung: Die Genußscheine lauten auf den Inhaber. Der Gesamtnennbetrag ist eingeteilt in 2 000 000 Genußscheine mit einem Nennbetrag von jeweils DM 100,-.

Giroammelverwahrung: Die Genußscheine sind in einer Sammelurkunde verbrieft; die Ausgabe von Einzelurkunden kann nicht verlangt werden.

Vergütung: 1) Jeder Genußscheininhaber erhält für die Überlassung des Kapitals eine jährliche Vergütung in Höhe von 7,5% seines jeweiligen Nennbetrags.
2) Die Vergütung auf die Genußscheine wird jeweils am ersten Bankarbeitstag nach dem Tag der ordentlichen Hauptversammlung fällig, in der der Jahresabschluß des abgelaufenen Geschäftsjahres festgestellt wird, erstmals 1987 für das Geschäftsjahr 1986. Der Termin der Hauptversammlung wird jährlich gemäß § 6 veröffentlicht.
3) Die Vergütung entfällt, wenn und soweit durch sie ein Bilanzverlust - § 5 Abs. 3 - entstehen würde. Die Laufzeit der Genußscheine ist mit dem Ende des Geschäftsjahres 2010 befristet.

Laufzeit: Die DePfa kann die Genußscheine mit einer Frist von mindestens 24 Monaten jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres kündigen, erstmals zum 31. 12. 91. Die Bekanntgabe der Kündigung erfolgt gemäß § 6. Eine Kündigung durch den Genußscheininhaber ist ausgeschlossen.

Rückzahlung: Im Falle der Beendigung des Genußrechtsverhältnisses durch Fristablauf oder Kündigung erhalten die Genußscheininhaber eine Barabfindung auf ihre Genußscheine in Höhe des Buchwertes des ausgewiesenen Genußrechtskapitals, jedoch nicht mehr als den Nennbetrag ihrer Genußscheine mit folgender Maßgabe: Maßgebend für den Buchwert ist die Bilanz zum Ende des Geschäftsjahres, zu dem das Genußrechtsverhältnis beendet wird. Weist die DePfa in dieser Bilanz einen Bilanzverlust aus, so ist dieser entsprechend § 5 Abs. 3 S. 1 auf den Buchwert des Genußrechtskapitals und die Rücklagen anteilig zu verteilen. Die Barabfindung ist unverzüglich nach der Beschlußfassung der Hauptversammlung der DePfa über den Jahresabschluß fällig. Die Barabfindung wird von der Beendigung des Genußrechtsverhältnisses bis zur Fälligkeit mit dem Geldzins verzinst, der zum Zeitpunkt der Beendigung des Genußrechtsverhältnisses in Frankfurt am Main unter Banken für entsprechende Beträge und Laufzeiten vergütet wird.

Weitere Ausstattung: 1) Die Genußscheine verbrieften keine Gesellschafterrechte, insbesondere kein Teilhaberecht und kein Stimmrecht in der Hauptversammlung sowie kein Bezugsrecht auf neue Genußscheine und keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös der DePfa im Falle ihrer Auflösung.
2) Eine Veränderung der Rechtsform und des Grundkapitals der DePfa hat auf Bestand und Inhalt der verbrieften Rechte keinen Einfluß. Die DePfa hat jedoch das Recht, weitere Genußscheine zu gleichen oder geänderten Bedingungen mit der Maßgabe auszugeben, daß darin keine vorrangige Bedienung der neuen Genußscheine vor den nach diesen Bedingungen ausgegebenen vorgesehen werden darf. Weist die DePfa einen Bilanzverlust aus, so sind das Genußrechtskapital und die Rücklagen im Verhältnis ihrer Nennbeträge abzuschreiben. In den Folgejahren ist vorrangig vor der Dotierung von Rücklagen zunächst das um die Abschreibungen verringerte Genußrechtskapital (Buchwert) wieder auf den Nennbetrag aufzufüllen und dann eine nach § 3 Abs. 3 ausgefallene Vergütung nachzuholen, wenn und soweit dadurch kein neuer Bilanzverlust entsteht. Im Falle der Auflösung der DePfa kann eine Rückzahlung des Genußrechtskapitals nur nach vollständiger Befriedigung der übrigen Gläubiger erfolgen.

Bekanntmachungen der DePfa, welche die Genußscheine betreffen, erfolgen im Bundesanzeiger. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Genußscheininhaber bedarf es nicht.
Hinweise gem. § 10 Abs. 5 Satz 4 Kreditwesengesetz: Nachträglich können die Teilnahme am Verlust nicht geändert, der Nachtrag der Genußscheine nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden; eine vorzeitige Rückzahlung ist der Deutschen Pfandbriefanstalt ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren.

Zeichnungsbedingungen:
13. 02. - 21. 02. 86
100% (für Ersterwerb börsennotierte Wertpapiere)
Die Genußscheine werden am 26. 02. 86 zugeteilt.
Der Kaufpreis ist am 05. 03. 86 zu zahlen.
Die Genußscheine werden über die Wertpapiersammelbanken zur Verfügung gestellt.
Zeichnungsanträge können bei allen Banken, Kreditgenossenschaften und Sparkassen abgegeben werden.
Die Vergütung wird unter Abzug von Kapitalertragssteuer durch die Wertpapiersammelbanken vorgenommen. Für die Genußscheine wird die Zulassung zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Wertpapierbörse zu Frankfurt am Main beantragt.
Die in der Anzeige genannten Paragraphen beziehen sich, soweit nicht anders deklariert, auf die Genußscheinbedingungen, die in der Hauptverwaltung Wiesbaden sowie deren Außenstellen eingesehen werden können.
Wiesbaden, im Februar 1986

Südafrika: Mit vielen kleinen Schritten baut die Regierung die Apartheid ab

Eine Zwischenbilanz der Reformgesetze / Rückwirkungen auf die politischen Parteien

M. GERMANI, Johannesburg
Die südafrikanische Regierung hat gestern angekündigt, die Gesetze aufzuheben, die eine Rassentrennung für Bars, Spirituosenläden und Restaurants vorschreiben. Bereits am 31. Januar war die zweite Sitzungsperiode der gemischten Parlamente Südafrikas von Präsident Pieter Willem Botha mit der Ankündigung neuer Reformen auch mit Bezug auf eine totale Abschaffung der Apartheid eröffnet worden. Demzufolge sollen ab dem 1. Juli die Paßgesetze abgeschafft und der kontrollierte Zuzug von Schwarzen in die städtischen Gebiete durch eine neue Regelung ersetzt werden.

Wichtigste Ankündigung in Kapstadt war jedoch die geplante Bildung eines Verfassungsrates, an dem Mitglieder der Regierung, Vertreter der schwarzen Nationalstaaten sowie Führer anderer schwarzer Gemeinschaften und Interessengruppen teilnehmen sollen. Mit der bedingten Bereitschaft zu einer Mitarbeit des Chefministers des bevölkerungsreichsten schwarzen Gebietes, Mangosotho Buthelesi von Zululand, der demnächst die Bundesrepublik besuchen wird und als einer der angesehensten und gemäßigten Führer gilt, dürfte dieser Plan eine Chance zur Verwirklichung haben. Wieweit andere, radikale Gruppen wie UDF oder ANC, aber auch gewählte oder selbsternannte Führer teilnehmen werden, ist bisher unklar. Die Regierung hat in Kapstadt jedoch unmissverständlich zu verstehen gegeben, daß eine Beteiligung des ANC nur unter der Bedingung einer Absage an die Gewalt akzeptabel sei.

Daß Südafrika sich von seinem Konzept der Apartheid, der Rassentrennung, endlich trennen muß, ist unbestreitbar. Das hat wohl auch die Regierung Botha mehrheitlich erkannt. Die Frage ist nur, wie und wann wieviel? So schreibt der Abgeordnete Harry Schwarz, der dem rechten Flügel der oppositionellen Fortschrittspartei zugeordnet wird, warnend: „Änderungen auf Grund eines Umdenkprozesses und einer Annäherung an das Zusammenleben bringen Stabilität. Veränderungen, die durch Druck entstehen, erzeugen Gegendruck. Es gibt zwei Formen von Verhandlungen. Eine Machtübergabe, die für die Mehrheit der Weißen nicht akzeptabel ist, oder die Entfaltung einer Verfassung, in der Machtteilung und Garantien für die Menschenrechte enthalten sind.“ Über

diese Fragen streiten sich Mitglieder der Regierung und Abgeordnete der Regierungspartei. Fraktionen bilden sich.

Zu den Gesetzen, die nach Ansicht der Apartheidgegner so bald wie möglich abgeschafft werden müssen, gehören die Bestimmungen über getrennte Wohngebiete, getrennte Schulen, Krankenhäuser, Transportsysteme, sowie die Gesetze, die politische Parteien nur innerhalb einer Rassengruppe vorsehen. Das entspricht der sozialen Dynamik des Reformprozesses. Denn nach der vor fast einem Jahr erfolgten Abschaffung des Gesetzes über gemischte Ehe- und Liebesbeziehungen sind die

ist seit langem bekannt. Es handelt sich hier um Wohngebiete, in denen die Fortschrittspartei gut vertreten ist. Kompromisse sind inzwischen von der südafrikanischen Eisenbahn eingeführt worden, es gibt für alle Rassen offene Abteile, aber auch Abteile, die nur für Weiße reserviert sind. Kapstadt, die Wiege der südafrikanischen Mischlinge, ist toleranter als andere Städte. Die öffentlichen Verkehrsbetriebe kennen schon lange den „gemischten“ Transport.

Welche Änderungen noch bevorstehen, ist derzeit unbekannt, doch gibt es ein „offenes Konzept“, das zum Beispiel vom Führer der Nationalen Volkspartei im indischen Delegierten-Haus, Amichand Rajbansi, begrüßt wird. Die Rede Präsident Bothas war von Rajbansi Anhängern gut aufgenommen worden. „Sie hat Respekt für die Grundlinien der Reformpolitik erzeugt“, sagt er. Er hält eine Mitarbeit an diesen Reformen für wünschenswert.

Doch das „offene Konzept“ wird von der ebenfalls oppositionellen Konservativen Partei als planlos verworfen. Es handle sich um leere Phrasen, die die Führungslosigkeit der regierenden Nationalen Partei (NP) verdeutlichen sollen. Es drücke die Hilflosigkeit dieser Partei aus, die Stimmung innerhalb der eigenen Wählerschaft zu testen. Das führe gelegentlich zu halböffentlichen Auseinandersetzungen.

Offenbar wurde der jüngste Zwist durch die Aussage von Erziehungsminister Willem de Klerk, gemischtrassige staatliche Schulen seien nicht geplant, ausgelöst. Denn Außenminister P. W. Botha hatte fast gleichzeitig erklärt, er könne sich sehr wohl eine südafrikanische Regierung unter einem schwarzen Präsidenten vorstellen. Beide Minister vertreten die entgegengesetzten Flügel innerhalb der Nationalen Partei. Außenminister Botha, dessen Flügel etwa ein Viertel der NP-Abgeordneten stellt, wurde mit scharfen Worten von seinem Präsidenten zurechtgewiesen – offensichtlich auf Wunsch des rechten Transvaalflügels, dessen Vorsitzender de Klerk ist.

Welche Folgen jedoch der unerwartete Rücktritt des Oppositionsführers van Zyl Slabbert hat, bleibt noch abzuwarten. Bisher hatte dieser einigen Einfluß auf die Progressive Partei ausgeübt, die ebenfalls einen linken, eher radikalen Flügel und einen der Nationalen Partei nahestehenden hat.



Zurückgepfiffen: Außenminister P. W. Botha. FOTO: POLY-PRESS

Forderungen nach gemeinsamen Wohngebieten nur logisch. Bisher war gemischten Paaren das Zusammenleben in weißen Wohngebieten verweigert worden. Sie konnten nur in schwarzen, farbigen oder indischen Vierteln wohnen. Hier ist, wie bei allen anderen Gesetzen, die Regierung in einem Dilemma: Viele ihrer Wähler fordern die Erhaltung eigener weißer Wohnbezirke. Gerade in den unteren weißen Bevölkerungsschichten liegt die Toleranzschwelle im täglichen Zusammenleben ziemlich niedrig.

Daß in der Zwischenzeit Inder in die weißen Nobelvororte von Johannesburg, wie Parktown oder Houghton, über Strohmänner, die diese Häuser für sie erwerben, vordringen,

Pariser Polizei läßt Terroristen entkommen

DW. Paris

Der französischen Polizei sind in den letzten Tagen offenbar mehrere gefährliche Terroristen entkommen, die möglicherweise einige der sechs Attentate in der vergangenen Woche verübten. Die Polizei hatte am vergangenen Wochenende auf dem Flughafen Orly und in einem kleinen Pariser Hotel sieben Syrer und Libanesen festgenommen. Mangels Beweisen mußte sie jedoch vier wieder freilassen.

Ebenfalls am Wochenende hatten Polizeistreifen im Stadtviertel Saint-Germain einen roten Opel GSI mit Offenschild

Nummernschild OF-WM 735 gestellt, dessen zwei Insassen jedoch zu Fuß flüchten konnten. In einem Aktenköfferchen in dem Opel fand die Polizei Papiere, die in der Bundesrepublik ausgestellt waren. Das BKA in Wiesbaden teilte inzwischen mit, daß der Opel in Neulandheim ordnungsgemäß gekauft und in Offenbach zugelassen wurde. Die französische Polizei stellt einen Zusammenhang zwischen dem Opel und dem ebenfalls in Offenbach zugelassenen BMW her, der vor kurzem in Frankfurt an einem Anschlag beteiligt war und dessen Insassen zwei Araber waren.

Die Gruppe von Syrern und Libanesen hatte, wie die Schweizer Geheimdienste festgestellt hatten, von Paris mit Arabern in der Schweiz telefoniert. Einer der Verhafteten war, wie Zeugnisaussagen mit Sicherheit ergaben, am Tag vor dem Anschlag in der Buchhandlung Gibert-Jeune. Vier der Libanesen und Syrer wurden in Orly festgenommen, als sie gerade nach Libyen abfliegen wollten. Die Pariser Polizei und die Abwehr sind überzeugt, daß alle die Personen, mit denen sie in den letzten Tagen zu tun hatten, zu der Terroristenorganisation von Abu Nidal gehören. Die italienische Abwehr hat jetzt Unterlagen nach Paris geschickt, aus denen hervorgeht, daß der inhaftierte Terrorist Abdallah, den die Attentäter befreien wollten, ein enger Mitarbeiter von Abu Nidal ist. (SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$6.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

WELT-Serie (Schluß)

Duvaliers Schicksal spiegelt Amerikas Kurskorrektur in Lateinamerika wider

VON WERNER THOMAS

Als die Haiti-Krise immer heißer kochte, sagte US-Außenminister George Shultz in dem Fernsehprogramm „Good Morning America“: „Das fundamentale Problem ist diese enorme Armut.“ Die einzige Möglichkeit, diese Situation zu verbessern, sei „ein demokratischer Prozeß“.

Jean-Claude Duvalier verstand das Signal: Die USA haben ihm den Teppich unter den Füßen weggezogen, es bestanden keine Hoffnungen mehr auf ein Arrangement mit der Reagan-Regierung. Der Präsident auf Lebenszeit beschloß, ein Pensionär auf Lebenszeit zu werden.

Das Schicksal Duvaliers war der bisher dramatischste Beweis für eine strategische Kurskorrektur der Reagan-Regierung in der explosiven lateinamerikanischen Region: Sie distanziert sich von rechten Diktatoren und stützt die demokratische Mitte, Männer wie die mittelamerikanischen Christdemokraten José Napoleón Duarte (El Salvador) und Vinicio Cerezo (Guatemala), die soziale Reformen für notwendig halten.

Selbst Marxisten betonen diesen Umdenkungsprozeß. „Die Vereinigten Staaten mußten einsehen, daß die Somoza und Pinochet nicht mehr ihren Interessen dienen“, sagte der chilenische Kommunistenführer Volodia Teitelboim dieser Tage der WELT in Havanna.

Nicaragua diente als abschreckendes Beispiel. Somoza wurde zu lange von den Amerikanern unterstützt, erklärte der antisandinistische Politiker Alfonso Robelo einmal die Machtübernahme der marxistischen Sandinisten. „Je länger Somoza regierte, desto mehr radikalisierte sich die Oppositionsbewegung. Am Ende fiel den Comandantes dieses Land wie ein reifer Apfel in die Hände.“

Chiles Christdemokraten hatten bisher die USA vor einer Wiederholung der nicaraguanischen Fehler gewarnt, heute nicht mehr. Seit der junge State-Department-Beamte Elliott Abrams (35) die Lateinamerika-Abteilung leitet, setzt sich die Regierung in Washington von der Militärregierung Pinochet ab.

Während viele politische Beobachter in Santiago die Ansicht vertreten, daß der General nach Ablauf seiner gegenwärtigen Amtsperiode 1989 eine weitere achtjährige Amtsperiode anstrebt, äußert Abrams öffentlich

den Wunsch, auch Chile möge sich der Demokratisierungswelle in Lateinamerika anschließen.

Im vergangenen November schickte Washington den energischen Karrierepolitiker Harry Barnes nach Santiago, der sofort demonstrativ Kontakte zur Opposition knüpfte. Der christdemokratische Parteichef Gabriel Valdes: „Die amerikanische Botschaft hat ihre Position uns gegenüber um 180 Grad geändert.“ Pinochet kritisierte irritiert, Barnes verleihe „das Minimum der diplomatischen Geflogenheiten“.

Der paraguayische General Alfredo Stroessner, der andere noch verbliebende Diktator in Südamerika, spürte ebenfalls den Druck aus Washington. US-Botschafter Clyde Taylor verkehrte immer häufiger in Oppositionskreisen. Obgleich sich die Regierung „diese fremden Einnischungen“ verbat, verfolgte Taylor weitere solche Aktivitäten. Stroessner beherrscht diese Nation seit 32 Jahren. Er wünscht sich seinen Sohn Gustavo (43), einen Oberstleutnant der Luftwaffe, zum Nachfolger.



Mit ihm begann das Umdenken: Elliott Abrams. FOTO: DPA

Duvalier war allerdings in einer schwächeren Position gegenüber den USA als Pinochet und Stroessner. Die ärmste Nation der westlichen Hemisphäre konnte ohne die amerikanische Wirtschaftshilfe nicht existieren – zuletzt 52 Millionen Dollar. Seine ersten Probleme mit der

Reagan-Regierung hatten bereits im vergangenen Sommer begonnen, als er ein Referendum über eine Verfassungsänderung durchführen ließ, das seinen Anspruch auf eine Lebenszeit-Präsidenschaft vom Volk absegnen sollte. Angehlich wurden damals 99,98 Prozent Ja-Stimmen gezählt.

Die Vertreter der US-Botschaft reagierten konsterniert. Die „New York Times“ und die „Washington Post“ veröffentlichten sarkastische Kommentare. Als Ende November eine Demonstrationswelle aufflammte, setzte sich in Washington die Meinung durch, daß Duvalier gehen müsse.

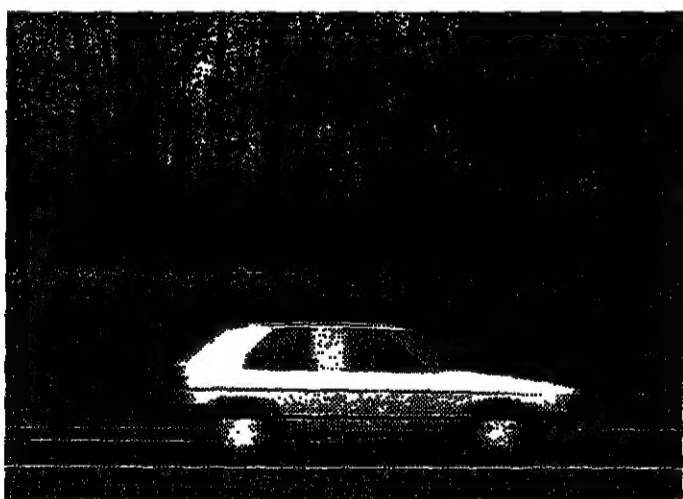
Die Reagan-Regierung hielt schließlich einen Teil der neuen Wirtschaftshilfe zurück. US-Botschafter Clayton McManaway informierte die Hierarchie der Streitkräfte über die Einschätzung der Lage in der amerikanischen Hauptstadt.

In Port-au-Prince kursierten unterschiedliche Berichte über die spektakuläre Falschmeldung des Reagan-Sprechers Larry Speakes am 31. Januar, Duvalier sei zurückgetreten und geflohen.

Die amerikanische Botschaft dementierte Vermutungen, sie habe bereits zu diesem Zeitpunkt seine Flucht „geplant“. Die peinliche Speakes-Erklärung wurde auf eine Kommunikationspanne zurückgeführt. Drei Tage später folgte dann die unmissverständliche Shultz-Erklärung.

Die haitianische Hauptstadt wirkte am Montag zum ersten Mal seit dem Regierungswechsel relativ ruhig. Es fielen nur wenige Schüsse. Es gab keine Pfänderungen mehr. Die mörderischen Racheakte an Mitgliedern der „Tontons Macoutes“ (Freiwillige für die nationale Sicherheit) haben aufgehört. Die Geschäfte waren wieder geöffnet. Der Verkehr im Zentrum wirkte chaotisch wie immer. Die neue Regierung ließ das Ausgangsverbot von 22 Uhr bis fünf Uhr verkünden.

Generalleutnant Henry Namphy, der Chef des sechs Mitglieder umfassenden Regierungsrates, der einen überraschend souveränen Eindruck hinterläßt, versicherte in einer zweiten Ansprache an die Nation: „Wir werden eine echte Demokratie schaffen. Die Freiheit muß leuchten in diesem Land.“ Als Namphy diese Rede hielt, defilierten Demonstranten am Nationalpalast vorbei. Sie skandierten: „Es lebe das neue Haiti.“



Die Benzineinspritzung holt mehr aus dem Motor und weniger aus dem Tank.

Mit der elektronischen Benzineinspritzung und der elektronischen Kennfeldzündung von Bosch nutzt der Motor die im Kraftstoff enthaltene Energie besser aus. Er leistet mehr und verbraucht weniger.

Daß der Motor besser arbeitet, zeigt sich nicht nur bei Höchstleistung, sondern schon, wenn das Auto noch steht. Der Motor springt leichter an. Selbst wenn er kalt ist, läuft er sofort

rund – auch im Leerlauf. Er reagiert ohne Verzögerung auf alle Lastwechsel und beschleunigt zügig.

Denn die Elektronik erfaßt und verarbeitet alle Daten, die für die jeweils optimale Einspritzmenge und den Zündzeitpunkt wichtig sind. Deshalb wird ein größerer Teil des Kraftstoffs in Leistung umgesetzt.

Eine Klopfregelung verstellt den Zündzeitpunkt bis an die Klopfgrenze,

ohne daß der Motor Schaden nimmt. Dadurch wird der Kraftstoff stets optimal ausgenutzt.

Da der Motor aus weniger Benzin mehr Leistung gewinnt, fahren Sie nicht nur zügiger und sparsamer, sondern auch umweltfreundlicher.



BOSCH

Handwritten signature or mark.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die tatsächliche Praxis

„Die Hand jederzeit offen, den Fuß zum Tritt bereit“: WELT vom 3. Februar

Sehr geehrter Herr Ströhm, spontan nach dem Lesen Ihres Artikels möchte ich Ihnen meine Anerkennung aussprechen, daß Sie den Mut hatten, die tatsächliche Praxis der bundesrepublikanisch-polnischen Beziehungen ohne die heute üblichen Beschönigungen und nie endenden wunden Schuldkomplexe aufzuzeigen. Zu den Annäherungen der kommunistischen Staatsführung Polens gehört auch das Theater um die Sondermarken der Deutschen Bundespost, 40 Jahre Eingliederung der Vertriebenen, während die polnische Post gleichzeitig die 40jährige „Rückkehr urpolnischer Gebiete“ feiert und dabei die rein deutschen Ostgebiete meint.

Mit Recht fragen Sie, wie unter den Prämissen, die Sie geschildert haben, ein vernünftiger deutsch-polnischer

Dialog zustande kommen kann. Doch sicher nicht durch weitere Selbsterniedrigungen der Deutschen, durch Aufgabe von Recht und Wahrheit und auch nicht durch weitere Geldgeschenke! Es haben doch gerade die Vertriebenen schon vor 35 Jahren den möglichen Weg zur Völkerverständigung gewiesen, als sie jeder Gewalt und einem ihnen immer wieder unterstellten Revanchismus abschworen.

Es ist bedrückend, daß die bundesrepublikanischen Politiker nicht erkennen, daß jede weitere demütigende Unterwürfigkeit und finanzielle Leistung nur die Annäherungen des polnischen Staates vergrößern und nicht zum Ziele der ersehnten Verständigung führen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ing. Dr. Ing. E. h. Werner Lindner
Mechernich/Sieff

Beteiligung

„Spartakus aus Berlin“: WELT vom 2. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, Heinz Heck hat offenbar vergessen, daß der eigentliche Durchbruch bei der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ganz unbestreitbar erst aufgrund des 3. Vermögensbildungsgesetzes gelungen ist. Dieses Gesetz wurde von Arbeitsminister Walter Arendt (SPD) eingebracht und während der sozial-liberalen Koalition beschlossen. Recht hat Heck allerdings, wenn er schreibt, daß Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand noch immer die Ausnahme ist.

Alle Anläufe der SPD, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch überbetriebliche Beteiligungsformen auszubauen, sind in der sozial-liberalen Koalition am Widerstand der FDP gescheitert. Solange es solche Beteiligungsmöglichkeiten nicht gibt, werden entsprechende Tarifverträge die Ausnahme bleiben.

Wenn Heck sich gegen die von der SPD seit langem gewollten Tarifverträge wendet, so muß darauf hingewiesen werden, daß solche Tarifverträge – wenigstens im Prinzip – neuerdings auch von der konservativ-liberalen Bundesregierung als eine Form außerbetrieblicher Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital akzeptiert sind. In der Begründung des Regierungsentwurfes eines Unternehmensbeteiligungsgesetzes wird ausdrücklich festgestellt, daß auf dem Weg über Tarifverträge und gemeinsame Einrichtungen i. S. d. Tarifvertragsgesetzes Kapitalsammelstellen in Form von UBGs gebildet werden können, deren Aktien die Arbeitnehmer zu übernehmen sind.

Aus seiner Sicht verständlich wehrt sich Graf Lambsdorff und die FDP-Fraktion auch dagegen – insoweit in Kontinuität mit der Haltung, an der alle Versuche der SPD-geführten Regierungen, Fortschritte bei der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zu erzielen, leider gescheitert sind.

In der Koalitionsvereinbarung vom 28. 1. 1986 wurde kein wichtiges Problem der Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer gelöst. Dies gilt vor allem für die Bewertungsprobleme bei Beteiligungs-Sondervermögen, die nunmehr offenbar auch der Bundesregierung als außerbetriebliche Beteiligungsformen vor-schweben.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Gunter Huonker, MdB SPD

Nur Zuschlag

„Vogel spricht von Soldaten für Berlin“: WELT vom 20. Januar

Als die Diäten vor Jahren erhöht wurden, wurde das Argument der „Unbestechlichkeit“ hochgespielt. Heute ist diese Höhe nur noch ein Reizpunkt für „Halbpolitiker“, die die Zeit haben, durch die Instanzen der Partei zu Ruhm und Ansehen zu kommen. Dieser Personenkreis ist mit Summen jenseits von 50 000 Mark sehr leicht zu beeinflussen.

Da dies scheinbar nicht auszureichen ist, muß die Qualität der Politiker geändert werden. Dies ist leicht dadurch zu schaffen, daß die Bezüge sich nach dem letzten Einkommen zu richten haben, wobei nur ein Zuschlag für einen besonderen Schreibaufwand zu zahlen ist. Sofort würde sich hier die Spreu vom Weizen trennen, und nur der Würde in der Politik Eingang finden, der aus Leidenschaft Politik macht.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich, Berlin 31

Einfühlung

„Verrückte Geschichte“: WELT vom 4. Februar

Lieber Herr Guratzsch, absolut richtig, stehe hinter jedem Wort. Die nächste Gefahr beginnt für mich, wenn restauriert wird. Bei jedem zweiten Projekt wird zur Zeit übertrieben restauriert, um Objekte publikumswirksam zu zeigen. Sie werden dadurch entfremdet, verfälscht und endgültig vernichtet.

Da fast bei keiner Restauration die Informationen ausreichen, um verbürgt historisch wiederherzustellen, und auch Baumaterialien und authentisches Handwerk oft nicht mehr greifbar sind, ist Einfühlungsvermögen und zurückhaltende Interpretation unumgänglich. Wir haben aber durchaus Denkmalpfleger, die das können beziehungsweise sich zumindest bemühen, so schlimm der jetzige Zustand auch ist.

Frei Otto
Architekt, Stuttgart

Wort des Tages

„Man kann das Bewußtsein wachhalten, das im eigenen Inneren, dort, wo wir an das Nichts grenzen, der lebendige Gott steht.“

Romano Guardini, Religionsphilosoph (1885-1968)

Datenschutz

Bei der Debatte um den Datenschutz im Zusammenhang mit den Sicherheitsorganen der Bundesrepublik wird sich der Bürger fragen, was für Vor- und Nachteile der Datenschutz ihm bringt. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß jede unbefugte Veröffentlichung von Daten gesetzlich geahndet wird.

Jeder korrekte Einwohner unseres Landes kann doch nichts dagegen haben, wenn bei dem geringsten Verdacht, gegen Gesetze oder Verordnungen verstoßen zu haben, die zuständigen Behörden Einblick in die Daten der betreffenden Person nehmen, um so schnell wie möglich den Sachverhalt aufzuklären.

Auch gesundheitsbezogene Daten sollten zwischen den Ärzten (im Krankenhaus und in der Praxis) den kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenkassen, den Rententrägern und dem Gesundheitswesen frei austauschbar sein, da nicht nur die Ärzte, sondern auch die genannten Institutionen zum Schweigen verpflichtet sind. So könnten vermutlich Millionen infolge Vermeidung von Doppeluntersuchungen eingespart werden. Außerdem dürfte ein derartiger Datenaustausch auch zur schnelleren und sichereren Diagnose beitragen.

Wer ruft denn am lautesten nach dem Datenschutz? Es sind einige wenige Idealisten, zahlreiche Professionelle, die ihre Daseinsberechtigung unter Beweis stellen müssen, vernünftige Bürger und ein großer Kreis von Menschen, die irgendetwas zu verbergen haben. Und dafür muß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes, die unbescholtene ist, große Summen für den Datenschutz aufbringen.

Dr. Konrad Voigt, Berlin 28

Wie heißt sie?

„Die Frau, die nicht Autarkie sein will“: WELT vom 8. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, die Scherzfrage, „wie heißt die Frau von Herkules? – Frau Kules“, läutete schon vor Jahren das Dilemma der „Amtmännin“ ein. Die weiblichen Wassermänner schwanken noch zwischen „Wasserfrau“ und „Meerfrau“, aber die Kauffrauen haben den Schritt zur Unabhängigkeit vom Kaufmann bereits vollzogen.

Wann bequemt sich endlich die Bürokratie dazu, nachzuziehen, um ihren Frauen nicht länger zuzumuten, „Männchen zu machen“?

Mit freundlichen Grüßen
Ludwig Hirschberg, Hamburg 36

Personalien

EHRUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde mit Dietrich Fischer-Dieskau ein weltberühmter deutscher Sänger ausgezeichnet. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen überreichte dem Künstler im Namen von Bundespräsident Richard von Weizsäcker diesen Orden in einer besonderen Zeremonie im Gästehaus des Senats von Berlin.

Ing. (grad.) Fritz Reuter, alleiniger Gesellschafter der Schmidt Reuter Ingenieurgesellschaft, ist in Würdigung seiner unternehmerischen Leistungen und in Anerkennung der Verdienste, die er sich um den Berufsstand der freienberuflichen Beratenden Ingenieure erworben hat, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden.

Michael Schanze, Sänger und Fernsehmoderator, ist von der Bruderkasse der Kassenärztlichen Vereinigung in Kassel mit einer Goldmedaille ausgezeichnet worden. Schanze erhielt den höchsten Verkehrrsicherheitspreis 1986 der Bruderkasse für seine spielerische Verkehrserziehung in der Fernsehserie „Telefant“. Die Silbermedaille geht an den „Club Blaues Krokodil“ in Hannover, der sich für die „psychologische Rehabilitation“ von Kraftfahrern einsetzt, die als Alkoholsünder strafrechtlich aufgefallen sind.

Dipl.-Ing. Dietrich Solaro, Mitglied des Vorstandes der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart, wird Ehrendoktor der Universität Stuttgart. Er erhält die Würde eines Dr. rer. pol. h. c. in Anerkennung seiner hervorragenden wissenschaftlichen Leistung bei der Erforschung und Weiterentwicklung von Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozessen in Großunternehmen der Industrie.

Professor Erhard Hampe hat vom Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen der Universität Hannover die Ehrendoktorwürde erhalten. Nach Angaben der Universität wurde Hampe in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet des konstruktiven Ingenieurbaus, vor allem bei der Berechnung und Konstruktion von

Schalen- und Spannbetonbauwerken, ausgezeichnet. Erhard Hampe, seit 1962 ordentlicher Professor an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar, gehört zu den international kreativsten und profiliertesten Ingenieurwissenschaftlern.

Der Marburger Völkerrechtler Professor Dr. Gerhard Hoffmann ist mit dem Grad eines Ehrendoktors der Jurisprudenz von der ungarischen Janus-Pannonius-Universität in Pecs ausgezeichnet worden. Er erhielt ihn in Würdigung seiner völker- und staatsrechtlichen Arbeiten, insbesondere seiner Abhandlungen zur Staatsbürgerschaft in Deutschland, aber auch in Anerkennung seiner Verdienste um die Gestaltung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Universitäten Pecs und Marburg.

BERUFUNG

Der 45jährige Münchner evangelische Militärdekan Rupprecht Graf zu Castell-Rödenhausen ist zum neuen Ordensdekan, dem geistlichen Leiter des Johanniterordens berufen worden. Er tritt in diesem Amt die Nachfolge des im vorigen Jahr verstorbenen Albrecht von Maffius an. Der Johanniterorden in der Bundesrepublik hat derzeit rund 2800 Mitglieder. Er ging aus einer 1812 gestifteten protestantischen preußischen Adelsgenossenschaft hervor. Der Johanniterorden ist ursprünglich eine Stiftung der Kreuzfahrer des 11. Jahrhunderts.

Der ehemalige Präsident des baden-württembergischen Landtags, Camill Wurz (CDU), ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Wurz war nach dem Krieg zunächst Rechtsanwalt in Baden-Baden und gehörte dann seit 1956 in den wichtigen Jahren, als das Land Baden-Württemberg zusammenwuchs, dem Landtag an. Schon vier Jahre später übernahm er die Leitung seiner Fraktion im Landesparlament. Die Allparteien-Koalition war zerbrochen, die CDU regierte zunächst mit der FDP und bildete dann 1966 mit der SPD eine große Koalition. 1968 wurde Wurz zum Parlamentspräsidenten gewählt und stand dem Landtag dann bis 1976 vor, als er nach 20jähriger Zugehörigkeit im Alter von 71 Jahren aus dem Parlament ausschied. Camill Wurz war Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband.



In zwölf Wochen verdienen unsere Sparer so viel, wie die Deutschen alle Jahre wieder für Damenschuhe ausgeben.

Durchschnittlich kauft jede Frau ca. 6 Paar Schuhe pro Jahr. Was den meisten allerdings zu wenig ist. Deshalb treten sie alle Jahre wieder in die Fußstapfen der Modekapitäne und gönnen sich die neuesten Kreationen der Schuhindustrie – im letzten Jahr für ca. 7,3 Mrd. DM. So viel verdienen unsere Sparer in zwölf Wochen. Denn Pfandbriefe und Kommunalobligationen bringen Tag für Tag rund 90 Mio.

DM Zinsen. Meistens die höchsten am Kapitalmarkt. Diesen Vorteil haben professionelle Anleger schon lange erkannt. Allein im letzten Jahr kauften Banken, Versicherungen und Industriefirmen für mehr als 90 Mrd. DM. Und was sich für die Profis lohnt, lohnt sich auch für Sie. Pfandbriefe und Kommunalobligationen haben aber noch mehr Vorteile, vor allem ihre verbrieften

Sicherheit. Sie dürfen nur von privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben werden. Diese Institute arbeiten nach den strengen Vorschriften des Hypothekendarlehensgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes. Setzen Sie auf Sicherheit und hohe Zinsen. Pfandbriefe und Kommunalobligationen gibt's bei jeder Bank oder Sparkasse.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen

Verbrieft Sicherheit.



Die Wertpapiere der privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken.

FECHTEN / Mit der jungen Anja Fichtel wächst ein großes Talent heran

Nachfolgerin von Cornelia Hanisch? Das beschäftigt sie überhaupt nicht

JÖRG STRATMANN, Bonn
Sie selbst nimmt die Entwicklung eher gelassen. „Zumindest belasten mich die ganzen Erfolge nicht“, erklärt sie. „Und ich habe auch keinen festen Plan, was ich als nächstes erreichen will.“ So sieht es Anja Fichtel, 17 Jahre alt, Fechterin aus Taubertal. Also hat sie einfach drauflosgefechtet und es dabei im letzten Jahr zur Junioren- und Mannschaftsweltmeisterin gebracht. In diesem Jahr ist sie wieder weltbeste Junioren. Und am letzten Sonntag sicherte sie sich in Göppingen ihren ersten Weltcup-Sieg in der Aktivenklasse. Die Nachfolgerin der großen Cornelia Hanisch, sagen viele. „Darüber mache ich mir im Augenblick keine Gedanken“, das sagt sie dazu.

Aber da ist auch jemand, den das alles sehr mitnimmt, der in seiner Rolle als Betreuer Mühe hat, mit dieser rasanten sportlichen Entwicklung der Anja Fichtel Schritt zu halten. „Für mich ist die nervliche Strapaze fast unerträglich“, stöhnte Alexander Pusch (30) noch am Tage nach dem Göppinger Turnier. Bei ihm, dem Weltmeister und Olympiasieger der Degen-Fechter, erlernte das Mädchen die ersten Fechtsschritte. Seitdem betreut Pusch seine Schülerin auch auf ihren wichtigsten Turnieren. „Wenn ich selbst fechte, sehe und höre ich nichts“, erzählt er, „aber wenn Anja fecht, renne ich wie ein Tiger an der Bahn entlang und weiß nicht, wohin mit der Anspannung.“

Seit ihrem neunten Lebensjahr übt Anja Fichtel beim erfolgreichen Vorbild Alexander Pusch, seit dieser 1976, wie fast alle Taubertal-Fechter, in der Taubertal-Fechter-Gruppe, eine Kinder-Trainingsgruppe als Übungsleiter übernahm. Das prägt. Zum einen ist Pusch für sie in vielen Dingen der wichtigste Ansprechpartner, denn „alle übrigen Trainer reden doch immer nur über das Fechten“. Zum anderen kann sie in ihrem Fechtstil den Lehrmeister nicht leugnen. „Wenn Anja auf der Bahn steht“, sagt Cornelia Hanisch, „man muß nur die Nerven behalten.“ Was so banal klingt, ist offenbar eine weitere Stärke von Anja Fichtel.

Anja Fichtel dann vor ihren Gegnerinnen, bereitet geduldig ihre Attacken vor, um schließlich, mit sicherem Gefühl für den richtigen Augenblick, ihre Treffer anzubringen. Intuition und präzise Technik – das zeichnet auch den Degen-Weltmeister Alexander Pusch aus. Zudem sind die Waffebewegungen der Schülerin, die Paraden und Riposten, für eine Fechterin ungewöhnlich hart, so daß sie im Training durchaus auch im Herren-Florett mithalten kann. Spitz-

Alexander Pusch formuliert es drastischer: „Wenn alle anderen Mädchen anfangen, herumzukreischen, bleibt Anja völlig cool.“

Ein Talent also, in dem alle Tugenden einer herausragenden Fechterin gebündelt sind. Betreuer Pusch scheint es selbst kaum fassen zu können, wenn er von der cleveren und frechen Fechtweise seines Schützlings schwärmt und sich dann die sportliche Zukunft der Anja Fichtel und ihrer Mannschaftskameradinnen ausmalen soll. „Auf zehn Jahre bleibt die Mannschaft Weltklasse.“

Schöne Aussichten auch für den Deutschen Fechterbund, der den Talenten schon am kommenden Wochenende beim Sieben-Nationen-Turnier in Berlin vertraut. Dazu gesellen sich die deutsche Meisterin Christiane Weber aus Offenbach und Vizeweltmeisterin Sabine Bischoff aus Taubertal. Cornelia Hanisch, die im letzten Jahr noch einmal ausgeholt hatte, sieht die Entwicklung mit Vergnügen. „Diesmal können es die Kleinen schon allein.“ Und Anja Fichtel wird wieder einfach drauflosfechten. „Über ihre Erfolge wird sie wohl erst nachdenken, wenn sie so alt ist wie ich – hoffentlich“, meint Alexander Pusch.



Erst 17 Jahre und doch schon so erfolgreich. Von Sporthilfen: Chef-Jörg Strätmann wurde Anja Fichtel als erfolgreichste Junioren-Sportlerin ausgezeichnet. Sie ist in dem Alter, in dem sie noch unbekümmert an ihren Sport herangehen kann.

FOTO: DPA

büßlich lachend kann sie von so manchem Sieg über verblieben kämpfende Jungen berichten.

Zu diesen Trainingspartnern kommt eine ganze Schar von gleichaltrigen, fast ebenso erfolgreichen Florett-Fechterinnen. Trainingsbedingungen wie in keinem anderen Klub. Eines dieser Talente, Zita Funkenhauser, 18 Jahre alt, war schon Mannschafts-Olympiasiegerin in Los Angeles, ein anderes, die erst 16jährige Sabine Bau wurde in Göppingen völlig überraschend Fünfte.

„Im Grunde ist es ganz einfach, im Damen-Florett Weltmeisterin zu werden“, hatte Weltmeisterin Cornelia Hanisch immer schmunzelnd erklärt. „Man muß nur die Nerven behalten.“ Was so banal klingt, ist offenbar eine weitere Stärke von Anja Fichtel.



Beim „Börsentraining '86“ der 'Wirtschaftswoche' können jetzt alle Teilnehmer auf den

Gewinne machen

rentablen aber auch risikoreichen Terminmärkten spekulieren: Mit Aktien-, Währungs-, Edel-

mit Optionen.

metall- und Index-Optionen. Und dabei Preise im Gesamtwert von 100.000 DM gewinnen.

Teilnahme-Unterlagen gibts bei der 'Wirtschaftswoche', Tel.: 0211-8388/378 oder 388. Und in vielen Geschäftsstellen der Deutschen Bank.



MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHE.

STANDPUNKT

Bittere Bilanz

Zum Schluß habe sie sich in Stille gelassen gefühlt, kein Servicemann, keine Masseurin – nichts. So habe sich der Eindruck verstärkt, der Deutsche Ski-Verband (DSV) wolle von seinen Slalom-Spezialistinnen nichts mehr wissen. Gefragt seien viel mehr die Abfahrerinnen und Spezialistinnen für den Super-G-Wettbewerb. Und so hat Maria Eppler-Beck die Konsequenzen gezogen: Am Wochenende wird sie bei den deutschen Meisterschaften in Todtnau ihre letzten Rennen bestreiten; am Montag erfolgt in München die offizielle Verabschiedung.

Das erstaunt, denn Maria Eppler-Beck gehört mit ihren 26 Jahren keinesfalls zu den erfolglosen Seniorinnen ihrer Zunft. Bevor die Weltcup-Saison 1985/86 begann, nahm sie in der Slalom-Welttrangliste den dritten Platz ein. In der aktuellen Wertung ist sie im Slalom die Nummer fünf und im Riesenslalom die Nummer vier – mithin absolute Weltklasse. Dennoch resigniert sie, hört noch vor Ende der Saison auf. Ihr Mann Florian Beck, ebenso wie sie Slalom-Spezialist, sagt: „Nicht aus Zorn, noch nicht einmal aus Frust. Es ist nur die Einsicht, daß die Verhältnisse nur dann zu ändern sind, wenn man etwas ganz anderes tut.“

Zum Beispiel eine Ausbildung als Kosmetikerin und medizinische Fußpflegerin beginnen. So etwas sei allemal sinnvoller als sich noch einmal auf eine Weltmeisterschaft vorzubereiten. Es ist das Wissen darüber, wie schwer das Siegeln mittlerweile in ihrer Disziplin geworden ist. Und es ist das Wissen, daß der Weltmeisterstitel von 1978 ebenso ein Muster ohne Wert zu sein scheint wie ihre jahrelange Zugehörigkeit zur Weltspitze. Obendrein habe sie erfahren müssen, daß die Mädchen zum Teil nur noch Marionetten der Trainer, Industriellen und Funktionäre sind. Deshalb werde sie sich nun anderen Menschen zuwenden. Marlies Bittere Bilanz.

TENNIS / In Boca West überzeugten auch einmal andere deutsche Spieler

Wie gewöhnlich – Boris Becker tat sich in der ersten Runde sehr schwer

DETLEF KONZAK, Boca West
„Na ja, das war ein typisches Spiel der ersten Runde.“ Boris Becker tat sich immer noch nicht ganz leicht. Schon während seines 6:3, 7:5-Sieges in der ersten Runde von Boca West in Südflorida hatte der Wimbledon-Sieger mehr als bisher nach verschlagenen Billies Hilfe bei seinem Trainer Günther Bosch gesucht. Und das kam am späten Montagabend sehr oft vor. Denn die Nr. 246 in der Welt, der kleine, aber gütliche Niederländer Tom Nijssen, hatte sich fast als Becker-Schreck erwiesen. Wie seine Landsleute Hubert von Bokros bei den US Open in New York und Michael Schaphers in Melbourne.

Becker hatte gegen den unbekannten Holländer – wie man es von ihm nun schon kennt – erhebliche Schwierigkeiten. Obwohl er das Spiel letztlich doch stets im Griff hatte, rätseelte er. „Komisch, in der Trainingspause vor Boca West fühlte ich mich sehr gut, und ich war auch entsprechend gut vorbereitet. Aber Match bleibt halt Match. Schließlich hatte ich drei Wochen lang nicht gespielt, hatte wegen meiner Knieverletzung

vom Masters in New York noch vier Tage lang ein steifes Knie und merkte so deutlich, daß mir drei Wochen lang Wettkampfpaxis abgingen.“

In der Welttrangliste hat ihn diese Pause jedoch nicht zurückgeworfen. Becker belegt weiterhin den fünften Platz hinter Lendl (CSSR), McEnroe (USA), Wilander (Schweden) und Connors (USA). Boris Becker meinte zu seinem Trainer: „Im ersten Spiel ist man nie so konzentriert, besonders wenn es gegen einen Unbekannten geht. Aber ich weiß, dieses ist ein langes Turnier, und ich hoffe auf mindestens sechs Spiele.“

Dann stünde er bereits im Finale dieses Superturniers, das Boris Becker übrigens nach Wimbledon, Paris und New York als Nr. 4 in der Welt einstellt. Sein Trainer Günther Bosch, der erstmals bei einem Turnier seines Schützlings nicht mit Becker-Manager Ion Tiriac zusammen saß, schaute nach dem knappen Sieg überhaupt nicht glücklich aus. „Ich kann nicht ganz zufrieden sein. Schlagmäßig war er im Training doch so gut in Form. Und seine ständigen, hilfeschreienden

Blicke zu mir bedeuteten lediglich, daß er eine Erklärung für die Abwechslung seiner schlechten und guten Schläge suchte. Dieses Spiel hat wieder einmal gezeigt: Man kann ein Training nie so recht modellieren und auf ein Match übertragen.“

In der zweiten Runde trifft Boris Becker auf seinen Freund und Glücksbringer Pavel Slozil (CSSR), der schon des öfteren sein Trainings- und Sparringspartner gewesen ist. Mir hat Pavel immer Glück gebracht. Aber jetzt, wo ich das erste Mal gegen ihn in einem echten Match spiele, heißt es, die Freundschaft beiseite zu legen. Ich kenne seine Schwächen, aber er kennt mich ja auch sehr gut.“ Dazu Günther Bosch: „Aber Slozil wird Boris mit Sicherheit mehr fürchten als umgekehrt.“ Das Spiel findet heute kurz vor Mitternacht statt.

Bei normalem Verlauf muß sich Boris Becker vor dem erneuten Zusammentreffen mit dem Schweden Stefan Edberg erst einmal mit weiteren CSSR-Stars auseinandersetzen, denn anschließend warten Ljona Pliem und Tomas Smid auf ihn. (dpa)

Popp und Keretic gingen auf den Verband los

dpa, Boca West

Mit den Siegen von Boris Becker und von Steffi Graf über die Amerikanerin Melissa Gurney (1:6, 7:5, 6:1) konnte zum Auftakt des Turniers in Boca West gerechnet werden. Nicht aber mit den Erfolgen des Stuttgarter Damir Keretic und des Neussers Wolfgang Popp. Nach einer Verletzungspause von zwei Monaten überzeugte vor allem Keretic im Duell der beiden gebürtigen Jugoslawen gegen Marco Ostojic beim 7:6, 6:4.

Seit Wochen laboriert der Stuttgarter an einer Knieverletzung, wußte nicht, ob eine Operation durchgeführt werden mußte oder nicht, nachdem er bis Mitte Januar „nicht einmal vermindert Treppen steigen konnte“ und sogar „oft über die eigenen Füße stolperte“. Keretic begann erst Mitte

Januar mit einem leichten Lauftraining, und sein Sieg in Florida überraschte ihn selbst am meisten. „Auch wenn mich der Verband vergessen hat, aber ich bin erst 25 und fühle mich stark genug, auch noch in der Nationalmannschaft zu spielen. Aber der DTV ist für mich eine einzige Enttäuschung.“

Keretic erläutert das näher. „Ich war nach Boris Becker im zweiten Halbjahr 1985 der beste deutsche Spieler bei den Grand-Preis-Turnieren, war stets trainingsfleißig und habe mich nie schlecht benommen. Außerdem bin ich in der Welttrangliste besser platziert als fünf weitere deutsche Spieler, die aber jetzt für den erweiterten deutschen Kader für das Daviscup-Match in Mexiko nominiert bzw. eingeladen wurden.“ Ge-

meint sind Osterlun, Meinecke, Jelen sowie Popp und Kühnlen.

Sein Doppelpartner von Boca West, Wolfgang Popp, ist für Mexiko zumindest als Sparringspartner eingeladen worden. Doch schon bevor der Frankfurter Doppelspezialist den an Nr. 20 gesetzten Amerikaner Scott Davis 6:3, 3:6, 7:5 niederkämpfte, hatte signalisiert auch Popp. „Okay, ich habe von der schriftlichen Einladung gehört. Aber nach all dem, was ich mit dem Deutschen Tennis-Bund schon erlebt habe, muß ich mich als leichtfertig überlegen. Während der Mexiko-Woche kann ich sowohl in Wien als auch in Metz Welttranglistenpunkte sammeln.“ Bei seinem Spiel drückten ihm fast alle anderen Deutschen die Daumen – nur Boris Becker ließ sich nicht blücken.

SKI NORDISCH / Jochen Behle will aufhören

Vor dem Rücktritt aber übte er harte Kritik am Verband

WOLFGÜNTHER, Oberstdorf
Jochen Behle will Schluss machen. „Die Olympischen Winterspiele in Calgary sind für mich kein Thema mehr. Nach den Weltmeisterschaften 1987 werde ich meine Karriere beenden“, sagt der 25jährige. Bevor er die Ski für immer abschneidet, wird der populärste deutsche Skilangläufer seit Walter Demel allerdings noch dreimal in Oberstdorf zu sehen sein. Am Freitag beim Weltcup-Rennen über 50 km sowie im nächsten Jahr bei den Deutschen Meisterschaften und den Welt-Titellkämpfen.

„Der Einsatz für den Langlauf durch den DSV ist mir zu wenig. Wir trainieren profitabel und werden im Gegensatz zu Biathleten und Kombi-nern, amateurbetrunken“, behle adressiert harte Kritik an den Deutschen Skiverband (DSV). Der einzige deutsche Weltklasse-Langläufer, seit jeher ein Mann klarer Worte, bekennt offen: „Ich will zwar Trainer werden, aber nicht beim DSV. Dort kann der Trainer nicht tun, was er will, sondern muß sich von oben diktiert lassen, was gemacht wird.“

Daher will Behle, der gegenwärtig die A-Trainer-Lizenz erwirbt und im Frühjahr mit der Ausbildung zum staatlichen Ski- und Langlauflehrer beginnen wird, das Diplomtrainer-Studium in Köln absolvieren und 1989 als Landestrainer beim Hessischen Skiverband einsteigen. „Im Landesverband könnte ich den Weg, wie man ihn gehen mußte, aufzeigen.“ Der DSV kommt bei ihm

schlecht weg. Behles Konsequenz: „Ich treibe Leistungssport für mich und nicht für den Skiverband.“

Verbittert ist der 14malige deutsche Meister vor allem deshalb, weil sich nach der Weltmeisterschaft in Seefeld, dem Tiefpunkt seiner Karriere, niemand um ihn gekümmert hat. „Diese Zeit hat mich charakterlich gefestigt. In den vielen Niederlagen lernte ich meine echten Freunde kennen.“ Zu Jahresbeginn war Behle beim DSV abgeschrieben. „Bei ihm sind alle Kammern leer“, mutmaßte Sportdirektor Weinbuch damals. Inzwischen meldete sich Behle als Vierter des 15-km-Weltcuplaufs von Bohinj in die Weltklasse zurück.

„Man muß im Sport einfach auch Tief durchmachen, denn man kommt viel gefestigter wieder heraus. Auch meine Alleingänge waren nicht umsonst, denn jetzt kann ich in mich hineinhorchen und fühlen, was für meinen Körper gut ist.“ Seinen Negativ-erlebnissen gewinnt Behle heute sogar eine gute Seite ab.

Als Vorbild führt er sich nicht. „Ich muß erst schauen, daß meine Leistung stimmt.“ Behle bedauert sogar, daß im DSV hinter ihm eine solche große Lücke klafft. „Es wäre besser, wenn wir mehrere gute Läufer hätten. Dann fiele es nicht so auf, wenn ich mal hinten lande.“ Nach der Oberstdorfer Weltmeisterschaft, wenn Jochen Behle Schluss macht, wird im Langlauf-Bereich des DSV bestimmt keiner mehr auffallen. (DPA)

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

TENNIS

Grand-Preis-Turnier in Boca West/Florida (1,5 Millionen Dollar), erster Spieltag: Herreneinzel, erste Runde: Popp (Deutschland) – S. Davis (USA) 6:3, 3:6, 7:5; Becker (Deutschland) – Nijssen (Niederlande) 6:3, 7:5; Keretic (Deutschland) – Ostojic (Jugoslawien) 7:6, 6:4; Brown (USA) – Schwaier (Deutschland) 6:4, 6:4; Purcell (USA) – Zivonovic (Jugoslawien) 6:2, 6:4; Tim Gullison (USA) – Günthard (Schweiz) 7:5, 7:5; Holmes (USA) – de la Pena (Argentinien) 7:6, 6:4; Slozil (CSSR) – Benhabiles (Frankreich) 6:3, 6:3; M. Davis (USA) – Kuster (Österreich) 2:6, 6:3, 7:5; Green – Campbell (beide USA) 6:4, 6:2; Wilsson (USA) – Mohr (Südafrika) 6:3, 6:3; Fitzgerald (Australien) – Steinkamp (USA) 6:3, 6:2; Cassolotti (Italien) – Mir (Südafrika) 6:7, 6:4, 6:4; Arias (USA) – Kirmayr (Brasilien) 6:2, 6:3; Solomon (USA) – Simpson (Neuseeland) 6:4, 6:4; Gurtel (Dänemark) (beide USA) 6:2, 6:4; Bunge (USA) – Gonzalez (Paraguay) 7:6, 6:3; Scanlon (USA) – Orser (Jugoslawien) 6:4, 6:3; Smid (CSSR) – Lopez-Mesa (Spanien) 6:1, 6:4; Krick-Popp aufgegeben, Pate – Moor (beide USA) 6:1, 6:3.

Damen-einzel, erste Runde: Graf (Deutschland) – Gurney (USA) 1:6, 7:5, 6:1; Schropp (Deutschland) – Sand (USA) 7:6, 7:5; Bunge (Deutschland) – Raponi-Longo (Argentinien) 6:0, 6:1.

Lindqvist (Schweden) – Pfaff (Deutschland) 6:1, 6:2; Garrison (USA) – Cueto (Deutschland) 6:2, 6:2; Herr (USA) – Betmer (Deutschland) 6:4, 6:2; Foltz (USA) – Keppeler (Deutschland) 4:6, 6:2; Rehe (USA) – Karlsson (Schweden) 6:3, 6:3; Minter (Australien) – Louie (USA) 6:2, 2:6, 7:5; Hendrickson (USA) – Jaeger (USA) 6:7, 6:2, 6:2; Budarova (CSSR) – Dias (Brasilien) 6:1, 6:2; Marsikova (CSSR) – Petre-Walsh (USA) 6:1, 6:0; Potter (USA) – Dunbar-Nelson (USA) 6:3, 6:4; Durie (Schweiz) – Holton (USA) 6:4, 6:0; Sukova (CSSR) – Werdel (USA) 6:1, 7:5; Phelps (USA) – Smylie (Australien) 6:3, 1:6, 6:4; McNeil (USA) – Scheuer-Larsen (Dänemark) 3:6, 6:1, 6:2; Gadusek (USA) – Jausovec (Jugoslawien) 6:1, 6:0; Thompson (USA) – Medrado (Brasilien) 3:6, 6:1, 6:1; Dingwall-Tobin (Australien) – Norton (USA) 6:1, 6:7, 7:5; Cassale – Fernandez (beide USA) 6:4, 6:2; W. White (USA) – Demongeot (Frankreich) 6:7, 6:1, 6:2; Reggi (Italien) – Paradis (Frankreich) 6:4, 6:6, 6:4; Jordan – R. White (beide USA) 6:3, 6:0; Maleeva (Bulgarien) – Güldemeister-Arraya (Peru) 4:6, 6:1, 6:1.

FUSSBALL

Länderspiel, U18 in Varna: Bulgarien – Deutschland 1:2 (1:0).

EISHOCKEY

Länderspiel in Karlskoga: Schweden – UdSSR 4:7 (2:2, 1:2, 1:3).

NACHRICHTEN

Für offene Spiele

Lausanne (sid) – IOC-Präsident Samaranch plädiert für offene Spiele 1988 in Calgary und in Seoul. Er hat FIFA-Präsident Havelange aufgefordert, zum olympischen Fußballturnier die besten Profis zu schicken.

Der stärkste Mann

Frankfurt (sid) – Manfred Nerlinger (Neuaußing) war 1985 der stärkste Gewichtsheld der Welt. Mit 242,5 kg im Stößen des Superschwergewichts schaffte er die größte Last.

Deckhengst eingeschlafert

Uster (dpa) – Im Gestüt Buschhof bei Hannover ist der 25jährige Galloper-Deckhengst Dachingis Khan wegen unheilbarer Gesichtslähmungen eingeschlafert worden. Als Rennpferd verdiente er über 250.000 Mark.

Cognac beschlagnahmt

Deha (sid) – Bei der Einreise zum internationalen Junioren-Fußballturnier in Qatar wurden bei DFB-Trainer Berti Vogts zwei Flaschen Cognac beschlagnahmt. In Qatar herrscht absolutes Alkoholverbot.

Mailand und Schuster

Mailand (sid) – Für zehn Millionen Mark erwarb der italienische Fernseh-Produzent Berlusconi die Aktienmehrung von 51 Prozent beim Fußballklub AC Mailand. Berlusconi spanischer Fernsehsender „Roma“ soll bereits eine Option an dem führenden deutschen Nationalspieler Bernd Schuster erworben haben.

Weltrekord abgewertet

Indianapolis (sid) – Die Hallenweltbestleistung des amerikanischen Stabhochspringers Billy Olson wurde von 5,94 m auf 5,93 m abgewertet. Die Höhe ist nach dem Rekordsprung nicht nachgemessen worden.

Mit 36 Athleten

Darmstadt (dpa) – Mit einer 36köpfigen Mannschaft fliegt der Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) zu den Hallen-Europameisterschaften am 22.23. Februar nach Madrid. Abgesagt haben die Sprinter Haas, Lübke und Skamrah.

2:1-Sieg in Varna

Varna (sid) – Nach dem 1:1 im ersten Spiel gewann die deutsche Fußball-Jugendmannschaft. „Unter 16 Jahren“ in Varna den zweiten Vergleich gegen Bulgarien mit 2:1 (0:1). Die Tore für die deutsche Mannschaft erzielten Hubner (Bochum) und Falck (Uerdingen).

Erst im Juli

Mühlen (sid) – Der vierjährige Hengst Diamond Way, mit 1.188.900 Mark erfolgreichster deutscher Trainer wird in diesem Jahr sein erstes Rennen am 27. Juli in Berlin bestreiten. Diamond Way soll zuvor als Deckhengst eingesetzt werden.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

15.10.1985

13

13

Über 100 Lufthansa Flüge von Deutschland nach Nordamerika. Woche für Woche.



Das bietet Ihnen keine andere Fluggesellschaft: Woche für Woche fliegt Lufthansa zu 15 Zielen in USA und Kanada. Insgesamt über 100mal. Alle Flüge nonstop oder direkt: ab Frankfurt, Düsseldorf

und Hamburg. Und ab 30. 3. auch täglich ab Stuttgart direkt und ab München nonstop. Wenn Sie also demnächst den Atlantik überqueren wollen, nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-

Angebot ab Deutschland nach: Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Houston, Los Angeles, Miami, Montreal, New York, Philadelphia, San Francisco, Toronto, Vancouver.

Bei so vielen Flügen ist bestimmt auch für Sie der richtige dabei. Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.



Lufthansa



Sie finden uns in Halle 9, Stand 56.

Rogers hält den Europäern „Wehklagen“ vor

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Auf die schwierige Entscheidungslage, in die Westeuropäer durch die Strategische Verteidigungsinitiative der USA (SDI) und die sowjetischen Vorschläge zur Abschaffung aller Atomwaffen gerät, hat der NATO-Oberbefehlshaber, General Bernard Rogers, aufmerksam gemacht. Der amerikanische Offizier erklärte gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, „daß wir in Europa uns vielleicht eine atomare Nulllösung gar nicht wünschen sollten“. Denn die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen hätte zur Folge, daß die Pershing II-Raketen und Marschflugkörper aus Europa abgezogen werden müßten, die sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 aber weiterhin Europa auch von jenseits des Urals erreichen. Gerade die westlichen Mittelstreckensysteme seien die einzigen, die die Verkopplung der europäischen mit der amerikanischen Sicherheit garantierten, da allein sie von europäischem Boden aus bis in die Sowjetunion reichen könnten.

Angesichts der Gefahr, daß für die USA und ihre europäischen NATO-Verbündeten Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen, zeigte sich Rogers sehr enttäuscht darüber, daß die Westeuropäer die SDI-Forschung der USA nicht durch ein Komplementärstück für Europa ergänzen.

Von Bonn sei die Anregung gekommen, eine eigene europäische Verteidigungsinitiative mit dem Ziel zu starten, ein System zur Abwehr der sowjetischen Mittel- und Kurzstreckenraketen zu finden, die ausschließlich Europa und nicht die USA bedrohen. Den Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland hätten die europäischen Verbündeten aber nicht aufgegriffen. Stattdessen ergingen sie sich in „Wehklagen“ darüber, daß die USA allein ihr Territorium schützen wollten und Europas Sicherheit leiden würde.

Rogers machte klar, daß es bei SDI jetzt und bis auf absehbare Zeit ausschließlich um Forschung gehe. Was das Ergebnis sein werde, könne niemand mit Gewißheit voraussagen. Im übrigen habe ihm der SDI-Leiter, General Abrahamson, versichert, daß in den USA auch die „Abstimmung von SDI mit den europäischen Bedürfnissen“ untersucht werde.

General Rogers machte den Europäern ihren politischen Spielraum im Lichte der Strategischen Verteidigungsinitiative bewußt. „Sollte sich SDI als machbar und sinnvoll erweisen, dann müßten sich die Europäer entscheiden, ob auch sie ein entsprechendes System haben und selbst entwickeln wollen“, sagte Rogers. „Sie sollten sich sagen: Wir verteidigen unser hier in Europa gelegenes Land. Wenn wir dieses Abwehrsystem nicht wollen, dann müssen wir als Konsequenz zur Abschreckung und zum Gegenschlag unsere Pershing II und Marschflugkörper hier in Europa behalten. Das ist exakt die Entscheidung, vor der wir dann stehen.“

Deutsche Autoren unter dem Druck Ceausescus

Literaten kritisieren das Verhalten der Bundesregierung

AP/dpa, Berlin

Auf das Schicksal deutschsprachiger Autoren in Rumänien hat der Lyriker Rolf Bossert hingewiesen. Dem 33-jährigen Bossert und seiner Familie war im Dezember 1985 die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland gestattet worden.

Die deutschsprachigen Kollegen hätten enorme Existenzsorgen, zumal da sie als Vertreter einer sprachlichen Minderheit kaum noch Leser fänden, sagte Bossert bei einer Veranstaltung im „Berliner Literaturhaus“. „Politisch unliebsame Autoren“ müßten zudem mit Verfolgung, Berufsverbot, Arrest und monatelanger Untersuchungshaft rechnen.

Bossert war in die Bundesrepublik „entlassen“ worden, nachdem der rumänische Staatssicherheitsdienst unter anderem Manuskripte, Arbeitsunterlagen und seine gesamte Korrespondenz beschlagnahmt hatte. Der Autor zweier Lyrikbände und Kinderbücher hatte 1984 bei der rumänischen Paßbehörde um Ausreise in die Bundesrepublik nachgesucht. Kurz nachdem der Antrag angenommen worden war, verlor Bossert seinen Arbeitsplatz als Verlagslektor. Er erhielt zudem nach eigenen Angaben ein generelles Berufsverbot. Die beschlagnahmten Manuskripte wurden ihm erst zwei Tage vor seiner Ausreise in den Westen zurückgegeben. Es wurde ihm aber verboten, sie mit nach Deutschland zu nehmen. Bossert versteht sich nicht als Dissident. Sein Ausreisearbeit habe allein auf dem Wunsch, „ungehindert schriftstellerisch“ arbeiten zu können.

Der Lyriker verwies auch auf das Schicksal des ebenfalls deutschsprachigen Autors Johann Lippert, der Dramaturg am Deutschen Staatstheater in Temeswar sei und nur ein Molotowbombe umgerechnet etwa 120 Mark bekomme. Der Fall des Schriftstellers William Totok, der nach Beschlagnahme seiner unveröffentlichten Texte fast zehn Monate ohne Anklage in Untersuchungshaft gesessen habe, sei keine Seltenheit. In zwei anderen Fällen, in denen Schriftsteller unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen seien, weigerten sich die zuständigen Behörden, eine Autopsie anzuordnen. So sei im vergangenen Jahr der 43-jährige Theaterkritiker Marius Robescu unter bislang ungeklärten Umständen gestorben.

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz warf der Bundesregierung vor, sie kümmere sich zu wenig um die Ausreisearbeit der deutschsprachigen Literaten. Es sei unverständlich, warum sich Bonn „so eigentümlich freundlich“ gegenüber Bukarest verhalte. Die Schriftstellerin sprach von einer „Barriere der diplomatischen Beziehungen“, die ihrer Meinung nach eventuelle Hilfsmaßnahmen für die rumänischen Schriftsteller von Seiten der Bundesregierung erschwere. So florieren derzeit der Wirtschaftshandel zwischen beiden Ländern. Darüberhinaus sei Nicolae Ceausescu gerade in der Bundesrepublik Deutschland einer der angesehensten Staats- und Parteichefs aus dem Lager der sozialistischen Länder.

MAD-Gesetz im Urteil von Experten: Aufgaben nur „wolkig“ formuliert

Abwehrendienst wünscht auch Beobachtung der Militärattaches und Rüstungsbetriebe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Rund dreißig Jahre hat es gedauert, bis der Militärische Abschirmdienst (MAD) auf Bundeswehr und seine Arbeit auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Als dieser Nachrichtendienst beim Aufbau der neuen deutschen Streitkräfte entstand, glaubten die verantwortlichen Politiker, es genüge, seine Existenz auf die „Organisationsgewalt“ des damals noch so bezeichneten Bundesministeriums für Verteidigung zu gründen.

Fachleute üben Kritik

Diese Ansicht hat sich im Laufe der vielen Jahre und bedingt durch die Reihe der Affären, die auch dem MAD wie anderen Nachrichtendiensten nicht erspart blieb, gewandelt. Heute gehört zum Entwurfspaket der „Sicherheitsgesetze“ auch ein MAD-Gesetz, das aber, kaum, daß es bekannt wurde, in Fachkreisen wegen seiner offenkundigen Mängel bereits scharfer Kritik unterzogen wird.

Hervorstechend an dieser Kritik ist der Hinweis auf die im Entwurf „wolkig“ formulierten Aufgaben des MAD. Es heißt darin, er nehme zur Sicherung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte „Aufgaben wahr, die denen einer Verfassungsschutzbehörde entsprechen“. Vor einigen Jahren hatte ein stellvertretender Chef dieses Dienstes die Aufgaben noch sehr viel unmißverständlich und präziser formuliert: „Der MAD hat den eindeutigen Auftrag, gegen die Bundeswehr gerichteten Angriffe fremder

geheimer Nachrichtendienste und sicherheitsgefährdender politisch motivierter Kräfte vorbeugend und abwehrend zu begehen und der politischen und militärischen Führung ein Lagebild zu vermitteln.“ Diese sprachliche Klarheit fehlt nach Meinung von Geheimdienst-Experten im Entwurf. Darin ist vom Auftrag nicht einmal die Rede; lediglich „obliegt“ ihm etwas und er „wirkt mit“. Die militärische Natur des Dienstes erscheine schon dadurch stark beeinträchtigt, wird von Experten betont. Hinzu komme eine zum Teil sehr präzisierende Festlegung des MAD-Auftrages in bestimmten Bereichen.

Bemängelt wird, daß der Gesetzentwurf nicht ausdrücklich die Militärorganisationen wie den Bundeswehr-Verband und den Verband der Reservisten als Zuständigkeitsbereich des MAD erwähnt. Genauso fehle die Festlegung, daß der MAD für die Beobachtung der Militärattaches fremder Mächte in der Bundesrepublik Deutschland, besonders jener aus den Staaten des Warschauer Paktes, verantwortlich sein solle.

Des weiteren bleibt die nicht minder gravierende Frage offen, warum nicht der MAD auch für die Sicherheit in der Industrie, – soweit sie für die Bundeswehr fertig ist, – und das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung als zuständig erklärt wird. Der Entwurf lege zwar fest, daß der MAD mit den Behörden des Verfassungsschutzes eng zusammenarbeiten solle, Sinnvoller aber wäre es, den MAD in den erwähnten Bereichen direkt als verantwortlich zu erklären,

da allein bei ihm der Sachverstand für das Einschätzen von Risiken und das daraus resultierende Handeln vorhanden sei. Dies gelte schließlich auch für die Kasernen der Bundeswehr selbst, wo nach dem Gesetzentwurf nicht von vornherein der MAD zuständig sein soll, sondern in zahlreichen Fällen der Verfassungsschutz. Auch die Beobachtung der sowjetischen Militärmissionen, in denen überwiegend Mitarbeiter des sowjetischen Armeegeheimdienstes GRU wirken und fast ausschließlich militärisches Nachrichtensammelmaterial, dürfte nicht dem Verfassungsschutz obliegen, sondern dem MAD.

Generell wird von den Kritikern begrüßt, daß im „Sicherheitspaket“ auch ein „Zusammenarbeitsgesetz“ (ZAG) zur Regelung des Informationsaustausches aller Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden bei der Gefahrenabwehr im Staats- und Verfassungsschutz einschließlich des Bundesnachrichtendienstes (BND) zur Verabschiedung vorliegt.

Sachdienliche Kooperation

Dieses ZAG verpflichtet Bund und Länder gleichermaßen zur sachdienlichen Kooperation. Als kritisch aber gilt, daß der MAD wie der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz lediglich auf Ersuchen von Polizei, Bundesgrenzschutz oder Staatsanwaltschaft einschlägige Informationen über verdächtige Personen erhält.

Genscher lobt Brandt-Rede zu 116

rnc, Bonn

Als „Signal der Verständigungsbereitschaft“ in der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz wertet Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) die Bundestagsrede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt am 6. Februar. In seinem Wuppertaler Wahlkreis sagte Genscher vor Parteimitgliedern, bei aller Härte und Kritik habe Brandt bei der ersten Lesung zur Novellierung des Paragraphen von der Möglichkeit gesprochen, die Zusammenhänge neu zu überdenken. Sein Appell, die Koalition solle sich in den Ausschüßberatungen über sachlich fundierte Kritik nicht hinwegsetzen, werde nicht ungehört bleiben, wenn die SPD ihre Haltung durch Verbesserungsvorschläge konkretisiere.

Es sei an der Zeit, sagte Genscher, bei der Auseinandersetzung um das Streikrecht „Brücken der Verständigung“ zu beschreiben. Dazu gehöre auch, daß die „Kampagne“ gegen Bundesarbeitsminister Blum eingestellt werde. Die Bundesregierung sei bereit, konstruktive Verbesserungsvorschläge zum Paragraphen 116 „ernsthaft zu prüfen“.

CDU-Abgeordneter: Benda illoyal

dpa, Bonn

In einem offenen Brief hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Link dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU), politische Illoyalität vorgeworfen. In dem Schreiben wird Benda beschuldigt, die Solidarität gegenüber der eigenen Partei dadurch zu verletzen, daß er den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neutralität des Staates im Arbeitskampf öffentlich abgelehnt habe und für die SPD-Regierung von Nordrhein-Westfalen ein Gutachten dazu ausarbeiten will.

Link erinnerte Benda daran, daß er als Staatssekretär und später als Minister in der Regierung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD 1969 in dem Gesetzentwurf zur Neutralität der Bundesanstalt gegen jede Zahlung an durch Streik mittelbar arbeitslos gewordene Arbeitnehmer eingetreten sei. Es sei „sehr widersprüchlich“, wenn Benda heute einen Gesetzesentwurf öffentlich kritisiere, der weit über die damalige Regierungsvorlage hinausgehe und bis auf zwei Fälle immer die Unterstützung für mittelbar vom Streik Betroffene vorsehe.

DKP-Steuerhilfe beschäftigt Landtag

p. p. Bonn

Der von DKP-Funktionären geführte „Lohnsteuerhilfeverein – Steuerhilfe für Arbeitnehmer e.V.“ (WELT vom 3.1.) beschäftigt jetzt den Düsseldorfer Landtag. Fünf SPD-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet haben in einer Kleinen Anfrage nähere Auskunft von der Landesregierung verlangt. Die Parlamentarier vertreten Wahlkreise, in denen auch die DKP-Steuerhilfe angesiedelt ist.

In den Fragen heißt es unter anderem: „Da die bereits veröffentlichten Darstellungen über den Lohnsteuerhilfeverein des DKP-Funktionärs Günter Jorgs den Schluß zulassen, daß über 16 000 Bundesbürger ihre persönlichen finanziellen und wirtschaftlichen Daten in den 50 Büros jenseitigen Lohnsteuerhilfevereins anvertrauen, in dem handverlesene DKP-Funktionäre die Oberaufsicht führen, fragen wir die Landesregierung“, ob „eine zweckwidrige Nutzung der persönlichen Daten mit Sicherheit“ auszuschließen sei. Und: „Gibt es Erkenntnisse, ob die persönlichen Daten aus Steuererklärungen den gegenwärtigen Nachrichtendiensten (z. B. in der DDR) unzulässigerweise bekannt sind?“

Minister beklagt EKD-„Linkstrend“

idea, Bonn

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, hat beklagt, daß sich ein „deutlicher politischer Linkstrend in die evangelische Kirche eingeschlichen“ habe. In einem Interview mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) sagte der Unionspolitiker, die politischen Äußerungen aus dem evangelischen Bereich orientierten sich „zunehmend an Positionen der SPD“. Die Bundesregierung müsse deshalb sorgfältig unterscheiden „zwischen dem, was ursprünglich kirchliches Anliegen ist, und dem, was bereits von einer bestimmten politischen Richtung überlagert“ ist.

Darüber hinaus bestehe in der evangelischen Kirche ein „Nachholbedarf an eindeutigen Stellungnahmen zur Abtreibung“. Die christlichen Kirchen müßten das „Bewußtsein schärfen, daß Abtreibung Tötung menschlichen Lebens und daher grundsätzlich nicht erlaubt“ sei. Der Mißbrauch der Notlagenindikation würde von den Unionsparteien dann gestoppt werden, wenn sie dafür eine Mehrheit im Bundestag und Bundesrat finden würden.

Verfahren gegen Walesa eingestellt

APF, Dattig

Der Verleumdungsprozeß vor dem Danziger Bezirksgericht gegen den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa ist gestern am ersten Verhandlungstag eingestellt worden. Der Friedensnobelpreisträger und Vorsitzende der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ wurde beschuldigt, die staatlichen Wahlkommissionen beleidigt zu haben, weil er eine niedrigere Wahlbeteiligung an den Parlamentswahlen im Oktober 1985 geschätzt hatte als offiziell angegeben. Die Staatsanwaltschaft gab ihre Strafverfolgung in diesem ersten Verfahren gegen Walesa nach dem Verbot der „Solidarität“ auf, nachdem der Arbeiterführer vor Gericht erklärt hatte, es sei „nicht seine Absicht gewesen, irgendjemanden zu verleumden noch den guten Ruf irgendeiner Person zu beschädigen“. Aus zuverlässiger Quelle verlautete, der Kompromiß sei das Ergebnis geheimer Verhandlungen gewesen, die der Kirche nahestehende Persönlichkeiten geführt hätten. Zur Zeit wird in Polen der Priester Marian Golaszek gerichtlich verfolgt, weil er sich in „diffamierender Weise“ über den Wahlausschuß geäußert haben soll.

Gericht bringt britische Drucker in Verlegenheit

REINER GATTERMANN, London

Wie effektiv die von der Regierung Thatcher erlassenen Arbeitsmarktsätze den Aktionsradius der Gewerkschaften eingeschränkt haben, machte nicht nur die Verhängung einer Geldstrafe von 25 000 Pfund (rund 87 500 Mark) deutlich, sondern die gleichzeitig angeordnete Zwangsverwaltung des gesamten Vermögens der Druckergewerkschaft Sogat 82 in Höhe von 17 Millionen Pfund.

Um zu verhindern, daß die vier Zeitungen des Verlegers Rupert Murdoch, „Times“, „Sun“, „Sunday Times“ und „News of the World“, die etwa ein Drittel der britischen Zeitungsaufträge stellen, an die Abonnenten und Verkaufsstellen ausgeliefert werden können, rief die Gewerkschaft Sogat 82 ihre in den regionalen Vertriebsstellen beschäftigten Mitglieder auf, sich nicht mit den Titeln des Murdoch-Konzerns, mit dem Sogat im Arbeitskampf liegt, zu befassen. Die Auslieferung wurde teilweise behindert.

In einer einstweiligen Verfügung forderte ein Gericht am 27. Januar die Gewerkschaft auf, diese Anordnung zurückzuziehen. Sie ist seit 1984 gesetzlich. Nach dem neuen Gesetz sind sogenannte Sekundäraktionen verboten. Sogat und die zweite große Druckergewerkschaft NGA bestreiken Murdoch, sie können die Herstellung der Zeitungen jedoch nicht verhindern. Da deren Transport und Vertrieb in den Händen anderer Firmen liegen, gegen die direkt kein Arbeitskampf geführt wird, dürfen die dort beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder die Verteilung der Murdoch-Zeitungen auch nicht verweigern. Als Sogat 82 sie jetzt dazu aufforderte, machte sie sich strafbar. Der Grund: Die Mitglieder wurden ermahnt, keine Murdoch-Zeitungen zu befördern.

Damit hat die Regierung die Ausbreitung von Arbeitskämpfen durch Sympathiestreiks unter anderem unterbunden. Insgesamt erwirkte der bestreikte Verleger bisher sieben einstweilige Verfügungen, meistens wegen Verstößen gegen den Sekundäraktions-Paragraphen. Sogat mißachtete die Gerichtsorder und muß jetzt dafür teuer bezahlen. Die 25 000 Pfund sind nicht so schmerzhaft wie der Verlust der Verfügungsgewalt über das eigene Vermögen. Dazu zählen nicht nur die Bankkonten, sondern auch die Dienstwagen und Gebäude. In Praxis kann die Gewerkschaft keine Streikgelder und keine Gehälter mehr zahlen. Sie wird das Gericht nur umstimmen können, wenn sie sich seinem Urteil beugt und sich für die bisherige Weigerung entschuldigt. Der Sogat-Verwaltungsrat beriet gestern Abend über die künftige Verhandlungsweise. In einem Schreiben an das Oberste Gericht erklärte die Gewerkschaftsleiterin Brenda Dean, ihr liege eine Mißachtung des Gerichts fern. Die neuen Gesetze haben nach ihrer Meinung „ernsthaft die Möglichkeiten der Gewerkschaften beschnitten“.

Quattro, Turbo, ABS, Stereo, Klima, Leder. Nur der Preis ist normal: DM 69,-/Tag (+ 0,59/km)



Warum sollten Sie in Ihrem Mietwagen auf Dinge verzichten, die Sie in Ihrem Auto sehr schätzen? Unsere Audi 200 samt Extras – auf Wunsch auch mit Katalysator – bekommen Sie für DM 69,-/Tag + 0,59/km (oder 190,-/Tag ohne km-Begrenzung). Buchen Sie Ihr Wunschauto zum Ortstarif unter 01 30-33 66. – FIRSTCLASS FAHREN, ECONOMY BEZAHLEN.

Sixt
Autovermietung

Budget
rent a car®

Handwritten signature or stamp at the bottom center of the page.

Midland gibt auf

Sbt. (Washington) - Der Verkauf der Crocker National Corp. an die ebenfalls in San Francisco ansässige Wells Fargo & Company zeigt einmal mehr, wie schwierig es für ausländische Banken ist, sich in dem scharfen Wettbewerbskampf, der in den USA weht, zu behaupten. Die britische Midland Bank ist nicht die erste, deren Träume sich nicht erfüllt haben. Barclays, Lloyds, die European-American und andere Institute wurden ebenfalls kräftig geschüttelt, bevor sie mithalten konnten. Indes, Midland trifft es schlimmer, während Wells Fargo den besten Deal, den man sich denken kann, aushandelt.

Die Rechnung ist einfach: Die Briten erwarben im Juli 1980 eine Mehrheitsbeteiligung an Crocker in Höhe von 57 Prozent für 850 Millionen Dollar. Nachdem die kalifornische Bank 1983 und 1984 Verluste von 10,4 und 324 Millionen Dollar erwirtschaftet hatte, übernahmen sie die restlichen 43 Prozent für 375 Millionen Dollar. Midland engagiert sich also mit mehr als 1,2 Milliarden Dollar. Wells Fargo wiederum zahlte 1,98 Milliarden Dollar.

Midland beteuert zwar, sie erhalte das in Crocker investierte Geld zurück. Die Wahrheit sieht jedoch anders aus. Der Handel war für Wells Fargo nur attraktiv, weil die Briten insgesamt 3,5 Milliarden Dollar an Crocker-Ausleihungen

übernehmen. Von diesen Problemkrediten entfallen zwei Drittel auf Lateinamerika und ein Drittel auf die USA. Damit ist Crocker wieder gesund; am Jahresende betrug der Anteil der ertraglosen Kredite an der Bilanzsumme nur noch 1,5 Prozent. Wer war da cleverer?

Katzenjammer

DW. - Katzenjammer tritt nicht nur am Aschermittwoch auf - Briefe vom Finanzamt, Rechnungen vom Gaswerk oder die Höhe der Telefongebühren können Ähnliches bewirken. Müssen sie aber nicht, wie ein Rundbrief beweist, den ein Heidelberger Fachbetrieb für Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik seiner Klientel geschickt hat. Da heißt es: „Verehrte Kunden! Nachdem wir die Mehrwert-, Körperschaft-, Vermögens-, Gewerbe-, Lohn-, Kirchen-, Kapitalertragsteuer bezahlt, Beiträge zur Krankenkasse, Innungs-, Handwerkskammer-Organisationen, Entgeltfortzahlung, Invaliden-, Angehörten-, Arbeitslosen-, Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Betriebsunterbrechung-, Glas-, Auto-, Rechtsschutzversicherung, die Gebühren für Gas, Wasser, Kanal, Strom, Heizung, Müllabfuhr, Kaminkörper, Telefon, Zeitungen usw. entrichtet haben, bleibt uns diesen Monat nur noch das Geld für diese Reklame übrig und Sie zu bitten, unsere Firma durch weitere Aufträge zu unterstützen zu wollen. Für Ihren Auftrag danken Ihnen das zuständige Finanzamt und wir.“

Der Kurs muß stimmen

Von JAN BRECH

Der Fall der Werften-Gruppe Harmsdorf beweist, daß sich die Krise im deutschen Schiffbau verschärft. Harmsdorf galt in den vergangenen Jahren stets als Beispiel dafür, wie man als hochspezialisierte Werften-Gruppe überleben kann. Jetzt auch Harmsdorf nur noch über massive, staatliche Hilfe zu retten.

Die Schwierigkeiten von Harmsdorf belegen noch etwas anderes. Die Krise im Schiffbau ist nicht mehr nur eine Krise der einseitigen Serienbau von Großschiffen ausgerichtet. Grobwerften. Inzwischen ist jeder Betrieb, der Schiffe baut, in Gefahr. Grobwerften im Sinne früherer Jahre gibt es in der Bundesrepublik ohnehin nicht mehr. Die Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) etwa, ist zum Mittelbetrieb zusammengeschrunken, der Name AG „Weser“ ganz verschwunden. Die Gründe für die Misere im Schiffbau liegen vor allem auf internationaler Ebene. Es bestehen gewaltige Überkapazitäten, die mit gewaltigen Subventionen betriebl. erhalten werden. Um die zu wenigen Aufträge kämpfen die Schiffbauer mit Preisen, die selbst dort in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen, wo Löhne und Sozialleistungen erheblich unter westeuropäischem Niveau liegen. Der seit Herbst 1985 erkennbare Auftragsrückgang bei den Weltmarktführern Japan und Südkorea haben das Preisdumping noch verschärft. Südkoreanische Werften bieten Schiffe bis zu 50 Prozent billiger als die europäischen Konkurrenz an. Die Zuspitzung in der deutschen Werftindustrie hat jedoch auch interne Gründe.

Das ist vor allem die in diesem Jahr wirksam gewordene Änderung des Einkommensteuergesetzes, wonach die Verlustzuweisungen für Belegschaften auf 150 Prozent begrenzt worden ist. Dadurch ist diese Finanzierungsquelle weitgehend versiegt. Die Einwerbung von Kommanditkapital, die bislang mit Verlustzuweisungen von 200 Prozent und mehr bedient worden waren, ist nahezu zum Erliegen gekommen. Die Einengung dieser steuerlichen Möglichkeiten hat zudem bei den Banken zu einer restriktiveren Politik geführt.

Von den ohnehin nicht auf Rosen gebetteten Reedern werden bei Schifffinanzierungen höherer Eigenkapitalanteil, die Vorlage längerer

Charterverträge und ein stärkeres Engagement der Küstenländer vorausgesetzt. Gerade die Küstenländer tun sich aber schwer, eine einheitliche Schiffsbaupolitik zu entwickeln. Die Werften sind in besonders strukturschwachen Gebieten angesiedelt und in manchen Fällen der einzige oder wichtigste Arbeitgeber. In dieser Situation ist jedem Land das Hemd näher als der Rock.

Im Fall Harmsdorf hat Kiel landespolitischen Egoismus bewiesen. Der Bremer Vulkan steht vor allem deshalb so gut da, weil das Land Bremen ungewöhnlich großzügig mit Bürgerschaften umgibt. Diese eigenständige Werftenpolitik der Länder hat fatale Folgen. Nicht nur der weitverbreitete Protektionismus, sondern nun auch der hausgemachte Subventionswettbewerb bestrahlt die wenigen wirklich Leistungsfähigen.

Als Kriterium für die Auftragsvergabe verliert technisches Vermögen und Produktivität immer mehr an Bedeutung. Entscheidend ist, wer am meisten staatliche Hilfe in seiner Kalkulation unterbringen kann. Landespolitische Eigeninteresse löst die Krise natürlich nicht. Die Hilfe für eine Werft in Schleswig-Holstein führt unmittelbar eine andere in Hamburg, Bremen oder Niedersachsen in Gefahr. Solange kein langfristig koordiniertes Strukturkonzept vorliegt, machen regionalpolitisch begründete Subventionen das Problem nur größer.

Es ist seit Jahren diese weltweit und national betriebene Schiffsbaupolitik, die Kapazitäten für Schiffe vorhält, die der Markt nicht braucht. Kapazitäten zudem, von denen viele dem technischen Standard nicht mehr entsprechen und bei freiem Wettbewerb keine Chancen hätten. Vor diesem Hintergrund müssen sich die Länder in ihrer Werftenpolitik zusammenraufen, auch schon unter dem Aspekt, daß sie ansonsten kaum zusätzliche Hilfe von Bonn erwarten dürfen.

Ziel der koordinierten schiffsbaupolitischen Maßnahmen kann es dabei nur sein, lebensfähigen Betrieben Überbrückungshilfe zu gewähren. An der Wahrheit, daß es nach wie vor überflüssige Kapazitäten im Norden gibt, kommt keine Politik vorbei. Deren Sterben wird nur hinausgeschoben und für alle Beteiligten teuer.

TRANSPORTUNTERNEHMEN / Scharfe Kritik des DIHT an den Marktordnungen

Das Interesse der Wirtschaft verlangt nach mehr Wettbewerb im Verkehr

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Für mehr Wettbewerb im Güterkraftverkehr plädiert der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT). Es könne nicht im Interesse der Transportunternehmen und der verladenden Wirtschaft liegen, an einer Marktordnung festzuhalten, die staatliche Behörden entscheiden läßt, wieviel Transportkapazität dem Markt zur Verfügung gestellt wird. In der jetzt vorgelegten Ausarbeitung kritisiert der DIHT, daß der Ausbau der Bundesverkehrswege sich zu wenig am tatsächlichen Bedarf orientiere.

Nach dem Beschluß des Europäischen Rates vom Juni in Mailand und dem Rat der Verkehrsminister vom November, bis spätestens 1992 einen Verkehrsmarkt ohne quantitative Beschränkungen zu verwirklichen und in der Übergangszeit die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen in der EG zu harmonisieren, können die nationalen Märkte nach Ansicht des DIHT nicht mehr dem eigenen Verkehrsgewerbe vorbehalten bleiben. Die internationalen Verkehre könnten nicht mehr ausschließlich den Transportunternehmen der jeweils beteiligten Handelspartner zugewiesen werden.

Die Diskussion über die Ausgestaltung einer europäischen Verkehrsmarktordnung sollte sich an der Frage orientieren, inwieweit staatliche Einwirkung auf den Güterkraftverkehr in Europa überhaupt im deutschen Interesse liege. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik hat der Warenaustausch mit den europäischen Nachbarn die größte Bedeutung; der wichtigste Träger dieses Warenaustauschs sei eben der Güterkraftverkehr.

Der DIHT rechnet mit mehr Wettbewerb. Dazu sei die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen notwendig. Sie allein sei jedoch noch keine ausreichende Antwort auf die Herausforderung, die vor allem die Zulassung ausländischer Unternehmen zum Verkehr innerhalb der Bundesrepublik bedeutet. Denn die Anziehungskraft des deutschen Verkehrsmarktes für ausländische Wettbewerber werde nicht allein durch das Ladungsaufkommen bestimmt.

Eine vergleichbare Rolle spiele auch das Frachtniveau, für das aber vor allem die Tarifkommission des Güterverkehrs verantwortlich ist. „Sie wird darauf achten müssen, daß die vielzitierte Tendenz zur Überkapazität nicht tatsächlich ausgelöst wird, nämlich als Folge einer Tarifpolitik, die sich zu sehr auf die Wirksamkeit staatlicher Marktkontrollen verläßt und sich zu wenig am wirklichen Marktgeschehen orientiert“, warnt der DIHT.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

EG-AGRARPREISVERHANDLUNG

Kommissionsvorschläge stoßen auf Ablehnung

WILHELM HADLER, Brüssel

Als schwieriger denn je kündigen sich in diesem Jahr die Brüsseler Agrarpreis-Verhandlungen an. EG-Experten halten es nicht für ausgeschlossen, daß das Zuziehen von Mindestpreisen, Interventionsbedingungen und andere „flankierende“ Maßnahmen bis in den Sommer hinein andauern wird und daß die EG-Kommission sogar gezwungen sein könnte, im Verwaltungswege Maßnahmen zur Eindämmung der Kosten des Agrarmarktes zu verhängen.

Gegen eine schnelle Einigung sprechen zunächst einmal die Wahlen in Frankreich (16. März) und Holland (21. Mai). Da kein Agrarpolitiker seinen Landwirten Einkommenssopfern ersparen kann, fehlt diesmal der früher festzustellende politische Druck. Falls in Paris die Parlamentsmehrheit wechselt, muß der neuen Regierung auch eine gewisse Frist zur Einarbeitung gewährt werden.

Das Europaparlament hat bereits darauf hingewiesen, daß seine Stellungnahme nicht vor dem 17. April abgegeben kann. Damit steht schon jetzt fest, daß das neue Wirtschaftsjahr für Milch und Rindfleisch (1. April) verschoben werden muß. In den Bereichen, in denen Preissenkungen (Butter) vorgesehen sind oder eine Erzeugermitverantwortung (Getreide) eingeführt werden soll, ist mit zusätzlichen Kosten zu rechnen.

Wichtiger noch ist, daß nach den vorliegenden Reaktionen kaum

Chancen für das von der Kommission vorgelegte „Preispaket“ bestehen. Berufsorganisationen und Regierungen scheinen sich - wenn auch mit entgegengesetzten Argumenten - zu einer Einheitsfront gegenüber der EG-Behörde verbündet zu haben.

Sowohl Ernährungsminister Kiechle wie sein französischer Kollege Nallet halten die Kommissionsvorschläge nicht für kompromißfähig. Der eine, weil sie der kleinbetrieblich strukturierten deutschen Landwirtschaft Einkommenseinbußen bringen, der andere, weil sie keine ausreichenden Exportanreize für französische Produkte schaffen.

Die britische Regierung möchte größere Einsparungen, nicht aber durch einen Preisschlag auf qualitativ schlechtes Getreide. Die Italiener fühlen sich diskriminiert, weil die Preise für „ihre“ Erzeugnisse zum Teil bis zu zehn Prozent gesenkt werden sollen, während sich die Landwirte im Norden der EG lediglich auf ein „Einfrieren“ der Preise einstellen müssen.

Roms Agrarminister Pandolfi wurde bereits zu Beginn dieser Woche in Brüssel vorgestellt, um bei Landwirtschaftskommissar Frans Andriessen Protest einzulegen. Nach seinen Worten sind die EG-Ausgaben für Wein, Obst und Gemüse seit 1984 beträchtlich zurückgegangen, die für „kontinentale“ Produkte hingegen gestiegen. Im Rat findet die erste Aussprache am 24. Februar statt.

AUF EIN WORT



Der beste Schutz für das Privateigentum ist seine breite Streuung.
Norbert Blum (CDU), Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.
FOTO: WERNER SCHÖRING

Banken erwarten Emissionsrekord

dpa/VWD, Köln
Die vom Bundesverband deutscher Banken in Köln herausgegebene Zeitschrift „Die Bank“ erwartet für 1986 ein Rekordvolumen an Börsen-Emissionen. Das Spektrum der potentiellen Neulinge reiche von namhaften Familienunternehmen über Bundesbeteiligungen bis hin zu Firmen aus dem Wagniskapitalbereich, schrieb die Zeitschrift. Angesichts eines „freundlichen Umfeldes für die Aktien“ stünden die Chancen gut, daß die Börsen den Zuwachs wie in den beiden Vorjahren problemlos aufnehmen werde. „Die Bank“ veröffentlichte eine Liste von 18 Börsen-Kandidaten für den Zeitraum von 1986 bis 1990 - von der ABS Pumpen AG bis zur Vogt electronic AG. Für 1986 seien sieben Unternehmen fest auf der Liste, bei einigen anderen Unternehmen wird ein Gang an die Börse für 1986 nicht ausgeschlossen.

KERNENERGIE / Umweltschutz darf nicht an den Grenzen haltmachen

Internationale Harmonisierung nötig

HH, Bonn
Die Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund ihrer zentralen Lage im dicht besiedelten Mitteleuropa ein besonderes Interesse daran, daß der Umweltschutz an den nationalen Grenzen nicht haltmacht. Dazu gehört auch, daß die kerntechnische Sicherheit, der Strahlenschutz und die Nuklearkapazität grenzüberschreitend gewährleistet sein müssen, schreibt der für Reaktorsicherheit zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium, Peter Bochmann, in einem Beitrag für die Februar-Ausgabe der „Atomwirtschaft“.

Diesem Zweck diene die internationale Harmonisierung nationaler Regelungen - ausgehend von der Notwendigkeit, den Bürgern in allen Staaten die Gewährleistung zu geben, daß ihnen auch von jenseits der Grenze keine Gefahren aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie drohen. Die Erfüllung internationaler Ver-

NORDSEEÖL

Opec: Briten sollten zwölf Prozent weniger produzieren

fu, London
Die britische Nordseeölproduktion sollte nach Auffassung führender Opec-Minister um zwölf Prozent gedrosselt werden. Dies wäre ein angemessener Beitrag Großbritanniens, die Stabilität am Weltölmarkt wiederherzustellen. Gegenwärtig liegt die britische Ölförderung im Durchschnitt bei 2,5 Mill. Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter).

Für Großbritannien, so die Opec-Minister, sollte es ein leichtes sein, diesen Ausstoß um 300 000 Barrel pro Tag zu verringern, um die Bereitschaft zu einer Verständigung mit der Opec über eine größere Ölpreis-Stabilität zu demonstrieren. Die Produktion der etwa 30 britischen Nordseeölfelder in Betrieb reicht von 424 000 Barrel pro Tag im Brent-Feld bis zu nur 3000 Barrel etwa im neuen Scafe-Feld.

Die Opec-Minister, so die Opec-Minister, sollte es ein leichtes sein, diesen Ausstoß um 300 000 Barrel pro Tag zu verringern, um die Bereitschaft zu einer Verständigung mit der Opec über eine größere Ölpreis-Stabilität zu demonstrieren. Die Produktion der etwa 30 britischen Nordseeölfelder in Betrieb reicht von 424 000 Barrel pro Tag im Brent-Feld bis zu nur 3000 Barrel etwa im neuen Scafe-Feld.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung werde der Verkehrsnetzbau bis 1989 nicht weiter ausgebaut. Demgegenüber solle der Bundeshaushalt um durchschnittlich 2,6 Prozent pro Jahr wachsen. Der Anteil des Verkehrshaushalts werde danach von 1985 bis 1989 von 9,7 auf 8,1 Prozent sinken. Damit könne kein bedarfsgerechter Verkehrsnetzausbau gesichert und nicht den zunehmenden Anforderungen zum Schutz der Umwelt entsprochen werden. Notwendig seien daher höhere Verkehrsinvestitionen in der mittelfristigen Finanzplanung.

Die verbesserten Wirtschaftsergebnisse der letzten Jahre bei der Bundesbahn markieren nach Ansicht des DIHT allenfalls ein Zwischenhoch, „das nicht zuletzt durch die zurückhaltende Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst bedingt ist“. Mittel- und langfristige bleibe die Frage, wie viel Eisenbahn noch bezahlbar sei.

Die Bundesverkehrswegeplanung gerate immer mehr in den Sog tagess- und landespolitischer Interessen. So sei im Bundesverkehrswegeplan 1985 das Ziel des „bedarfsgerechten“ Netzausbaus praktisch an die letzte Stelle getreten. Zahlreiche Straßenbaumaßnahmen seien trotz hoher verkehrsbegleitender Dringlichkeit zurückgestellt worden, weil Vorhaben mit regionalen Erschließungseffekten einen höheren Rang erhielten und weil für Neubauten der Bundesbahn Milliardenbeträge ausgegeben werden sollen, um im Schienenverkehr der 90er Jahre höhere Reisegeschwindigkeiten zu erzielen. Die Bundesverkehrswegeplanung drohe zu einem Instrument der Verkehrskürzung zu werden.

Kuwaitis Ölminister Scheich Ali Khalifa hat gerade jetzt wieder davor gewarnt, daß die Weltmarktpreise auf bis zu zehn Dollar je Barrel fallen könnten, falls die Nicht-Opec-Produzenten weiterhin die Zusammenarbeit verweigerten. Doch Großbritannien Energieminister Peter Walker hat in Unterredungen mit seinem mexikanischen Kollegen Labastida erneut betont, daß seine Regierung nicht daran denke, die Nordseeöl-Produktion zu drosseln. Großbritannien könne nicht in die tägliche Festsetzung der Produktionsmengen der Ölunternehmen eingreifen. Darin läge ein ordnungspolitischer Verstoß.

Entsprechend sind die Ölpreise gestern wieder unter Druck geraten. Brent-Öl wird zu 16,80 Dollar je Barrel gehandelt, ein Dollar weniger als zum Wochenbeginn.

Seite 11: Britische Ölförderung

STEUERN

Heimliche Erhöhungen bei rund 15 Milliarden Mark

HH, Bonn
Der Bund der Steuerzahler schätzt die heimlichen Steuererhöhungen in der Zeitspanne von 1981 bis 1985 für Bund und Länder auf jeweils 21 bis 22 und die Gemeinden auf rund sieben, insgesamt also auf etwa 50 Milliarden Mark. Allein 1985 hätten sie rund 15 Milliarden Mark betragen und damit ungeachtet der neuerdings zu beobachtenden geringeren Preissteigerung noch etwa vier Milliarden über dem Vorjahresergebnis gelegen.

Die am 1. Januar 1986 in Kraft getretene erste Stufe der Steuerentlastung um rund zehn Milliarden Mark habe damit „lediglich zwei Drittel der heimlichen Steuererhöhungen ausgeglichen“, die allein im Jahr 1985 ausgefallen sind. Der Bund der Steuerzahler hält es für „recht und billig, daß alle Ebenen gemäß ihren Aufkommensanteilen auch von den Min-

dernahmen betroffen werden, zu denen es durch die jüngsten Steuerentlastungen kommt“. Zu den Klagen einiger Länder und Gemeinden über die neuerdings auftretenden Mindererträge heißt es, von ungerechtfertigten Steuererhöhungen könne bei allen drei Gebietskörperschaften schwach gesprochen werden.

Anlaß für die Steuerentlastung sei die „drastische Belastungsverschärfung“ gewesen, zu der es in den vergangenen Jahren gekommen sei. So sei der Durchschnittsverdiener 1981, dem Jahr der letzten Steuerentlastung, noch mit 39,3 Prozent direkten und indirekten Abgaben belastet worden. 1985 seien es bereits 42,7 Prozent gewesen. Daraus ergibt sich eine Zunahme der Durchschnittsbelastung um rund neun Prozent in vier Jahren - ausgehend von einem ohnehin viel zu hohen Belastungsniveau.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das Jahr 1985 bescherte den acht deutschen Wertpapierbörsen neue Rekordumsätze. Mit einem Umsatzvolumen von 456 Milliarden Mark wurde das bereits gute Ergebnis des Jahres 1984 um rund 200 Milliarden Mark oder fast 80 Prozent übertroffen. Besonders gefragt waren Aktien. Mit einer Umsatzsteigerung um 133 Prozent auf ein Volumen von 237 Milliarden Mark gingen sie aus dem Vergleich mit den festverzinslichen Wertpapieren als Sieger hervor.

Stoltenberg sieht Zinssenkungsspielraum

Frankfurt (dpa/VWD) - Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hält die jüngste Konjunkturprognose des Vorsitzenden des Sachverständigenrats Prof. Hans K. Schneider, der einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 3,5 bis vier Prozent erwartet, für „nicht überoptimistisch“. Das Wachstum vollziehe sich in Stabilität. Der Anstieg der Verbraucherpreise würde sich weiter abschwächen. Der Minister schloß nicht aus, daß bei günstigen internationalen Konstellationen noch ein leichter Zinssenkungsspielraum gegeben ist.

Finanzmärkte geschrumpft

Paris (J. Sch.) - Nach ihrer starken Expansion im vergangenen Jahr sind die Mittelaufnahmen an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten über das saisonbedingte Maß zurückgegangen. Im Januar erreichten sie nach vorläufigen Angaben der OECD nur noch insgesamt 18,4 Mrd. Dollar, was die Ergebnisse von Dezember bzw. Januar 1985 um 6,8 bzw. 3,4 Mrd.

Dollar unterschritten wurden. Während die Anleiheemissionen gegenüber dem Vormonat noch um 2 auf 13,8 Mrd. Dollar zunahmen, schrumpften die Kreditoperationen um 8,9 auf 4,5 Mrd. Dollar.

Weiterbildungsdefizit

Köln (dpa/VWD) - Der zunehmende Einsatz neuer Techniken wird nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) in den Unternehmen zu wenig von Weiterbildungsangeboten für die Mitarbeiter begleitet. Sowohl das Management als auch das Fachpersonal würden nur unzureichend auf den Wandel vorbereitet, erklärte das IW.

Für Pfund-Eingliederung

London (dpa/VWD) - Eine baldige Eingliederung des britischen Pfundes in das Europäische Währungssystem (EWS) hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Wilfried Guth, gefordert. Großbritannien würde davon profitieren, weil die Wechselkursschwankungen des Pfundes geringer ausfallen würden.

BDI

Spitzenverband gibt sich eine neue Führungsstruktur

HH, Bonn
Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Köln will sich eine neue Organisationsstruktur geben. Wenn der BDI-Vorstand am 17. März zustimmt, soll der Spitzenverband der deutschen Industrie eine vierköpfige Hauptgeschäftsführung erhalten. Zusammen mit Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann (59) und seinem Stellvertreter Karl Pfeiffer (59) sollen zwei der vier Hauptabteilungsleiter, Eckart John von Freyend (43) und Kurt Steves (56), die neue Hauptgeschäftsführung bilden. Mann wird als ihr Sprecher fungieren.

Zugleich will der BDI auf die vier Hauptabteilungen verzichten und von der Vierer- auf eine Dreierhierarchie übergehen, also unterhalb der Hauptgeschäftsführung Abteilungsleiter und Referenten haben. Die vier Hauptabteilungen dürfen nach der

Neugliederung den vier Hauptgeschäftsführern zugeordnet werden.

AUTOINDUSTRIE

Franzosen haben weniger verkauft

J. SCH. Paris
Während die deutsche Automobilindustrie ihre Pkw-Produktion 1985 um zehn Prozent steigern konnte, ging die französische um drei Prozent auf 2,63 Mill. Wagen zurück. Dieses negative Ergebnis ist aber vor allem dem Abbau der Lagerbestände zuzuschreiben. Hinsichtlich der Ertragslage war das Ergebnis eher etwas besser. Gleichwohl haben sowohl der Inlandsabsatz von 1,12 Mill. Einheiten (minus 0,6 Prozent) als auch der Export von 1,54 Mill. Einheiten (plus 0,6 Prozent) enttäuscht. Zum Jahresende zeigte sich eine Erholung.
Die einzelnen Marken entwickelten sich allerdings sehr unterschiedlich. Die staatlichen Renault-Werke reduzierten ihre Produktion um 7,4 Prozent auf 1,32 Mill. Pkw bei einem Verkaufsrückgang um 6,8 Prozent im Inland und von 1,2 Prozent im Ausland. Auf dem deutschen Markt wurden dabei Absatzverluste von 9,7 Prozent verbucht. In andere europäische Länder konnte der Export zum Teil beträchtlich gesteigert werden.
Demgegenüber nahm der Gesamtexport der privaten Peugeot-Gruppe um 2,9 Prozent und ihr Inlandsabsatz sogar um 5,2 Prozent zu. Sie steigerte ihre Produktion aber nur um 1,9 Prozent. Die Marke Peugeot erzielte im Ausland geringere Fortschritte als Citroën, während Talbot weiter stark zurückfiel. Der Inlandsabsatz von Peugeot-Talbot, die in einer Firma zusammengeschlossen sind, erhöhte sich um 7,6 Prozent, der von Citroën aber nur um 1,3 Prozent.
Durchweg besser als die nationalen Wagen konnten sich die ausländischen auf dem französischen Markt behaupten. Obwohl dieser Markt nach den jetzt vorliegenden Angaben nur um bescheidene 0,5 Prozent zunahm, womit er zum ersten Mal seit 20 Jahren in Europa vom zweiten auf den dritten Platz (nach der Bundesrepublik und Großbritannien) rutschte, stiegen die Neuzulassungen ausländischer Marken um 2,5 Prozent. Damit verbesserte sich ihr Marktanteil auf 36,59 (35,86) Prozent, was ein neuer Jahresrekord war.
An erster Stelle der Importwagen stand Ford mit einem Marktanteil von 7,55 (7,86) Prozent. Dem folgten VW-Audi mit 6,27 (5,55), Fiat mit 5,25 (5,53), General Motors mit 4,93 (4,35), Austin-Rover mit 1,81 (1,73), BMW mit 1,66 (1,72), Seat mit 1,25 (0,97) und Mercedes mit 1,19 (1,08) Prozent.

USA / Zwei neue Gouverneure stärken Reagans Einfluß innerhalb der Notenbank - Geldmengenziel wird heute beschlossen

Der Kurs der künftigen Politik ist noch unklar

H.-A. SIEBERT, Washington
In einer schwierigen Lage befindet sich das zwölfköpfige Open-Market-Komitee der Federal Reserve Systems, das seit gestern über Amerikas künftigen Geldkurs berät. Bislang zeigte der jetzt erratische Zinstrend zwar nach unten, aber die Konfusion ist groß, nachdem ein Bundesgericht in Washington dem Haushaltsausgleichsgesetz die Zähne gezogen hat und Mitglieder der Reagan-Administration eine graduelle Drosselung des Geldmengenwachstums fordern. Noch unklar ist überdies die Stärke des Konjunkturverlaufs.
Hinzu kommt, daß an den heute fälligen Beschlüssen über die Geldziele, die Paul Volcker am 19. Februar dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses mitteilen wird, zwei neue Notenbank-Gouverneure beteiligt sind. Nach dem Platzen des Senats sind am Freitag Manuel Johnson (36) und Wayne Angell (55) eingeschwenen worden.
Damit sind nun vier der sieben Gouverneure „Reagan-Leute“, nachdem der Präsident vorher Preston Martin (62) und Martha Seger (58) berufen hat. Zur alten Volcker-Mannschaft gehören nur noch Henry Wallich (71), der sich von einer schweren

Operation erholte, und Emmett Rice (66). Noch verschaffen die fünf regionalen Notenbankpräsidenten, die bis auf Gerald Corrigan aus New York rotierend an den Sitzungen des Open-Market-Komitees teilnehmen, Volcker (58) eine Mehrheit (es gibt zwölf US-Notenbankbezirke).
Das muß jedoch nicht immer so sein und hängt davon ab, ob in der Administration die Monetaristen oder die Angebotspolitiker („Supply Sider“) das Sagen haben. Bisher befand sich die Friedman-Schule, die für ein stetiges, aber maßvolles Geldmengenwachstum streitet, auf dem Rückzug. Aber Beryl Sprinkel, der den wirtschaftspolitischen Beraterstab des Weißen Hauses leitet, blies letzte Woche nicht nur in das alte Horn. Unterstützt wird er jetzt auch von James Miller, der David Stockman als Chef des Haushaltsbüros ablöste. Beide sehen in der jüngsten Geldexplosion große Inflationsgefahren.
Manuel Johnson, Wirtschaftsprofessor und bisher Unterstaatssekretär für Wirtschaftspolitik im US-Finanzministerium, war einer der Architekten des Reaganischen Steuerprogramms von 1981, durch das die Einkommensteuern allgemein um ein Viertel gesenkt wurden. Selbst ein

„Supply Sider“, ist er lange für mehr Geldwachstum eingetreten. Wayne Angell, ein früherer Bankier und Farmer, der seit 1956 an der Ottawa-Universität in Kansas Wirtschaftswissenschaften lehrt, gilt als flexibel und soll hauptsächlich daran interessiert sein, die Zinslasten der amerikanischen Bauern zu verringern.
In ihrem Senatshearing haben sowohl Johnson als auch Angell die Unabhängigkeit der US-Notenbank und ihre gegenwärtige Geldpolitik verteidigt. Demnach müßten sie für eine weiterhin „akkommodierende“ Geldmenge, die ein beschleunigtes Konjunkturtempo ermöglicht, votieren. Keiner wollte überdies ein Inflationsrisiko eingehen. Indes, das Amt unterliegt vielen Einflüssen. So stimmt US-Finanzminister James Baker nicht mit Sprinkel und Miller überein. Er glaubt, daß der monetäre Freiraum nach den gesunkenen Ölpreisen größer und die Teuerungsgefahr kleiner geworden ist.
Abgesehen von der veränderten Zusammensetzung des „Fed“ spricht die Logik dafür, daß in den USA die Haushaltsziele in diesem Jahr auch dann erreicht werden, wenn der Oberste Gerichtshof die automatischen Defizitkürzungen ebenfalls für

nicht verfassungskonform erklärt. Weiter kann man jedoch kaum blicken und bis 1991, dem ersten Jahr mit ausgeglichenem Budget, schon gar nicht. Dazu Preston Martin: „Das erhöht die Ungewißheit.“
Da bei einem derzeitigen Defizit von rund 200 Mrd. Dollar riesige Mittel der US-Wirtschaft entzogen würden, hätte die US-Notenbank bei einem positiven Gerichtsurteil die Weichen für einen Zinssturz stellen können. In der neuen Situation wird sich dafür jedoch kaum eine Mehrheit finden. Folgt man dem im September ausgeschiedenen „Fed“-Gouverneur Lyle Gramley, dann wäre jetzt sogar ein Anziehen der Kreditbremsen „folgerichtiger“. Er schließt auch einen Rückfall der Finanzmärkte in tiefsten Pessimismus nicht aus.
Kaum ein Zweifel besteht, daß die Konjunktur in den USA besser tritt gefaßt hat. Nach nur 2,4 Prozent in der Oktober-Dezember-Periode reichen die Prognosen für das erste Quartal 1986 von 3,8 bis fünf Prozent. Danach geht es aber wieder abwärts. Alan Greenspan, Milton Friedman und Albert Sommers (Conference Board) sagen für Ende 1986 oder Anfang 1987 sogar eine Rezession voraus.

ITALIEN / Sparquote ist auf 24,2 Prozent gestiegen

Schatzamtssertifikate vorn

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Als konsum- und spendierfreudig bekannt sind die Italiener auch emsige Sparrer. Wie aus OECD-Schätzungen hervorgeht, erreichte die Sparquote vom verfügbaren Einkommen der italienischen Haushalte im vergangenen Jahr 24,2 Prozent, einen halben Prozentpunkt über der des Vorjahres. Das war mehr als doppelt soviel wie die deutsche, französische und englische Sparquote.
Im Jahre 1985 stieg das Sparvolumen nach Schätzungen des Finanzforschungsinstituts Studi Finanziari um 24,8 Prozent auf insgesamt 770 000 Mrd. Lire (umgerechnet rund 116,5 Mrd. DM). Das entsprach einer realen Zunahme von 16 Prozent. Die Italiener haben in allen Sparten mehr gespart. Jeweils etwa ein Drittel der Neuersparnis von 152 000 Mrd. Lire entfielen auf das Wachstum der Bankeneinlagen (plus 12,5 Prozent auf 307 000 Mrd. Lire) und des Bestandes an indexierten Schatzamtssertifikaten (CCT), der um 63 Prozent auf 129 000 Mrd. Lire zunahm. Etwa ein Fünftel der Neuersparnis entfiel auf die Zunahme des Aktienportefolios und etwas über ein Zehntel auf die des Bestandes an Investmentanteilen.
Der Bestand an Investmentzertifikaten vergrößerte sich von 5400 auf 27 000 Mrd. Lire. Dagegen kauften die Privaten während des vergangenen Jahres Aktien direkt nur im Wert von etwa 3000 Mrd. Lire. Trotzdem erhöhte sich ihr Aktienportefolio im Laufe von 12 Monaten von 30 000 auf 70 000 Mrd. Lire, was vor allem auf die starke Steigerung der Börsenkurse zurückzuführen ist.
In allen anderen Sparten nahm das Volumen nominal zwar ebenfalls zu, real jedoch ab. Das bezieht sich sowohl auf die normalen Sparanweisungen (BOT), deren Bestand nur noch um 5000 auf 94 000 Mrd. Lire zunahm, als auch auf Industriebeteiligungen, wo sich der Bestand um 4000 auf 44 000 Mrd. Lire erhöhte. Bremseneffekte gingen in beiden Fällen von der relativ niedrigen Realverzinsung aus.
Während des vergangenen Jahres zeigte das italienische Sparverhalten, daß es in Renditekategorien zu denken gelernt hat. Weiter zunehmen wird in diesem Jahr nicht nur das Aktienportefolio, das 1985 erst knapp sechs Prozent des gesamten Sparvolumens erreicht hat, sondern

auch der Anteil der Investmentfonds. Gegenwärtig haben von den etwa 18 Millionen italienischen Haushalten erst etwas über 0,6 Millionen Investmentzertifikate im Portefeuille.
Die Renditechancen sind nicht schlecht. Im laufenden Jahr muß der italienische Staat, dessen Verschuldung 1986 erstmals die Höhe des Bruttoinlandsprodukts überschreiten wird (107,4 Prozent gegenüber 99,2 Prozent im Jahre 1985) Schatzamtssertifikate in Höhe von über 300 000 Mrd. Lire emittieren: etwas mehr als 200 000 Mrd. Lire, um die fälligen Titel zu ersetzen und der Rest als Neuverschuldung. Das heißt, daß die Verzinsung, die heute zwischen 13 und 14 Prozent liegt, weiter hoch bleiben wird.

FRANKREICH / Regierung erhebt Nationalisierung der Wirtschaft zum Wahlkampfthema

Weniger Verluste bei Staatsunternehmen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Nachdem die französische Regierung im Wahlkampf der Sozialisten bisher ihre Erfolge in der Inflationsbekämpfung und die umstrittene Verminderung der Arbeitslosigkeit betont hatte, will sie jetzt auch die Ergebnisse ihrer Nationalisierungsaktion in einem rosigen Licht darstellen. Schließlich gehört die (Re)Privatisierung zu den wichtigsten Wahlersprechen der bürgerlichen Opposition.
Die Gegenattacke ist für den 26. Februar angesetzt. Zweieinhalb Wochen vor den Parlamentswahlen will Premierminister Fabius persönlich dieses Thema, das die Franzosen bisher nicht sonderlich interessiert hat, zum Wahlschlager erheben. Dazu teilt bereits jetzt das Industrieministerium mit, daß sich der kumulierte Verlust der ihm unterstellten 14 staatlichen Industrie-Unternehmen von 18 Mrd.

Franc 1984 auf 6 Mrd. Franc 1985, also um 18 Mrd. Franc, vermindert hat.
Dabei verbesserten die sechs von 1982 betroffenen Industrie-Unternehmen ihren Gewinn auf global rund 5 (3,4) Mrd. Franc. So verbuchten (nach vorläufigen Angaben) Rhone-Poulenc plus 2,30 (plus 2,03), CGE plus 1,0 (plus 0,8), Pechiney plus 0,7 bis plus 0,8 (plus 0,6), Saint-Gobain plus 0,6 (plus 0,5), Thomson plus 0,4 bis 0,5 (minus 0,04) und Bull plus 0,02 bis 0,05 (minus 0,50) Mrd. Franc.
Mit starken Vorbehalten zu bewerten sind dagegen die Ergebnisse der Ende 1981 durch Umwandlung staatlicher Forderungen in Kapitalbeteiligungen nationalisierten Stahlkonzerne Saeclor und Usinor. Deren Verlustabbau auf 4,5 (8,14) und 2,0 (7,40) Mrd. Franc erklärt sich vor allem daraus, daß 1984, nicht aber 1985, große außerordentliche Rückstellungen zur Finanzierung von Sozialausgaben des

künftigen Belegschaftsabbaues gebildet wurden. Das gleiche gilt für die schon 1985 verstaatlichten Renault-Werke, deren Verluste auf 9,60 (12,55) Mrd. Franc veranschlagt werden. Dazu kommen die Elf-Aquitaine, CDF-Chemie, EDC, CGCT und CEA-Industrie.
Im übrigen hat die Regierung den 14 Industrieunternehmen seit 1981 rund 50 Mrd. Franc staatliche Kapitaldotierungen zur Verfügung gestellt, davon 9 Mrd. Franc den sechs neuverstaatlichten.
Die verbesserte Ertragslage ist nach Ansicht der Opposition nicht nur den außergewöhnlichen Kapitalstützen zu Lasten des Steuerzahlers zu verdanken, sondern auch der Wiederbelebung der Weltkonjunktur, die sich auch ohne Verstaatlichung auf die Geschäftsergebnisse positiv ausgewirkt hätte. Außerdem wiesen die 14 staatlichen Unternehmen den gleichen Verlust aus wie 1981.

CSSR: An Ecu interessiert

dpa/WVD, Berlin
Nachdem die Sowjetunion im vergangenen Jahr erstmals einen Kredit in Ecu (Europäische Währungseinheit) aufgenommen hat, ist jetzt auch von Außenhandelskreisen der Tschechoslowakei Interesse an der Verwendung des Ecu bei der Abwicklung des gegenseitigen Handelsaustausches bekannt worden. Die „DDR“ zeigte bisher wenig Interesse an der Gemeinschaftswährung der Europäischen Gemeinschaft.
Die derzeitige Destabilisierung der Devisen- und Kreditmärkte im Westen und die zu erwartenden deutlichen Ausschläge des Kurses des US-Dollars machten die relative Stabilität des Ecu besonders anziehend, hieß es. Dank dieser Qualität erreichte der Ecu immer mehr Anhänger unter den Bankiers aus Afrika, Nord- und Lateinamerika und Japan sowie unter Wirtschaftsfachleuten in den osteuropäischen Ländern.

ITALIEN / Schwächerer Dollar stärkt Handelsbilanz

Unternehmer optimistisch

ds, Mailand
Der schwächere US-Dollar und die niedrigeren Energiepreise werden das italienische Außenhandelsdefizit im laufenden Jahr voraussichtlich um 10 000 bis 12 000 Mrd. Lire (etwa 14,7 bis 17,1 Mrd. DM) erleichtern und die Leistungsbilanz nahezu ausgleichen. In einer Studie schätzt der Spitzenverband der italienischen Industrie, daß durch die kombinierte Wirkung dieser Faktoren das Bruttoinlandsprodukt 1986 real um 2,5 Prozent zunehmen wird, fast einen halben Prozentpunkt mehr als im vergangenen Jahr.
Nach den Berechnungen des Industrieverbandes wird die Verbilligung der Energieeinfuhren um etwa ein Drittel (von 39 000 auf 27 000 bis 29 000 Mrd. Lire) die Chancen erhöhen, um die Inflationsrate wie von der Regierung beabsichtigt, von 8,6 Prozent im Jahre 1985 auf unter sechs

Prozent in diesem Jahr zu senken. Sollte die Entwicklung des Dollar und des Ölpreises auch in den zwei darauffolgenden Jahren anhalten, rechnet der Spitzenverband der italienischen Industrie für 1987 und 1988 mit einer Inflationsrate von nur noch 4,81 und 3,79 Prozent im Jahresdurchschnitt. Der Verband geht davon aus, daß nur ein geringer Teil der Kostenersparnis an die Verbraucher weitergegeben wird.
Was das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts anbelangt, so schätzt der Verband die reale Zunahme für 1987 auf 2,81 Prozent und für 1988 auf 2,56 Prozent. Ebenfalls zunehmen werden dem Verband zufolge die Investitionen und zwar nicht nur für Rationalisierungszwecke, sondern auch verstärkt für Kapazitätserweiterungen. Voraussetzung sei allerdings, daß die Lohn- und Gehaltssteigerung nicht über der Inflationsrate liegt.

Utrecht-Bank wird jetzt übernommen

htz, Amsterdam
Durch die Übernahme des gesamten Jahresverlustes (1985) von umgerechnet rund 200 Mill. D-Mark und der damit besiegelten hundertprozentigen Übernahme der defizitären Amsterdamer Hypothekenbank Westland-Utrecht durch den größten holländischen Versicherungskonzern Nationale Nederlanden ist die Zukunft des Amsterdamer Kreditinstituts jetzt abgesichert worden.
An der Amsterdamer Effektenbörse sackte der Kurs von Westland-Utrecht indessen von 79 Gulden um 25,70 Punkte auf 53,30 am Montag, nachdem die Notierungen am Freitag ausgesetzt werden mußten. Die Bank, die auf dem Immobiliensektor große Verluste hinnehmen mußte, soll nun unter der neuen Leitung des Versicherungskonzerns von Grund auf saniert werden. Damit werden auch kräftige Strukturveränderungen verbunden sein.

BRITISCHE ÖLFÖRDERUNG / Die Regierung läßt den Gesellschaften freie Hand


Vorerst keine Produktionsdrosselung

WILHELM FURLER, London
Ein Labour-Abgeordneter richtete vor wenigen Tagen an die Regierung Thatcher die Frage, ob sie denn angesichts des dramatischen Einbruchs der Rohölpreise nicht endlich eine Beschränkung der Ölförderung aus dem britischen Festlandssockel erwäge. „Nein“, lautete die auf eine schriftliche Anfrage bemerkenswerte kurze und kategorische Antwort von Energieminister Walker. Es bleibt also zunächst einmal bei der britischen Fördermenge von 2,7 Mill. Barrel (ein Barrel gleich 159 Liter) pro Tag.
Für Eingeweihte kommt die Antwort trotz des massiven Ungleichgewichts von Angebot und Nachfrage am Weltmarkt alles andere als überraschend. Zum einen besitzt die Regierung in London – abgesehen von echten Krisenzeiten – praktisch keine Möglichkeit, die in den britischen Offshore-Sektoren arbeitenden Ölgesellschaften zu einer Produktionsdrosselung zu zwingen.
Zum zweiten ist es auch die grundsätzliche Einstellung von Premierminister Thatcher und ihren Kabinettsmitgliedern, nicht in rein privatwirtschaftliche Entscheidungsprozesse einzugreifen, solange das Wohl der Nation nicht direkt betroffen ist. Entsprechend läßt die Regierung den Unternehmen völlig freie Hand, mit einer möglichst raschen Ausbeutung ihrer Öl- und Gasfelder, die wegen der Nordsee- und Atlantikbedingungen sehr hohen Explorations- und Entwicklungskosten schnell einzuspielen.
Die Taktik vor allem der Saudis,

die Nordseeölproduzenten Großbritannien und Norwegen zu einer Produktionsdrosselung zu bewegen, um sich selbst wieder einen höheren Weltmarktanteil zu verschaffen, scheint folglich nicht aufzugeben. Denn selbst ein Spotmarktpreis für Nordseeöl von nur 15 Dollar je Barrel, der in der jüngsten Baisse noch nicht erreicht worden ist, bringt den Gesellschaften noch stattliche Renditen.
Was die Opec-Länder, wenn sie die Nordseeölproduzenten immer wieder als schwächstes Glied in der Kette bezeichnen, offenbar übersehen, ist die Tatsache, daß die Betriebskosten bei 95 Prozent aller britischen Nordseeölfelder fünf Dollar je Barrel nicht übersteigen, und daß die Förderkosten für den Rest bei unter 12 Dollar liegen. Im übrigen würden Produzenten ihr Öl selbst mit Verlusten für einige Zeit weiterhin verkaufen, in der Hoffnung, daß die Konkurrenz zuerst aufgibt, oder daß sich die Marktverhältnisse wieder verbessern.
So gesehen dürften auf die großen britischen Nordseeölproduzenten wie BP, Shell, Ultramar, Burnham Oil, Tricontrol oder Enterprise Oil jedenfalls in absehbarer Zeit kaum Schwierigkeiten zukommen. Dies gilt um so mehr für diejenigen Unternehmen, die mit eigener Verarbeitungskapazität von den in den letzten einhalb Jahren deutlich verbesserten Spannen im europäischen Raffineriegeschäft bei relativ hohen Benzin- und Produktpreisen profitieren.
Dennoch liegt ein bedrückender Schatten über den Nordsee-Bohrtürmen. Mit fallenden Ölpreisen wächst

die Wahrscheinlichkeit, daß kapitalintensive Explorations- und Feldentwicklungen zurückgestellt oder gar nicht erst in Angriff genommen werden. Denn die größten und am leichtesten auszubauenden Felder sind mit großer Wahrscheinlichkeit bereits gefunden worden.
Jüngsten Schätzungen von Ölexperten zufolge dürfte sich das Ölvorkommen im britischen Kontinentalschelf folgendermaßen zusammensetzen: 5,3 Mrd. Barrel aus Feldern gegenwärtig in Produktion oder Entwicklung; drei Mrd. Barrel in Vorkommen, die bereits entdeckt wurden; zwei Mrd. Barrel an zu erwartenden künftigen Entdeckungen im britischen Nordseesektor; schließlich weitere acht Mrd. Barrel an zu erwartenden Entdeckungen in den Randgebieten des britischen Schelfs.
Diese 23,3 Mrd. Barrel würden ausreichen, Großbritannien bei einer Tagesförderung von rund 1,5 Mill. Barrel bis über das Jahr 2020 hinaus in etwa den Status des Selbstversorgers zu erhalten. Mit dem gegenwärtig extrem niedrigen Ölpreis von etwa 16 Dollar je Barrel wächst aber das Risiko, daß die weitere Entwicklung in der Nordsee zum Stillstand kommt.
Dadurch besteht die große Gefahr, daß die Nordseeölproduktion in den 80iger Jahren zur Neige geht – genau dann, wenn ein Anzeichen der Ölknappheit an das Angebot allgemein erwartet wird. Dies wäre der Zeitpunkt, wenn die Opec-Produzenten in Nahost mit ihren großen Reserven wieder ihre Muskeln spielen lassen könnten.

Der eiserne Gentleman. Ein Jaguar hat die vornehme Eigenschaft, auch in Ausnahmesituationen die Haltung zu bewahren. Seine aus dem Rennsport übernommene Fahrwerk-aufhängung gewährleistet auch bei Eis und Schnee exzellente Bodenhaftung. Das serienmäßig eingebaute Sperrdifferential garantiert zusätzliche Sicherheit. Kein anderes Automobil dieser Klasse bietet diese einzigartige Kombination von Tradition und neuer technischer Perfektion – und eine so glänzende Preis-Leistungs-Bilanz. Für Gentlemen, die bei aller Freude am Luxus eiskalt kalkulieren können.



Die Jaguar Coupés · Die Jaguar Limousinen · Die Jaguar Cabrios
Alle in 6- und 12-Zyl.-Versionen

Jaguar Deutschland GmbH · Frankfurter Straße · 6242 Kronberg i. Ts. · Telex: 6173987 · Tel.: 06173/705-0

WHAT A CLEVER INVESTMENT

SCHERING / Jahresergebnis hat sich weiter verbessert

Verluste auf dem US-Markt

Mit der Entwicklung des Konzernumsatzes im Geschäftsjahr 1985 ist die Schering AG, Berlin und Bergkamen, insgesamt zufrieden, wie in einem Zwischenbericht festgestellt wird. Auf der Basis eines hohen Vorjahresniveaus wurde noch einmal eine Steigerung um sieben Prozent auf 5,1 Mrd. DM erzielt. Davon entfielen auf das Inland 883 Mill. DM (plus 5 Prozent) und auf das Ausland 4,2 Mrd. DM (plus 7 Prozent).

In der AG wurde ein Umsatzwachstum von 8 Prozent auf 2,2 Mrd. DM verbucht. Auch hier war der Export mit einem Plus von zehn Prozent auf 1,8 Mrd. DM stärker als das Inlandsgeschäft mit einem Plus von fünf Prozent auf 649 Mill. DM. Die während des Jahres eingetretene Umsatzabschwächung wird vor allem mit der niedrigeren Bewertung verschiedener Währungen gegenüber der D-Mark begründet.

Sowohl in der AG als auch im Konzern wird ein „verbessertes Jahresergebnis“ ausgewiesen, heißt es im Zwischenbericht weiter. Zur Dividende - für 1984 waren 12 DM auf das Grundkapital von 614,91 Mill. DM gezahlt worden, jetzt 644,91 Mill. DM - gezahlt worden, wird noch keine Aussage gemacht.

Teilweise erheblichen Gewinnsteigerungen im Inland und bei den europäischen Töchtern, bedingt auch durch außerordentliche Einflüsse und Kursgewinne, stand ein nicht näher bezifferter negativer Ergebnis in USA gegenüber. Bei den auf dem US-Markt tätigen Tochtergesellschaften sei der Rückgang der Ergebnisse aus dem laufenden Geschäft auf die konjunkturelle Abschwächung zurückzuführen.

Die einzige Sparte, die den Umsatz nicht verbessern konnte, waren die Industrie-Chemikalien mit einem Minus von einem Prozent auf 891 Mill. DM. Das stärkste Wachstum mit 13 Prozent Plus auf 331 Mill. DM erzielte die Galvanotechnik. „Erfreulich“ sei auch die Umsatzsteigerung in der Sparte Pharma mit plus elf Prozent auf 2,1 Mrd. DM ausgefallen. Die Feinchemikalien legten bei unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Produktgruppen sechs Prozent auf 302 Mill. DM zu, beim Pflanzenschutz betrug das Umsatzplus vier Prozent auf 1,4 Mrd. DM.

Die Konzern-Investitionen in Sachanlagen stiegen um 30 Prozent auf 364 Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern um vier Prozent auf 23 884 und in der AG um sechs Prozent auf 10 615 Personen.

RISIKO-LEBENSVERSICHERUNGEN / „Schutz vor dem Todesfall“ gewinnt mehr und mehr an Bedeutung

Die Unterschiede bei den Beiträgen sind erheblich

HAHALD POSNY, Düsseldorf
Vor Jahren noch ein nahezu „unbekanntes Wesen“ hat die Risiko-Lebensversicherung in jüngster Zeit mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Im letzten Jahr wuchs das Neugeschäft nach der Anzahl der Verträge um fünf Prozent, der abgeschlossenen Versicherungssumme nach um 9,1 Prozent.

Im Gegensatz zur Kapital-Lebensversicherung, die zu einem hohen Teil in den Beiträgen einen sogenannten Sparanteil beinhaltet, der im Versicherungsfall bei Erleben oder Tod die einmal abgeschlossene Versicherungssumme innerhalb von gut 25 Jahren verdoppelt, ist der Sparanteil in der Risiko-Versicherung gering. Der Schutz ist fast ausschließlich auf den Todesfall während der Laufzeit des Vertrags ausgerichtet. Er sichert nur die Rückzahlung eines Darlehens, die Erfüllung eines Sparziels ab, so daß nach Ablauf des Vertrags keine Versicherungssumme fällig wird. Die Prämie ist in der Regel verloren.

Aus diesem Grund sind natürlich die Prämienunterschiede zwischen beiden Formen sehr groß. Eine Kapitallebensversicherung über 100 000 DM kostet einen 35-jährigen rund 3500 DM an Prämie im Jahr, eine Risiko-

Versicherung dagegen nur 500 DM. Unter den Risiko-Versicherern gibt es jedoch auch erhebliche Unterschiede. Sie ergeben sich aus vier Grundsystemen, nach denen der vom Bundesaufsichtsrat vorgeschriebene Mindestrückfluß an Überschüssen von 90 Prozent an die Kunden geht:

1. Verrechnung der Überschüsse mit laufenden Beiträgen; hier wird der Beitrag von Anfang an um den zu erwartenden Überschuß gekürzt, was laut Stiftung Warentest eine Ersparnis von 200 bis 300 DM bedeuten

kann. Die Verringerung kann jedoch nicht garantiert werden.
2. Verzinsliche Ansammlung; hier werden die Überschüsse nicht direkt rückvergütet, sondern beim Versicherer angelegt und bei Vertragsende oder zwischendurch mit der ursprünglich vereinbarten Summe ausbezahlt. Hier hat die Regel der verlorenen Prämie eine Ausnahme.
3. Das (nur noch seltene) Schlussgewinn-System weicht von der verzinslichen Ansammlung nur dadurch ab, daß nur bei Vertragsende ausbezahlt wird.
4. Bonussystem; hier werden die Überschüsse nicht zur Beitragsreduzierung, sondern zur Erhöhung der Versicherungssumme genutzt. Dieser Bonus kann jedoch nicht für alle Zeiten garantiert werden.

Über den Daumen kann man feststellen, daß die Systeme 2 und 3 etwas teurer sind, dafür aber Überschüsse im Erlebnisfall ausschütten, die Systeme 1 und 4 niedrigere Prämien haben, dafür aber nur die Risikosumme decken. Interessant, daß zu den preisgünstigsten Versicherern eine Reihe von Direktanbietern gehören, die keinen Außendienst bieten. Dieser Vertriebsweg hat einen sicheren Kosten- und Prämienvorteil.

Die 10 günstigsten Versicherer bei Verrechnung der Überschüsse mit laufenden Beiträgen

Gesellschaft	Jahresbeitr. in DM
1. Cosmos, Saarbrücken	279,40
2. Europa, Köln	281,05
3. Hannoversche, Hann.	281,05
4. Dialog, Augsburg	284,40
5. HUK-Coburg, Coburg	285,45
6. Transatl., Hamb.	287,00
7. Verein. Postv., K.	288,00
8. Condor, Hamburg	293,50
9. Gerlin, Köln	295,00
10. Agrippina, Köln	300,00

Quelle: Stiftung Warentest

Die 10 günstigsten Versicherer bei Anwendung des Bonussystems

Gesellschaft	Jahresbeitr. in DM
1. Europa, Köln	283,90
2. Neue Leben v. 1964, HH	294,50
3. Vita, Frankfurt	294,50
4. Gerling, Köln	295,00
5. Provinzial, Kiel	295,00
6. Schweizer. Renten, M.	295,00
7. Westf. Prov. Münster	295,00
8. Gothaer, Göttingen	295,50
9. Agrippina, Köln	300,00
10. Volksfürsorge, Hamb.	304,50

Quelle: Stiftung Warentest

SCHIFFSMAKLER

„Verkehrspolitik diskriminierend“

W. Bremen

„Wir fordern, daß der Verkehrsausschuß des Bundestages endlich tätig wird“, sagte der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Schiffsmakler, Oswald Dreyer-Eimbcke. „Wir können nicht bis zur Liberalisierung der Tarife für den Straßenverkehr 1992 warten.“ Dreyer-Eimbcke hält die deutsche Verkehrspolitik im Zusammenhang mit den europäischen Wettbewerbsverzerrungen im Hinterlandverkehr der deutschen Seehäfen für „Selbstdiskriminierung“.

Fast 60 Prozent des deutschen seewärtigen Imports und 56 Prozent des seewärtigen Exports gingen schon über ausländische Häfen, rechnete er vor. Die Tendenz zeige weitere Verschlechterung an. Es sei nicht einzusehen, daß beispielsweise der Frachtpreis von Osnabrück nach Bremen auf der Straße wegen der Tarifstruktur im Binnenland teurer sei als zu den Rhein-Mündungshäfen in den Niederlanden und Belgien.

Die Schiffsmakler kritisieren außerdem, daß die Bundesregierung zu großzügig bei der Gewährung von Kontingenten für den ausländischen Lkw-Verkehr verfare. „Mit der Flexibilität der deutschen Bundesbahn können wir allerdings leben“, fügte Dreyer-Eimbcke hinzu.

Seit vergangem Jahr liegt ein von fast allen Bundesländern befürworteter Gesetzentwurf vor, der das starke Tarifgefüge der Bundesrepublik im Güterverkehr von und nach den deutschen Seehäfen auflockern soll. Allerdings stehen handfeste Interessen der Verbände des Güterverkehrs (BDF) und der Binnenschifffahrt (BDB), vertreten durch einflußreiche Verkehrspolitik aller Couleur, gegen gesetzliche Maßnahmen. So wird die Diskrepanz zwischen dem freien Transport über die „grüne“ Grenze und dem festgefahren innerdeutschen System ständig größer.

IMPORTHANDEL / Günstige Preise bei Konserven

Verluste durch Dollarkurs

J.B. Hamburg

Der deutsche Importhandel hat aufgrund des stark schwankenden Dollarkurses ein schwieriges Jahr hinter sich. Wie der Warenverein der Hamburger Börse a. V., der als Bundesverband des deutschen Importhandels mit Konserven, Tiefkühlprodukten, Trockenfrüchten, Schalenobst, Trockengemüse, Gewürzen, Honig und verwandten Waren fungiert, in einem Jahresrückblick schreibt, hätten sich erst im Spätherbst 1985 bei einem auf 2,60 DM abgerutschten Dollar günstigere Einkaufsmöglichkeiten ergeben. Zu diesem Zeitpunkt sei für zahlreiche Einkäufe die Währung jedoch bereits abgedeckt gewesen, so daß viele Händler unvorhersehbare Verluste erlitten hätten.

Die Entwicklung in den einzelnen großen Produktgruppen verlief unterschiedlich. Bei Konserven war der Absatz im ersten Halbjahr schlagend. Erst mit dem Dollarkurs und der Überproduktion vor allem bei Ananas und Spargel veränderte sich das Preisgefüge. Spargel und Ananas verbilligten sich um 30 Prozent, Champignons um 20 Prozent, andere Obstkonserven um 10 bis 15 Prozent.

Bei weiterhin stabiler D-Mark geht die Branche von einer Fortsetzung

des Preisrückgangs aus. Sofern der Handel die günstigen Preise an den Konsumenten weitergibt, erwartet der Warenverein ein umsatzstarkes Jahr bei Konserven.

Günstig sind nach Angaben der Importeure auch die Preise für tiefgefrorenes Obst und Gemüse geblieben. Hierbei mache sich die Ausweitung der Produktion in den Erzeugerländern positiv bemerkbar. Vom starken Dollarkurs profitierten ferner der Import von Fischkonserven, wobei Thunfischkonserven nach wie vor den größten Anteil ausmachen.

Bei Trockenfrüchten ist zum ersten Mal wieder die Einfuhr von Mandeln gestiegen. Entscheidend dafür dürfte gewesen sein, daß die Preise erheblich unter denen von Haselnüssen lagen. Das Preisniveau bei Haselnüssen hatte sich aufgrund schlechter Ernteergebnisse in der Türkei deutlich erhöht. Starke Beschränkungen bekräftigt der Importhandel bei Substanzen aus Drittländern. Die von der EG eingeführten Mindesteinfuhrpreise seien um so unverständlicher, da Griechenland als größter Produzent in der Gemeinschaft seine Produktion seit Jahren voll am Markt unterbringen könne.

Schuldzinsenabzug bei Erbfolgeregelung

KL/DW, München

Werden einem Steuerpflichtigen von seinen Eltern im Rahmen vorweggenommener Erbfolgeregelung Grundstücke übertragen, so können Schuldzinsen für eine gleichzeitig übernommene Darlehensschuld zur Gleichstellung seiner Geschwister Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung darstellen.

Für den Schuldzinsenabzug kommt es nach Ansicht des Bundesfinanzhofs (IX R 64/82) darauf an, daß sie in wirtschaftlichem Zusammenhang mit angestrebten oder zulebenden Einnahmen stehen. Der Umfang des Schuldzinsenabzugs ist davon abhängig, in welchem Ausmaß das Grundstück zur Einnahmeerzielung genutzt wird.

In dem vom Bundesfinanzhof entschiedenen Fall hatten die Eltern Grundstücke auf eines ihrer Kinder übertragen. Dabei hatten sie sich ein Wohnrecht vorbehalten und das Kind verpflichtet, ein Darlehen zu übernehmen, dessen Mittel sie zur Gleichstellung der übrigen Kinder verwenden wollten. Der Zuwendungsempfänger kann nach dem Urteil Schuldzinsen für das Darlehen als Werbungskosten steuerlich geltend machen, wenn er das übernommene Anwesen vermietet oder verpachtet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bocholt: Bocholter Werkstätten GmbH; Bochum: Dr. Engelbert Knappstein; Esslingen: Michael Sony, Neubausen/F.; Schrag Baumaschinen GmbH, Hainleien; Denkendorf: Geltschke; Gettrich Lindemann GmbH, Gelsenkirchen-Horst; Krefeld: Petrans-Abfallbeseitigungs- mbH, Nettetal 2; Melber: Hermann Schröder, Kaufmann, Marne; Nachl. d. Wolfgang Hiet, Welsburen; Scheiden: Eicker GmbH & Co. Produktions KG, Blankenheim-Wald.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Mannheim: Friedhelm Vogt, Kaufmann. Vergleich beantragt: Elmshorn: Kunststoffrohrwerk GmbH.

NAMEN

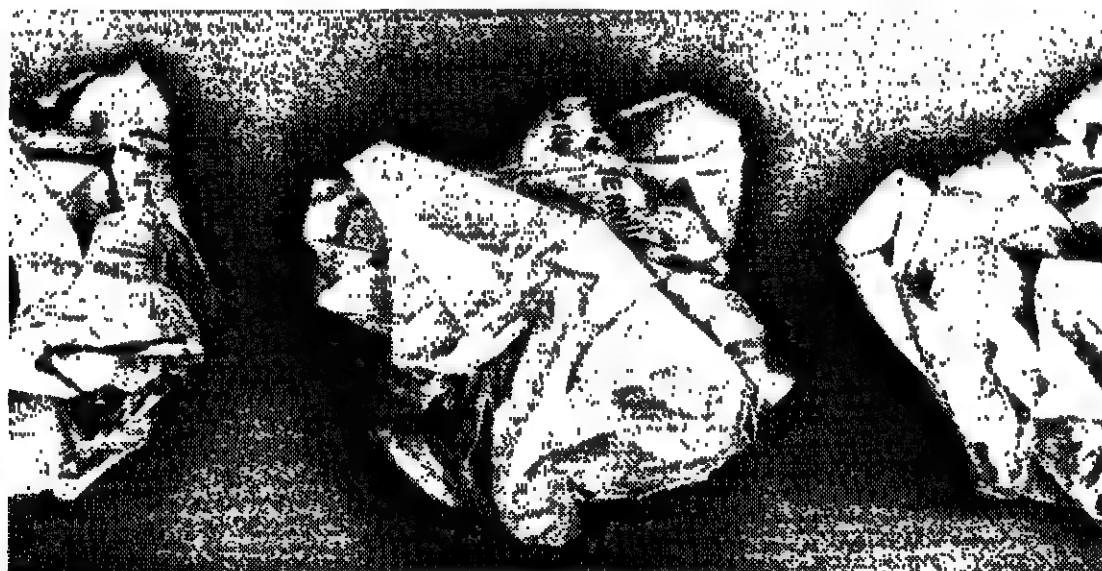
Dr. Harald Neitzemeier wurde als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden Geschäftsführer Hermann Pflaier in die Unternehmensleitung der Klein-Gruppe, Salzkotten, berufen. Er übernimmt das Ressort Finanzen und Controlling.

Wilhelm Kahle (63), Geschäftsführer Vertrieb Inland der Telefonkabel Fernseh und Rundfunk GmbH, Hannover, wurde stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung. Karl Wilhelm Veigt (42), bisher Geschäftsführer der Olympia Vertriebsgesell-

schaft mbH, Frankfurt, hat die Leitung sämtlicher Vertriebsniederlassungen Inland des Unternehmens übernommen.

Helmut Buchti wurde zum Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Brochier-Bau-Gesellschaft mbH, Nürnberg, ernannt. Er ist Nachfolger von Fritz Bareiß, der in den Verwaltungsrat übergewechselt ist. Zu seinem Stellvertreter wurde Wilhelm Kraft ernannt. Dieter F. Martin wurde zum ordentlichen Mitglied der Geschäftsleitung bestellt.

Eine Chance für junge neue Ideen.



Wir wollen nicht, daß gute Ideen im Papierkorb landen. Wir mögen die gesunde Frische, die alles regeneriert und die Wege in die Zukunft zeigt. Deshalb unterstützen wir von Unternehmerteil beseelte junge Menschen: Deshalb unterstützen wir kreative Leute. Deshalb schreiben wir zum Beispiel den Preis für junge europäische Fotografen aus.

Wir wollen aber auch nicht, daß weniger junge, dafür aber auch hervorragende Ideen in der Dunkelheit einer Schublade vor sich hin träumen. Nur weil die Finanzierung ihrer Verwirklichung noch nicht geklärt oder gesichert ist. Als Investitionsberater haben wir begriffen, welche volkswirtschaftlichen Dimensionen die Unterstützung von guten Ideen erwirken kann.

Unsere Fachkompetenz in allen Fragen der Investitionsdurchführung, unser Sicherheitsdenken und unsere Ideen haben uns zu dem gemacht, was wir nun heute sind. Ideen für Ihre Ideen. Rufen Sie uns an.

Deutsche Leasing AG Hungerstraße 6-12 Frankfurt am Main Tel. 0 69 / 5 12 91 Spezialstellen Hamburg Tel. 0 40 / 26 16 61 Hannover Tel. 0 51 34 58 14 Bielefeld Tel. 0 51 / 88 89 90 Düsseldorf Tel. 0 21 1 / 13 08 90 Köln Tel. 0 21 2 / 82 40 51	Frankfurt am Main Tel. 0 69 / 5 05 40 71 Hamburg Tel. 0 41 72 / 31 73 Karlsruhe Tel. 0 71 2 / 29 52 Stuttgart Tel. 0 71 2 / 29 03 90 München Tel. 0 89 / 5 02 70 61 Hannover-Münster GmbH Hannover, 12 - 18.3.86 Köln Tel. 0 21 1 / 88 58 58	Konsumgüterleasing Deutsche Auto-Leasing GmbH Tel. 0 61 72 / 40 31 Deutsche Objekt-Leasing GmbH Tel. 0 69 / 1 52 93 65 DM Bank Deutsche Investitionen Finanz GmbH Tel. 0 69 / 1 52 94 43 LBS Leasinggesellschaft der Sparkassen GmbH Tel. 0 69 72 / 21 40
--	---	--

Der erfahrene Investitionspartner

Deutsche Leasing AG

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Offerte an Siemens

München (dpa/VWD) - Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat Siemens ihren Anteil an der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, angeboten. Siemens werde im Lauf der nächsten zwei Monate über einen möglichen Kauf entscheiden, erklärte das Unternehmen in München auf Anfrage. Daimler trennt sich im Zusammenhang mit dem Fusionkontrollverfahren Daimler-Benz/AG von seinem MG-Anteil von knapp neun Prozent. Über die Allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, München, sind neben Siemens und Daimler-Benz die Allianz AG, München, und die Deutsche Bank AG, Frankfurt, an der MG beteiligt.

Ausgleich im Export

Berlin (dpa/VWD) - Die Schindler Aufzügefabrik GmbH, Berlin, hat sich neue Märkte im Ausland erschlossen, so in Saudi-Arabien, Ägypten, Singapur und Hongkong. Gegenwärtig entfallen bereits 40 Prozent

des Neugeschäftes auf den Export, teilte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Wolfgang Koch, in Berlin mit. Das Volumen des deutschen Marktes (10 000 Anlagen) werde aber noch zurückgehen. Daher werde das Servicegeschäft immer wichtiger. 1985 wurden nach vorläufigen Zahlen etwa 315 bis 320 Mill. DM nach 295 Mill. DM im Vorjahr umgesetzt. Schindler Deutschland beschäftigt 2500 Mitarbeiter, davon 1400 in Berlin. Im schweizerischen Schindler-Konzern (2 Mrd. schweizerische Franken) sind 22 500 Mitarbeiter beschäftigt.

Beteiligung erworben

Paris (J.Sch.) - Der französische Lebensmittelkonzern BSN hat eine 20prozentige Beteiligung an der deutschen Gesellschaft Sonnen-Bassermann (Umsatz 175 Mill. DM) erworben, die Teigwaren, Ravioli, Fertiggerichte und Konfitüren produziert. Der Konzern ist in der Bundesrepublik bereits bei Frischprodukten durch seine Tochter Gervais Danone, Mün-

chen, (Umsatz 380 Mill. DM) und durch die Gesellschaft Dispal GmbH, München, vertreten. Nach dem Aufkauf der italienischen Gesellschaft Ponte steigt BSN jetzt zum zweitgrößten Teigwarenhersteller Europas (nach Panzani) auf.

Mehr Lastwagen abgesetzt

München (dpa/VWD) - Die MAN Nutzfahrzeuge GmbH, München, hat 1985 nach eigenen Angaben mit 21 239 Nutzfahrzeugen 94 Prozent mehr abgesetzt als im Vorjahr. Wie das Unternehmen mitteilt, sind die Verkäufe jedoch um 21,9 Prozent hinter dem Spitzenjahr 1981 zurückgeblieben. Bei den Lastwagen über 9,6 Tonnen Gesamtgewicht habe MAN in der Bundesrepublik 9,7 Prozent mehr Fahrzeuge ausgeliefert (Export: plus 7 Prozent). In der Gewichtsklasse 6 bis 9,6 Tonnen sei der Absatz um 12,9 Prozent (Export: plus 24,2 Prozent) gestiegen. Bei den Omnibussen wurde ein Plus im Inland von 7,4 Prozent (Export: plus 34 Prozent) erzielt.

JAPAN / Mehr als 90 000 Eisenbahnern droht Arbeitsplatzverlust durch Neuordnung

Privatisierung soll Staatsbahnen retten

FRED de LA TOBBE, Tokio

Die japanische Regierung wird in Kürze im Parlament Gesetzesvorlagen zur Aufgliederung und Privatisierung der Staatsbahnen Japans (JNR) einbringen. Die Vorlagen gehen auf einen Bericht zurück, den eine fünfköpfige Kommission Mitte vergangenen Jahres vorlegte.

Demzufolge sollen bis zum April 1987 aus der JNR sechs private Eisenbahngesellschaften für den Personenverkehr und eine Gesellschaft für den Frachtverkehr gebildet werden. Zusammen werden die Unternehmen 183 000 Personen beschäftigen. Damit müssen 93 000 JNR-Angehörige entlassen werden. Sie sollen entweder in den vorzeitigen Ruhestand gehen oder von anderen Arbeitgebern beschäftigt werden.

Die Regierung Nakasone sieht die Privatisierung als das einzige Rezept zur Rettung der hochverschuldeten Staatsbahnen. Die Verwaltung der JNR war zu bürokratisch und schwerfällig geworden und allzusehr auf staatliche Unterstützung angewiesen. Im Fiskaljahr 1984 kam das Defizit der JNR ungerechnet auf 20,6

Mrd. DM. Das kumulative Defizit erreichte Ende März 1985 den Wert von 152 Mrd. DM, und die langfristigen Verbindlichkeiten stellten sich auf 272 Mrd. DM.

Die Staatsbahnen begannen 1964 in die roten Zahlen zu rutschen, als Japan in das Zeitalter des Automobils einstieg. Die seither ungünstige Entwicklung war außer auf Fehler des Managements vor allem auf den Verlust von Frachtkunden und den Bau unrentabler Strecken - meist auf Drängen von Politikern, die sich damit Wählerstimmen erhofften - zurückzuführen. Um dem Abwärtstrend wirkungsvoll zu begegnen, stellte die JNR schon 31 lokale Linien ein. Weitere 27 Linien sollen folgen.

Die JNR hat ein Bahnnetz von insgesamt 23 256 Kilometern. Davon entfallen auf die 70 Hauptlinien 13 350 km. Das Aufkommen an Fahrgästen/Kilometer, und das Frachtvolumen kam auf 27 Mrd. Tonnen/Kilometer. Die Konkurrenz des Straßen- und Luftverkehrs hat den Anteil der Staatsbahnen an der gesamten Fahrgastbeförderung in den

letzten 24 Jahren von 51 Prozent auf 23 Prozent und den Anteil am Frachtvolumen von 38 Prozent auf fünf Prozent herabgedrückt.

Im Fiskaljahr 1984 verbuchten nur acht Hauptlinien einen Gewinn. Darunter war der Superexpress „Shinkansen“ auf der Strecke Tokio-Kyushu. Alle anderen 237 Linien schlossen mit roten Zahlen ab. Die japanische Regierung hat Ende Januar beschlossen, nach der Privatisierung der JNR von deren Defizit und Verbindlichkeiten einen Betrag von 208 Mrd. DM zu übernehmen. Der Rest soll von den sechs zu gründenden Gesellschaften getragen werden.

Die Frage der Abfindung und Wiederbeschäftigung der 93 000 zu entlassenden Arbeiter und Angestellten der Staatsbahnen ist noch nicht abschließend gelöst. Bisher zeichnen sich nur für etwa 52 000 neue Anstellungen ab. Von dem Rest wird ein Teil vorzeitig pensioniert werden. Staatliche und kommunale Behörden haben versprochen, ungefähr 30 000 Personen aufzunehmen, die Privatwirtschaft wird etwa 22 000 beschäftigen. (SAD)

FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Renten etwas freundlicher

Der vorangegangene Renditeerfolg in den USA, wo wieder einmal von der Möglichkeit einer Zinssenkung gesprochen wird, führte am deutschen Rentenmarkt zu einer gewissen Auflockerung. Hier wurden öffentliche Anleihen bis zu einem Viertelpunkt heraufgesetzt. Die letzte 6 3/8-prozentige Bundesanleihe wurde zu 100,30, das heißt um 0,05 Prozentpunkte über ihren Emissionskurs in den Handel eingeführt. Das Infanterieinteresse danach ist bis heute begrenzt geblieben, weil sich auf dem Pfandbriefmarkt gegenwärtig noch bessere Renditen erzielen lassen.

Mittwoch, 12. Februar 1986 - Nr. 36 - DIE WELT

Bundesanleihen			
5% Bund 78 II	112,2	102,2	
7% Bund 78 II	108,2	102,2	
7% Bund 78 I	108,2	102,2	
7% Bund 77 II	108,2	102,2	
7% Bund 77 I	108,2	102,2	
7% Bund 76 II	108,2	102,2	
7% Bund 76 I	108,2	102,2	
7% Bund 75 II	108,2	102,2	
7% Bund 75 I	108,2	102,2	
7% Bund 74 II	108,2	102,2	
7% Bund 74 I	108,2	102,2	
7% Bund 73 II	108,2	102,2	
7% Bund 73 I	108,2	102,2	
7% Bund 72 II	108,2	102,2	
7% Bund 72 I	108,2	102,2	
7% Bund 71 II	108,2	102,2	
7% Bund 71 I	108,2	102,2	
7% Bund 70 II	108,2	102,2	
7% Bund 70 I	108,2	102,2	
7% Bund 69 II	108,2	102,2	
7% Bund 69 I	108,2	102,2	
7% Bund 68 II	108,2	102,2	
7% Bund 68 I	108,2	102,2	
7% Bund 67 II	108,2	102,2	
7% Bund 67 I	108,2	102,2	
7% Bund 66 II	108,2	102,2	
7% Bund 66 I	108,2	102,2	
7% Bund 65 II	108,2	102,2	
7% Bund 65 I	108,2	102,2	
7% Bund 64 II	108,2	102,2	
7% Bund 64 I	108,2	102,2	
7% Bund 63 II	108,2	102,2	
7% Bund 63 I	108,2	102,2	
7% Bund 62 II	108,2	102,2	
7% Bund 62 I	108,2	102,2	
7% Bund 61 II	108,2	102,2	
7% Bund 61 I	108,2	102,2	
7% Bund 60 II	108,2	102,2	
7% Bund 60 I	108,2	102,2	
7% Bund 59 II	108,2	102,2	
7% Bund 59 I	108,2	102,2	
7% Bund 58 II	108,2	102,2	
7% Bund 58 I	108,2	102,2	
7% Bund 57 II	108,2	102,2	
7% Bund 57 I	108,2	102,2	
7% Bund 56 II	108,2	102,2	
7% Bund 56 I	108,2	102,2	
7% Bund 55 II	108,2	102,2	
7% Bund 55 I	108,2	102,2	
7% Bund 54 II	108,2	102,2	
7% Bund 54 I	108,2	102,2	
7% Bund 53 II	108,2	102,2	
7% Bund 53 I	108,2	102,2	
7% Bund 52 II	108,2	102,2	
7% Bund 52 I	108,2	102,2	
7% Bund 51 II	108,2	102,2	
7% Bund 51 I	108,2	102,2	
7% Bund 50 II	108,2	102,2	
7% Bund 50 I	108,2	102,2	
7% Bund 49 II	108,2	102,2	
7% Bund 49 I	108,2	102,2	
7% Bund 48 II	108,2	102,2	
7% Bund 48 I	108,2	102,2	
7% Bund 47 II	108,2	102,2	
7% Bund 47 I	108,2	102,2	
7% Bund 46 II	108,2	102,2	
7% Bund 46 I	108,2	102,2	
7% Bund 45 II	108,2	102,2	
7% Bund 45 I	108,2	102,2	
7% Bund 44 II	108,2	102,2	
7% Bund 44 I	108,2	102,2	
7% Bund 43 II	108,2	102,2	
7% Bund 43 I	108,2	102,2	
7% Bund 42 II	108,2	102,2	
7% Bund 42 I	108,2	102,2	
7% Bund 41 II	108,2	102,2	
7% Bund 41 I	108,2	102,2	
7% Bund 40 II	108,2	102,2	
7% Bund 40 I	108,2	102,2	
7% Bund 39 II	108,2	102,2	
7% Bund 39 I	108,2	102,2	
7% Bund 38 II	108,2	102,2	
7% Bund 38 I	108,2	102,2	
7% Bund 37 II	108,2	102,2	
7% Bund 37 I	108,2	102,2	
7% Bund 36 II	108,2	102,2	
7% Bund 36 I	108,2	102,2	
7% Bund 35 II	108,2	102,2	
7% Bund 35 I	108,2	102,2	
7% Bund 34 II	108,2	102,2	
7% Bund 34 I	108,2	102,2	
7% Bund 33 II	108,2	102,2	
7% Bund 33 I	108,2	102,2	
7% Bund 32 II	108,2	102,2	
7% Bund 32 I	108,2	102,2	
7% Bund 31 II	108,2	102,2	
7% Bund 31 I	108,2	102,2	
7% Bund 30 II	108,2	102,2	
7% Bund 30 I	108,2	102,2	
7% Bund 29 II	108,2	102,2	
7% Bund 29 I	108,2	102,2	
7% Bund 28 II	108,2	102,2	
7% Bund 28 I	108,2	102,2	
7% Bund 27 II	108,2	102,2	
7% Bund 27 I	108,2	102,2	
7% Bund 26 II	108,2	102,2	
7% Bund 26 I	108,2	102,2	
7% Bund 25 II	108,2	102,2	
7% Bund 25 I	108,2	102,2	
7% Bund 24 II	108,2	102,2	
7% Bund 24 I	108,2	102,2	
7% Bund 23 II	108,2	102,2	
7% Bund 23 I	108,2	102,2	
7% Bund 22 II	108,2	102,2	
7% Bund 22 I	108,2	102,2	
7% Bund 21 II	108,2	102,2	
7% Bund 21 I	108,2	102,2	
7% Bund 20 II	108,2	102,2	
7% Bund 20 I	108,2	102,2	
7% Bund 19 II	108,2	102,2	
7% Bund 19 I	108,2	102,2	
7% Bund 18 II	108,2	102,2	
7% Bund 18 I	108,2	102,2	
7% Bund 17 II	108,2	102,2	
7% Bund 17 I	108,2	102,2	
7% Bund 16 II	108,2	102,2	
7% Bund 16 I	108,2	102,2	
7% Bund 15 II	108,2	102,2	
7% Bund 15 I	108,2	102,2	
7% Bund 14 II	108,2	102,2	
7% Bund 14 I	108,2	102,2	
7% Bund 13 II	108,2	102,2	
7% Bund 13 I	108,2	102,2	
7% Bund 12 II	108,2	102,2	
7% Bund 12 I	108,2	102,2	
7% Bund 11 II	108,2	102,2	
7% Bund 11 I	108,2	102,2	
7% Bund 10 II	108,2	102,2	
7% Bund 10 I	108,2	102,2	
7% Bund 9 II	108,2	102,2	
7% Bund 9 I	108,2	102,2	
7% Bund 8 II	108,2	102,2	
7% Bund 8 I	108,2	102,2	
7% Bund 7 II	108,2	102,2	
7% Bund 7 I	108,2	102,2	
7% Bund 6 II	108,2	102,2	
7% Bund 6 I	108,2	102,2	
7% Bund 5 II	108,2	102,2	
7% Bund 5 I	108,2	102,2	
7% Bund 4 II	108,2	102,2	
7% Bund 4 I	108,2	102,2	
7% Bund 3 II	108,2	102,2	
7% Bund 3 I	108,2	102,2	
7% Bund 2 II	108,2	102,2	
7% Bund 2 I	108,2	102,2	
7% Bund 1 II	108,2	102,2	
7% Bund 1 I	108,2	102,2	

7% Top Sp. 82 II	2280	2220	5% New York 82	108,250	108,250	6% Ind. 78	785	108,37
7% Top Sp. 82 I	2280	2220	5% New York 81	108,250	108,250	6% Ind. 77	785	99,95
7% Top Sp. 81 II	2190	2140	5% New York 80	108,250	108,250	6% Ind. 76	785	101,25
7% Top Sp. 81 I	2190	2140	5% New York 79	108,250	108,250	6% Ind. 75	785	101,25
7% Top Sp. 80 II	2190	2140	5% New York 78	108,250	108,250	6% Ind. 74	785	101,25
7% Top Sp. 80 I	2190	2140	5% New York 77	108,250	108,250	6% Ind. 73	785	101,25
7% Top Sp. 79 II	2190	2140	5% New York 76	108,250	108,250	6% Ind. 72	785	101,25
7% Top Sp. 79 I	2190	2140	5% New York 75	108,250	108,250	6% Ind. 71	785	101,25
7% Top Sp. 78 II	2190	2140	5% New York 74	108,250	108,250	6% Ind. 70	785	101,25
7% Top Sp. 78 I	2190	2140	5% New York 73	108,250	108,250	6% Ind. 69	785	101,25
7% Top Sp. 77 II	2190	2140	5% New York 72	108,250	108,250	6% Ind. 68	785	101,25
7% Top Sp. 77 I	2190	2140	5% New York 71	108,250	108,250	6% Ind. 67	785	101,25
7% Top Sp. 76 II	2190	2140	5% New York 70	108,250	108,250	6% Ind. 66	785	101,25
7% Top Sp. 76 I	2190	2140	5% New York 69	108,250	108,250	6% Ind. 65	785	101,25
7% Top Sp. 75 II	2190	2140	5% New York 68	108,250	108,250	6% Ind. 64	785	101,25
7% Top Sp. 75 I	2190	2140	5% New York 67	108,250	108,250	6% Ind. 63	785	101,25
7% Top Sp. 74 II	2190	2140	5% New York 66	108,250	108,250	6% Ind. 62	785	101,25
7% Top Sp. 74 I	2190	2140	5% New York 65	108,250	108,250	6% Ind. 61	785	101,25
7% Top Sp. 73 II	2190	2140	5% New York 64	108,250	108,250	6% Ind. 60	785	101,25
7% Top Sp. 73 I	2190	2140	5% New York 63	108,250	108,250	6% Ind. 59	785	101,25
7% Top Sp. 72 II	2190	2140	5% New York 62	108,250	108,250	6% Ind. 58	785	101,25
7% Top Sp. 72 I	2190	2140	5% New York 61	108,250	108,250	6% Ind. 57	785	101,25
7% Top Sp. 71 II	2190	2140	5% New York 60	108,250	108,250	6% Ind. 56	785	101,25
7% Top Sp. 71 I	2190	2140	5% New York 59	108,250	108,250	6% Ind. 55	785	101,25
7% Top Sp. 70 II	2190	2140	5% New York 58	108,250	108,250	6% Ind. 54	785	101,25
7% Top Sp. 70 I	2190	2140	5% New York 57	108,250	108,250	6% Ind. 53	785	101,25
7% Top Sp. 69 II	2190	2140	5% New York 56	108,250	108,250	6% Ind. 52	785	101,25
7% Top Sp. 69 I	2190	2140	5% New York 55	108,250	108,250	6% Ind. 51	785	101,25
7% Top Sp. 68 II	2190	2140	5% New York 54	108,250	108,250	6% Ind. 50	785	101,25
7% Top Sp. 68 I	2190	2140	5% New York 53	108,250	108,250	6% Ind. 49	785	101,25
7% Top Sp. 67 II	2190	2140	5% New York 52	108,250	108,250	6% Ind. 48	785	101,25
7% Top Sp. 67 I	2190	2140	5% New York 51	108,250	108,250	6% Ind. 47	785	101,25
7% Top Sp. 66 II	2190	2140	5% New York 50	108,250	108,250	6% Ind. 46	785	101,25
7% Top Sp. 66 I	2190	2140	5% New York 49	108,250	108,250	6% Ind. 45	785	101,25
7% Top Sp. 65 II	2190	2140	5% New York 48	108,250	108,250	6% Ind. 44	785	101,25
7% Top Sp. 65 I	2190	2140	5% New York 47	108,250	108,250	6% Ind. 43	785	101,25
7% Top Sp. 64 II	2190	2140	5% New York 46	108,250	108,250	6% Ind. 42	785	101,25
7% Top Sp. 64 I	2190	2140	5% New York 45	108,250	108,250	6% Ind. 41	785	101,25
7% Top Sp. 63 II	2190	2140	5% New York 44	108,250	108,250	6% Ind. 40	785	101,25
7% Top Sp. 63 I	2190	2140	5% New York 43	108,250	108,250	6% Ind. 39	785	101,25
7% Top Sp. 62 II	2190	2140	5% New York 42	108,250	108,250	6% Ind. 38	785	101,25
7% Top Sp. 62 I	2190	2140	5% New York 41	108,250	108,250	6% Ind. 37	785	101,25
7% Top Sp. 61 II	2190	2140	5% New York 40	108,250	108,250	6% Ind. 36	785	101,25
7% Top Sp. 61 I	2190	2140	5% New York 39	108,250	108,250	6% Ind. 35	785	101,25
7% Top Sp. 60 II	2190	2140	5% New York 38	108,250	108,250	6% Ind. 34	785	101,25
7% Top Sp. 60 I	2190	2140	5% New York 37	108,250	108,250	6% Ind. 33	785	101,25
7% Top Sp. 59 II	2190	2140	5% New York 36	108,250	108,250	6% Ind. 32	785	101,25
7% Top Sp. 59 I	2190	2140	5% New York 35	108,250	108,250	6% Ind. 31	785	101,25
7% Top Sp. 58 II	2190	2140	5% New York 34	108,250	108,250	6% Ind. 30	785	101,25
7% Top Sp. 58 I	2190	2140	5% New York 33	108,250	108,250	6% Ind. 29	785	101,25
7% Top Sp. 57 II	2190	2140	5% New York 32	108,250	108,250	6% Ind. 28	785	101,25
7% Top Sp. 57 I	2190	2140	5% New York 31	108,250	108,250	6% Ind. 27	785	101,25
7% Top Sp. 56 II	2190	2140	5% New York 30	108,250	108,250	6% Ind. 26	785	101,25
7% Top Sp. 56 I	2190	2140	5% New York 29	108,250	108,250	6% Ind. 25	785	101,25
7% Top Sp. 55 II	2190	2140	5% New York 28	108,250	108,250	6% Ind. 24	785	101,25
7% Top Sp. 55 I	2190	2140	5% New York 27	108,250	108,250	6% Ind. 23	785	101,25
7% Top Sp. 54 II	2190	2140	5% New York 26	108,250	108,250	6% Ind. 22	785	101,25
7% Top Sp. 54 I	2190	2140	5% New York 25	108,250	108,250	6% Ind. 21	785	101,25
7% Top Sp. 53 II	2190	2140	5% New York 24	108,250	108,250	6% Ind. 20	785	101,25
7% Top Sp. 53 I	2190	2140	5% New York 23	108,250	108,250	6% Ind. 19	785	101,25
7% Top Sp. 52 II	2190	2140	5% New York 22	108,250	108,250	6% Ind. 18	785	101,25
7% Top Sp. 52 I	2190	2140	5% New York 21	108,250	108,250	6% Ind. 17	785	101,25
7% Top Sp. 51 II	2190	2140	5% New York 20	108,250	108,250	6% Ind. 16	785	101,25
7% Top Sp. 51 I	2190	2140	5% New York 19	108,250	108,250	6% Ind. 15	785	101,25
7% Top Sp. 50 II	2190	2140	5% New York 18	108,250	108,250	6% Ind. 14	785	101,25
7% Top Sp. 50 I	2190	2140	5% New York 17	108,250	108,250	6% Ind. 13	785	101,25
7% Top Sp. 49 II	2190	2140	5% New York 16	108,250	108,250	6% Ind. 12	785	101,25
7% Top Sp. 49 I	2190	2140	5% New York 15	108,250	108,250	6% Ind. 11	785	101,25
7% Top Sp. 48 II	2190	2140	5% New York 14	108,250	108,250	6% Ind. 10	785	101,25
7% Top Sp. 48 I	2190	2140	5% New York 13	108,250	108,250	6% Ind. 9	785	101,25
7% Top Sp. 47 II	2190	2140	5% New York 12	108,250	108,250	6% Ind. 8	785	101,25
7% Top Sp. 47 I	2190	2140	5% New York 11	108,250	108,250	6% Ind. 7	785	101,25
7% Top Sp. 46 II	2190	2140	5% New York 10	108,250	108,250	6% Ind. 6	785	101,25
7% Top Sp. 46 I	2190	2140	5% New York 9	108,250	108,250	6% Ind. 5	785	101,25
7% Top Sp. 45 II	2190	2140	5% New York 8	108,250	108,250	6% Ind. 4	785	101,25
7% Top Sp. 45 I	2190	2140	5% New York 7	108,250	108,250	6% Ind. 3	785	101,25
7% Top Sp. 44 II	2190	2140	5% New York 6	108,250	108,250	6% Ind. 2	785	101,25
7% Top Sp. 44 I	2190	2140	5% New York 5	108,250	108,250	6% Ind. 1	785	101,25
7% Top Sp. 43 II	2190	2140	5% New York 4	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 43 I	2190	2140	5% New York 3	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 42 II	2190	2140	5% New York 2	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 42 I	2190	2140	5% New York 1	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 41 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 41 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 40 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 40 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 39 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 39 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 38 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 38 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 37 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 37 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 36 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 36 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 35 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 35 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 34 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 34 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 33 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 33 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 32 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 32 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 31 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 31 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 30 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 30 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 29 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 29 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 28 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 28 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 27 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 27 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 26 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 26 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 25 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 25 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 24 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 24 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 23 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 23 I	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 22 II	2190	2140	5% New York 0	108,250	108,250	6% Ind. 0	785	101,25
7% Top Sp. 22 I	21							

Kommerz und Kommunikation auf Flohmärkten

Die Lust am Plunder

Das Geschäft mit der Nostalgie floriert. Plüsch und Plunder, Kunst und Kitsch waren noch nie so gefragt wie heute. Der Freilufttrödel der frühen siebziger Jahre etabliert sich in Fabriken und Messehallen, auf ungenutzten Parkplätzen von Einkaufszentren oder tagsüber in Autos. Die Hochkonjunktur für Jugendstil oder Kunstgewerbe aus den Dreißigern, wohl auch der Nierentisch und die Trompetenlampe am

Noch sind die Tage der Rosen - ARD, 16.10 Uhr

biegsamen Messinghals aus den fünfziger Jahren, von wirklich alten Dingen ganz zu schweigen, machten aus dem Freizeitspaß von einst ein knallhartes Geschäft.

So klagt ein Flohmarkt-Veteran, der Hamburger Boutiquen-Besitzer Klaus Koehn, der seit 1973 für einen Bürgerverein ehrenamtlich einen Trödel in Pösdorf organisierte, schon vor drei Jahren: „Die Idee ist pervertiert.“ Denn unter den Anbietern gibt es immer weniger Amateure. Die Profis machen sich breit und nicht Kommunikation, sondern Kommerz heißt das Motto. Berufsmäßige Trödeln besser den Umsatz ihrer schlecht laufenden Ladengeschäfte, Antiquitätenhändler verramschen Gegenstände, die sie in ihren etablier-

ten Boutiquen ihren Kunden nicht anbieten wollen. Etwas hängen bleibt immer. Auf florierenden Märkten sollen bis zu 20 000 Mark Umsatz von Hand zu Hand gehen.

Ein attraktiver Weg, Steuern zu sparen, denn hinter diese Geschäfte schaut kein Finanzamt. Zwar heißt es von vielen Märkten, sie seien inzwischen teuer. Dennoch beschleicht jeden, der nur einmal darüber wandert, um zu schauen, doch fast regelmäßig das Gefühl, unter all diesem dilettantisch zusammengewürfelten Zeug müßte doch etwas besonders Günstiges, wenn nicht sogar Wertvolles, zu finden sein. Der Jagdinstinkt ist geweckt, sobald man die Szene betritt. Und auf jedem „Antik“-Markt machen Geschichten und Anekdoten die Runde - meist Ergebnisse von anderen Trödelstädten.

Wer kennt nicht die Begebenheit, daß auf dem etwa hundertjährigen Flohmarkt von St. Quen in Paris unter Plunder und Plüsch Wertschätze wie ein Bild von Fragonard, sogar die „Kartoffeleßer“ von Vincent van Gogh, Renoirs „Nini“, Aquarelle von Manet und Cézanne und eine Büste von Houdon erstanden wurden? Auf solche Glücksfälle hofft ein jeder - und die Trödel nehmen den Passanten nicht ihre Illusionen.

Ist wirklich alles alt auf dem Markt? So alt wie die zahllosen nostalgischen Autohupen aus Messing,



Auf der Suche nach dem Schnitzstein: Trödelmarkt in Berlin
FOTO: MEINER

deren schwarze Gummiballons noch so neu riechen? „Made in Pakistan“. Oder wirklich alles so wertvoll? Wie die ehemals wertlosen Altklinken, die Nonvaleurs, früher Ladenhüter, heute im Sog der Flohmärkte wie Preliosin gehandelt?

Aber so ein Gang über den Trödelmarkt ist für viele eine Wanderung durch die eigene Kindheit. Für manche ausländischen Mitbürger aber auch ein ganzjähriger Schulverkauf. Sie suchen dort, wo die bescheidenen Atmosphäre sie häufig zu heftigem Fellschen animiert, keinen nostalgischen Krimskrams, sondern preiswerte Gebrauchsgüter wie Hausrat, Kleider und Schuhe. Das kann so ge-

trennt wiederum und auch so beieinander sein wie auf der Straße des 17. Juni nahe der Technischen Universität in Berlin. Dortin kommen sie bei Wind und Wetter an jedem Wochenende: die Profis und die Amateure aus beiden Lagern und verhandeln über die wackeligen Tapezierstücke hinweg. Wer regelmäßig geht, entdeckt schon hier und da ein schönes Stück - meist Schmuck. Oder etwas Originelles. Und diese Käufer sind, so hoffen die im „Bundesverband des Deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels e.V.“ in Hannover zusammengeschlossenen Etablierten, die Einstiege für die wirklich antiken Stücke. GABRIELE HERLYN

KRITIK

Wütende Lokalpatrioten

Es gibt noch unentdeckte Gegenstände von sonderbarem Reiz in Deutschland. Eine davon ist das Eichsfeld an der hessisch-thüringischen Grenze, das tausend Jahre lang zum Erzbistum Mainz gehörte, bevor es 1803 dem Königreich Preußen einverleibt wurde. Die kurmainzische Tradition hinterließ tiefe Spuren im einstigen „Armenhaus Preußens“. Das Eichsfeld ist heute eine katholische Insel im sonst protestantischen Mitteldeutschland und ein Unruheherd im atheistisch ausgerichteten SED-Staat außerdem. Also zogen die Ostberliner Politikwissenschaftler zu entwickeln. Die Leinenindustrie

kam ins Land und mit ihr kamen die kommunistischen Agitatoren, doch von heute 150 000 Eichsfeldern blieben 120 000 praktizierende Katholiken, allesamt aber „wütende Lokalpatrioten“.

Schon die ersten Bilder in Günther Geislers Film „Sonderfall Eichsfeld“ aus der Reihe Reisebilder aus der DDR (ZDF) ließen die konfessionelle Prägung des Landes erkennen, das heute zu vier Fünfteln auf „DDR“-Gebiet liegt: Wegkreuze auf den Feldern, wie man sie sonst nur aus Bayern kennt, und Prozessionen durch Kleinstädte und Dörfer, die 35 Jahre „realen Sozialismus“ zu widerlegen scheinen, denn auch die mitgeführten Fahnen waren kirchlich-katholisch, auf keiner einzigen waren „Hammer und Zirkel“ auszumachen.

ALBAN ROTT

Kuddelmuddel der Generationen

Der alte Albert lebt nur noch in seiner Vergangenheit als erfolgreicher Radrennsportler und geht mit seinen ewigen Reminiszenzen der Tochter Gisela und deren Sproß Frank mächtig auf die Nerven. Er spürt das und holt sich deshalb eine gereifte Freundin, Hilde, ins Haus.

Das ist die Ausgangslage der von Oswald Döpfkes mit Fingerspitzengefühl inszenierten Komödie Unser Haus reicht nur für drei (ZDF). Was aber passiert, wenn die anderen beiden plötzlich ebenfalls mit einem Partner auftauchen? Gisela nämlich probiert es mit Hubert (R. Glennitz) als noch längst nicht geschiedener Feuilletonjournalist, ihr Sohn

schleppt die junge Katja (Anja Jäneck) an, und das just zu der Zeit, da Albert mit seiner Hilde verweist. Die aber gibt ihm unterwegs einen Korb, weil auch sie die ewigen Radler-Geschichten nicht mehr hören kann: Als der Alte enttäuscht heimkehrt, ist die Bude voll - Generationenkuddelmuddel.

Doch das hält nicht lange: Katja läßt sich von partyfreudigen Freunden wieder rausheulen, Hubert bleibt bei seiner Frau hocken, und am Ende hocken Opa, Tochter und Enkel wieder zu dritt beieinander.

Ohne Sigfrid Steiner als Albert und Judy Winter als Gisela wäre das alles im Banalen versandet. Mit diesen beiden aber wurde ein sehenswerter Versuch über die zeittypische Unfähigkeit zur Kommunikation daraus.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM		SAT 1	
9.45 ARD-Satgeber	11.40 Vorwärts, Follis	15.00 Capella Futura	
10.00 heute	12.10 Kontraste	15.30 Mediaset	
10.05 Am Rosenmontag ist alles vorbei	12.55 Prosecco	16.00 S. O. S. - Charterboat	
10.50 Das Mädchen im Apfelbaum	13.00 heute	16.30 Es darf gelacht werden	
16.00 Tagesschau	14.00 heute	16.30 Es darf gelacht werden	
16.10 Noch sind die Tage der Rosen	14.05 Begegnungsgeschichten	16.30 Sport auf SAT 1	
16.15 Die Berliner Altkultur um 1900	14.10 Ansicht, heute-Schlagzeilen	16.30 Bayern München - dänischer	
16.20 Beobachtungen von Jürgen Boettcher	14.15 Das Eichhorn und die Prinzessin	16.30 Spielmacher Soeren Lerby / Mit	
16.30 Deskate?	14.20 heute / Aus den Ländern	16.30 Gast: Will Schulz	
16.35 Tagesschau	14.25 Tele-Magazine	16.30 Englischer Spielfilm (1957)	
16.40 Daxw. Regionalprogramme	14.30 Es Heim für Tiere	16.30 APF Blick	
16.45 Tagesschau	14.35 Mohre	16.30 Heute Nacht Single	
16.50 Kehrums	14.40 Daxw. heute-Schlagzeilen	16.30 Kultur, Natur und Wissenschaft	
16.55 Deutscher Spielfilm (1985)	14.45 Mittelschritte - 7 aus 28	16.30 Henry Moore - Skulpturen in Florenz	
von Gerhard Polt und Gisela Schneebarger	14.50 Spiel 77	16.30 APF Blick	
Buch: Hanns Christian Müller, Gerhard Polt und Carlo Fedler	14.55 Spielregeln		
Mit Gerhard Polt, Gisela Schneebarger, Nikolaus Peryla, Dieter Hildebrandt u. a.	15.00 Jugend und Justiz		
Musik, Regie: Hanns Christian Müller	15.05 Der Junge bleibt bei mir		
21.45 Sesselsack	15.10 Kassenzeichen D		
Aktuelle Sendung	15.15 Das Wort von „reichen Juden“		
22.00 Tagesschau	15.20 und die Bürger von Korschbroich / Siedemann macht's möglich - Vor der Rasse des		
22.05 Die Fernseh-Presskonferenz	15.25 „DDR“-Volkskommerpräsidenten		
Mit dem sowjetischen Generaloberst Nikolaj F. Ischewow	15.30 Ein Interview mit Alt-Bischof Schöner / Nach alter Art - Glocken aus Apolda		
Gesprächspartner: Lohar Loewe	15.35 Moderation: Dirk Soger		
22.10 Musik	15.40 Der Denver-Club		
22.15 Netze	15.45 Wer ist mein Vater		
Netze Nachbarn	15.50 heute-Journal		
Der Polizist Gil Weaver und Ritchie Linden sind alte Schulfreunde. Als Kojak mit Weaver einen Diamantenraub aufklärt, treffen sich die beiden unter ungewöhnlichen Umständen wieder.	15.55 Schweizerischer Spielfilm (1974)		
0.50 Tagesschau	16.00 Mit Sigrith Steiner, Silvia Jost, Helmut Förmacher u. a.		
0.55 Nachtgedanken	16.05 Regie: Kurt Gloor		
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff	16.10 heute		

III.

WEST

18.30 Saasstrube
19.00 Altkultur Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich: André Kostelany
Der amerikanisch-ungarische Bärenmaler und Finanzexperte im Gespräch mit Claus-Hinrich Casdorff
21.45 off-off
Freizeit und Fitneß
22.30 Das Geheimnis von Oberwald
italienischer Videofilm (1979)
Mit Monica Vitti u. a.
Regie: Michelangelo Antonioni
0.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Die Sprachstunde
19.15 Telekirche im III.
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Sicherheitsgesetze - Mit Sicherheit in die Unfreiheit?
21.15 Das Licht der Gerechten (6)
22.05 Engel über Broadway
Amerikanischer Spielfilm
Mit Rita Hayworth, Douglas Fair-

SÜDWEST

18.30 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.30 Saasstrube
20.00 Ein bißchen schwarz - ein bißchen

HESSEN

18.30 Block Beauty (14)
18.55 Plump (14)
19.05 Diegeds
19.45 Tiersprechende
20.15 Macht des Fernsehens den Fußball kaputt?
21.00 Tod auf Kommando
Vom Ende der einzigen Rottfährer Hessens
21.30 Deal abseil
21.55 Lindenstraße (10)
22.30 Abschiedsbilder
Film von Nico Hofmann
0.35 Nachrichten
22.15 Sammelshow
Aus dem Kulturleben
22.30 Das verlorene Wochenende
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Roy Milland u. a.
Regie: Billy Wilder
22.35 Die Karriere
Eine Geschichte aus der Weimarer Republik
22.35 Federico Fellini
Film von Giorgio Arlotti
0.35 Nachrichten
BAYERN
18.45 Zensur
19.05 Vorzeichen Sie Spaß
19.30 Diegeds
20.00 Der Leib-Op
20.30 Zeitzeiger
21.30 Saasstrube
21.45 Levin und Geismar
6. Unterwegs nach Jerusalem
22.10 Z. E. M.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Der Siegestag hat kein Datum
23.30 Saasstrube
23.35 News of the Week

BAYERN

18.45 Zensur
19.05 Vorzeichen Sie Spaß
19.30 Diegeds
20.00 Der Leib-Op
20.30 Zeitzeiger
21.30 Saasstrube
21.45 Levin und Geismar
6. Unterwegs nach Jerusalem
22.10 Z. E. M.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Der Siegestag hat kein Datum
23.30 Saasstrube
23.35 News of the Week

Der Verlag Gruner + Jahr und die Redaktion des Wirtschaftsmagazins „Capital“ trauern um ihren Chefredakteur

Ludolf Herrmann

der am Montag, 10. Februar 1986, nach langer Krankheit verstorben ist.

Ludolf Herrmann hat sich um den Verlag und um unsere Zeitschrift bleibende Verdienste erworben. Er war ein liebenswerter Kollege, ein Journalist von Ausdruckskraft und Grundsatztreue. Eine klare, reine Stimme in der deutschen Publizistik, die durch seinen Tod ärmer geworden ist.

Hamburg/Köln,
den 10. Februar 1986

Gerd Schulte-Hillen
Vorsitzender des Vorstandes
Gruner + Jahr AG & CO

Johannes Gross
Herausgeber „Capital“

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt
für den Frieden zwischen den Menschen
für den Frieden zwischen den Völkern



VOLKS BUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

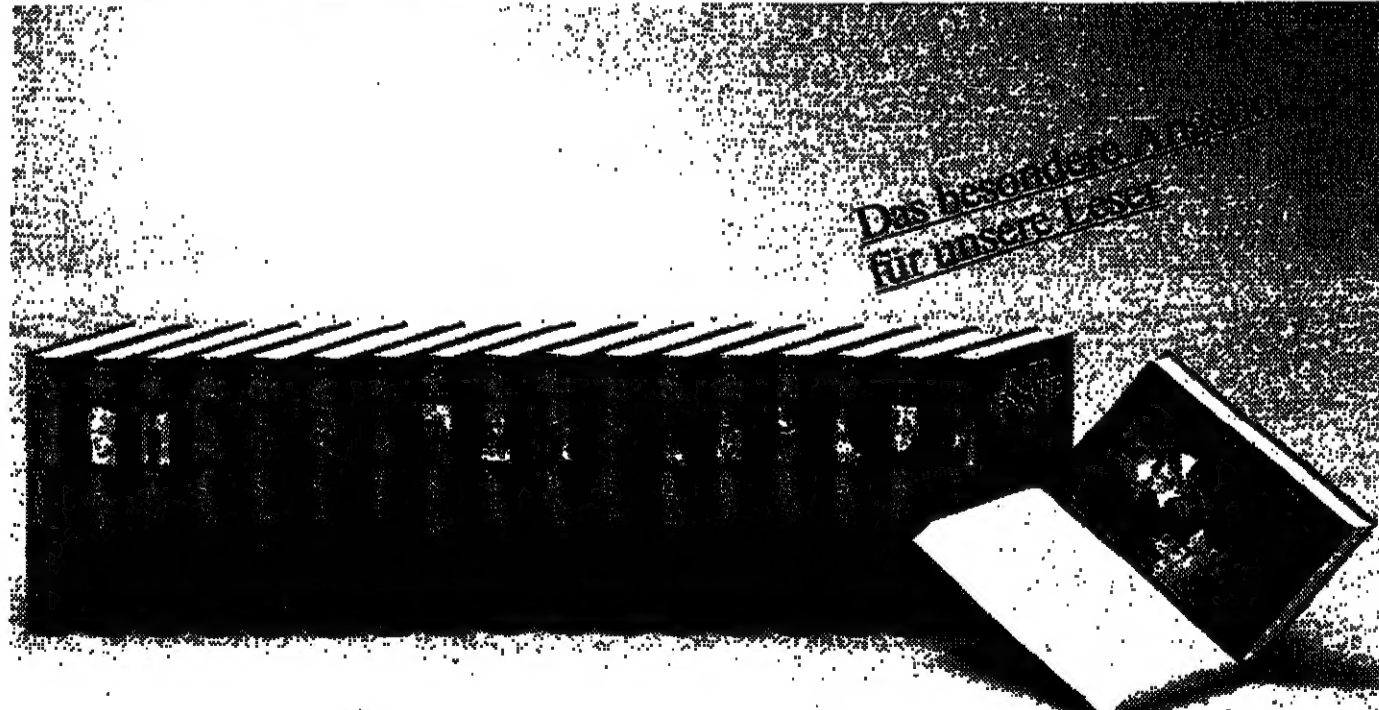
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

Kulturgeschichte der Menschheit in 18 Bänden

Preis für WELT-Abonnenten: DM 196,-
(einschl. Versandgebühren und Mehrwertsteuer)



Das einzigartige Standardwerk von Will Durant über die Kulturgeschichte der Menschheit. Ein Nachschlagewerk von hohem Wert, das für Fachleute und Laien keine Frage offenläßt. Darüber hinaus ein Lesevergnügen besonderer Art für jeden, der sich für Geschichte interessiert. Jeder der hervorragend ausgestatteten Bände behandelt ein Zeitalter oder einen Kulturkreis und ist in sich abgeschlossen. Auf 10.360 Seiten, illustriert mit 432 Bildtafeln, erleben Sie die faszinierende Geschichte der Menschheit. Die Ausstattung ist großzügig: vierfarbiger Schutzumschlag, Wibalin-Einband mit zweifarbiger Prägung, Textteil auf hochwertigem Papier, Bildteil auf Kunstdruckpapier.

An: DIE WELT, Leser-Service, Postfach 100864, 4300 Essen 1

Bestellschein für WELT-Abonnenten

Bitte liefern Sie mir die Kulturgeschichte der Menschheit in 18 Bänden zum Preis von DM 196,-

Ich bezahle diesen Betrag wie mein WELT-Abonnement:

☐ nach Rechnungsstellung
☐ durch Abbuchung

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Vorw./Telef.

Kunden-Nr.

Datum

Unterschrift

Abonnenten-Service

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bewußtloser sprach über einen Bankraub; Polizei löste den Fall. „Westdeutsche Allgemeinen Zeitung“ schrieb darüber.